
Materialband

DIE AKADEMISCHE BERUFSAUSBILDUNG AUS DER SICHT VON PARTEIEN

Eine empirisch-sprachanalytische Studie zur Hochschulpolitik in
Parteiprogrammen

Dissertation

vorgelegt am Fachbereich 2

Erziehungswissenschaft – Psychologie – Sportwissenschaft

der Universität – Gesamthochschule Siegen

von

Ulrike Buchmann

im Oktober 1999

TEIL 1 PARTEIPROGRAMME	2
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.....	3
AKTIONSPROGRAMM PERSPEKTIVEN EINER SOZIALEN, EMANZIPATORISCHEN, ÖKOLOGISCHEN UND DEMOKRATISCHEN HOCHSCHUL- UND WISSENSCHAFTSPOLITIK.	3
BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM	19
GRÜN IST DER WECHSEL-----	19
CDU.....	25
GRUNDSATZPROGRAMM: FREIHEIT IN VERANTWORTUNG	25
ERZIEHUNG UND BILDUNG ERNEUERN.....	25
BESCHLUß DES 9.PARTEITAGES DER CDU DEUTSCHLANDS PROJEKT ZUKUNFTSCHANCEN	29
ZUKUNFTSPROGRAMM.....	32
VORLAGE DES CDU-BUNDESVORSTANDES AN DEN 10. PARTEITAG DER CDU DEUTSCHLANDS VOM 17. - 19. MAI 1998 IN BREMEN	32
CSU	34
GRUNDSATZPROGRAMM.....	34
FDP.....	37
LIBERALES MANIFEST.....	37
AKTIONSPROGRAMM DIE CHANCEN NUTZEN FÜR EINE BILDUNGSSTRUKTUR- REFORM IN DEUTSCHLAND 02.01.1997	39
BESCHLUSS DES 48.ORD.BUNDESPARTEITAGS DER F.D.P., WIESBADEN,23.-25. MAI 1997	47
49. ORDENTLICHER BUNDESPARTEITAG DER F.D.P., LEIPZIG, MESSE, 26. - 28.06.1998.....	50
PDS.....	54
GRUNDSATZPROGRAMM.....	54
FÜR OFFENE, DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN	55
SCHULE, BERUFSBILDUNG, HOCHSCHULE, UND LEBENSLANGES LERNEN POSITIONEN, FORDERUNGEN UND VORSCHLÄGE DER PDS ZUR BILDUNGSPOLITIK	57
6. FÜR OFFENE, DEMOKRATISCHE HOCHSCHULEN UND EIN SELBSTBESTIMMTES STUDIUM	57
PROGRAMM DER PDS ZUR BUNDESTAGSWAHL 1998 FÜR DEN POLITISCHEN RICHTUNGSWECHSEL! SOZIAL UND SOLIDARISCH - FÜR EINE GERECHTE REPUBLIK!	66
SPD.....	68
GRUNDSATZPROGRAMM 20.12.1989 BERLIN.....	68
SPD ORDENTLICHER PARTEITAG HANNOVER 2.-4. DEZEMBER 1997	72
3. DEZEMBER 1997 STUDIENBEDINGUNGEN VERBESSERN, HOCHSCHULEN AUSBAUEN UND REFORMIEREN	82
DIE SPD FORDERT EIN NEUES BAfÖG FÜR STUDIERENDE JETZT!.....	86
SPD WAHLPROGRAMM 1998 STARKE WIRTSCHAFT – NEUE ARBEIT	89
[7].....	90
JUGEND BRAUCHT ZUKUNFT BILDUNG FÜR ALLE - CHANGENGLEICHHEIT IN DER BILDUNG HOCHSCHULEN MODERNISIEREN BILDUNG BEGLEITET DAS LEBEN	90
TEIL 2 STATISTIK.....	92
WORTLISTEN ZU DEN POLITISCHEN ZIELEN (ZIELBEZOGENES KATEGORIENSHEMA)	93
WORTLISTEN ZU DEN ÖKONOMISCHEN ZIELEN (ZIELBEZOGENES KATEGORIENSHEMA).....	96
WORTLISTEN ZU DEN PÄDAGOGISCHEN ZIELEN (ZIELBEZOGENES KATEGORIENSHEMA)	100
WORTLISTEN ZUR POLITISCHEN ZIELDIMENSION (ORGANISATIONSBEZOGENES KATEGORIENSHEMA).....	105
WORTLISTEN ZUR ÖKONOMISCHEN ZIELDIMENSION (ORGANISATIONSBEZOGENES KATEGORIENSHEMA).....	108
WORTLISTEN ZUR PÄDAGOGISCHEN ZIELDIMENSION (ORGANISATIONSBEZOGENES KATEGORIENSHEMA).....	111
BELEGUNG IM ZIEL- UND ORGANISATIONSBEZOGENES KATEGORIENSHEMA	114
CHIQUADRAT-TEST.....	115

Teil 1 Parteiprogramme

Hochschulpolitische Stellungnahmen der Regierungsparteien auf Bund- und Länderebene im Bundestagswahljahr 1998

- Textauszüge aus Grundsatz-, Aktions- und Wahlprogrammen -

Aktionsprogramm

Perspektiven einer sozialen, emanzipatorischen, ökologischen und demokratischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Einleitung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN orientieren ihre Bildungs- und Wissenschaftspolitik am Leitbild einer nachhaltigen, global umweltverträglichen, demokratischen und sozialen Entwicklung der Gesellschaft, die künftigen Generationen Handlungsspielräume offenhält. Die notwendige Reform für eine nachhaltige Entwicklung erfordert ein großes gesellschaftliches Engagement für Bildung, Wissenschaft und Kultur.

Wissenschaft ist mitverantwortlich für die Fortschritte der Zivilisation und für die Bedrohungen und Risiken, die aus wissenschaftlichen Eingriffen in gesellschaftliche und ökologische Prozesse folgen. Die Herausforderung des Leitbildes der nachhaltigen Entwicklung besteht darin, Forschung und Wissen über Umwelt, Gesellschaft, Kultur, Wirtschaft und Technik in einen produktiven Zusammenhang zu bringen und für gesellschaftliche Handlungsstrategien nutzbar zu machen. Dies verlangt neue Themen und Fragestellungen der Wissenschaft, neue methodische Zugänge und die Reflexion der Wirkungen und Folgen von Forschung und Technik an den Hochschulen. Grüne begreifen die Hochschulen und die anderen öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen als Partnerinnen im gesellschaftlichen Reformprozeß. BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN wollen eine Öffnung der Hochschulen für gesellschaftliche Fragestellungen und die Demokratisierung hochschulinterner Entscheidungsstrukturen. Hochschulen sollen Orte sein, an denen auf vielfältige Weise gesellschaftliche und ökologische Probleme durchdacht werden, um Politik und Gesellschaft Handlungsoptionen zu eröffnen.

Die Hochschulen heute

Hochschulen sind heute Institutionen, die Bildungsansprüche großer Bevölkerungsteile zu erfüllen haben. Sie sind keine Anstalten für eine kleine Bildungselite. Auf die gewachsenen Ansprüche an eine wissenschaftlich fundierte Ausbildung und die hohe Zahl von StudentInnen müssen die Hochschulen mit vielfältigen Formen des Lernens und Lehrens reagieren. Doch die wissenschaftlichen Institutionen, insbesondere die Hochschulen, sind in einer Krise. Die Bedingungen für wissenschaftliche Tätigkeit, für Lernen und Studieren verschlechtern sich seit Jahren. Die Bundesrepublik wendet für die Hochschulen im Vergleich zu anderen entwickelten Industrieländern - aber auch zu ärmeren Staaten - einen deutlich unter dem Durchschnitt liegenden Anteil des Bruttoinlandsprodukts auf. Die sozialen Barrieren für den Hochschulzugang sind in den vergangenen Jahren wieder höher geworden. Die Verschlechterung der Studienfinanzierung und absurde BAföG-Zinsmodelle sowie die schleichende Einführung von Studiengebühren in Form von Einschreibengebühren und Gebühren für höhere Semester machen die Möglichkeit eines Studiums noch stärker von der familiären Herkunft abhängig. Chronische Unterfinanzierung, Hierarchisierung der Personalstruktur und staatliche Bevormundung bestimmen das Bild der Hochschulen. Eine unvollständige Demokratisierung, die Benachteiligung von Frauen, ein häufig unzeitgemäßer, ritualisierter Lehrbetrieb und mangelnde Verantwortung gegenüber den neuen Herausforderungen verlangen nach Reformen.

Reformen sind überfällig

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Hochschulreform, die die Hochschulen als Bildungs- und Forschungseinrichtungen (wieder) öffnet und demokratisiert, von staatlicher Bevormundung befreit und zugleich in die gesellschaftliche Verantwortung nimmt. Diese Reform orientiert sich an folgenden Eckpunkten:

Autonomie Schaffen, Demokratie stärken

Die Stärkung der Autonomie der Hochschulen ist notwendig, um die innere Reformbereitschaft und -fähigkeit zu erhöhen. Entscheidungen über Struktur- und Entwicklungsplanungen sollen künftig problemnah, d.h. an den Hochschulen fallen. Staatliche Detailsteuerung führt nicht zu sachgerechten Entscheidungen. Größere Autonomie und Zurücknahme staatlichen Einflusses verlangen klare Verantwortlichkeiten, transparente und demokratische Strukturen in den Hochschulen.

Die Hochschulen einer demokratischen Gesellschaft müssen demokratisch verfaßt sein. Demokratie ist das Prinzip, das sachgerechte und legitimierte Entscheidungen gewährleistet. Eine Organisation der Hochschulen nach dem Muster der Unternehmensverfassung lehnen wir ab. Notwendig ist, die gleichberechtigte Partizipationsmöglichkeiten aller Hochschulmitglieder

herzustellen und den Wissenschaftsbetrieb durch eine Reform der Personalstrukturen zu enthierarchisieren.

Der Staat setzt den rechtlichen Rahmen für die autonomen Hochschulen, sichert die demokratischen Mitwirkungsrechte aller Hochschulmitglieder, regelt die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen in den Hochschulen und gewährleistet den allgemeinen und freien Hochschulzugang. Er regelt den gesellschaftlichen Einfluß, die Öffnung der Hochschule gegenüber der Gesellschaft und die Beteiligung gesellschaftlicher VertreterInnen in Hochschulkuratorien.

Finanzierung sicherstellen

Die Finanzierung der Hochschulen ist staatliche Aufgabe. Die Kürzungen der Mittel für Hochschulen und Wissenschaft sind kontraproduktiv. Die derzeitige Haushaltsmisere darf nicht auf Kosten der Qualifizierung junger Menschen gelöst werden. Vielmehr muß nach wie vor der gesellschaftliche Bedarf an Bildung und Wissenschaft in Bund und Ländern mit wachsenden Etatansätzen befriedigt und mit der Reform des Hochschulsystems verknüpft werden. Gleichzeitig müssen die Ausgabenstrukturen in wissenschaftlichen Institutionen und Hochschulen kritisch überprüft werden.

Wir befürworten die Einführung von Globalhaushalten als Schritt zu mehr Effizienz an den Hochschulen. Über die interne Verteilung der Mittel sollen die Hochschulen anhand demokratisch legitimierter und transparenter Kriterien entscheiden. Diese sollen sowohl quantitative als auch qualitative Parameter enthalten.

Eine Beteiligung der StudentInnen an der Finanzierung der Hochschulen direkt durch die Einführung von Studiengebühren oder verdeckt durch Verwaltungsgebühren oder Gebühren für höhere Semester lehnen wir ab.

Soziale Hürden und Benachteiligungen abbauen

Immer mehr Menschen benötigen wissenschaftliche Qualifikationen, kulturelle und soziale Kompetenzen, um den Herausforderungen der Zukunft gewachsen zu sein.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Versuche ab, den Zugang zu einer Hochschulausbildung zu beschränken oder durch zusätzliche Hürden in Form von Eingangsprüfungen oder Auswahlgesprächen zu erschweren. Den Diskriminierungen von nichtdeutschen StudentInnen, Schwulen und Lesben, StudentInnen mit Kindern, Flüchtlingen und Behinderten soll aktiv entgegengewirkt werden.

Strukturelle Hindernisse, die ein Studium erschweren oder gar unmöglich machen, müssen abgebaut werden.

Mit der Einführung einer elternunabhängigen und bedarfsdeckenden Studienfinanzierung soll allen StudentInnen ein intensives, kreatives und umfassendes Studium unabhängig von ihrer Herkunft ermöglicht werden. Die Chancen für junge Menschen aus Familien mit geringen Einkommen - und

nicht zuletzt für MigrantInnen und Frauen - ein Studium aufzunehmen werden hierdurch verbessert.

Vielfalt ermöglichen

Das Tempo der Wissenschaftsentwicklung steigt, permanente Umbrüche im Beschäftigungssystem und der Wandel von Lebensentwürfen kennzeichnen die Gegenwart.

Deshalb müssen die Hochschulen ihre Bildungsangebote flexibel und eigenständig weiterentwickeln können. Wir wollen eine größere Vielfalt der Studiengänge und Studienstrukturen.

Der Wechsel zwischen Hochschulen und Hochschultypen in Deutschland soll für StudentInnen erleichtert und Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erbrachten Studienleistungen abgebaut werden.

Die Modularisierung von Studiengängen sowie die Einführung eines Systems zur Zertifizierung von Studien- und Prüfungsleistungen in Anlehnung an das "europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen" sind hierfür erste Schritte.

Benachteiligung von Frauen beseitigen

Grüne Hochschulpolitik will die Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb aufheben und Frauen an den Hochschulen fördern. Frauenforschung, Frauenstudien und geschlechtsspezifische Themen und Fragestellungen sollen dauerhaft in allen wissenschaftlichen Disziplinen verankert werden. Mit einer aktiven frauenfördernden Personalpolitik wollen wir die Ausgrenzung von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb abbauen.

Bildung ist BürgerInnenrecht

Das Interesse der jungen Generation an einem Hochschulstudium ist gestiegen und wird weiter steigen. Gesellschaft und Wirtschaft benötigen künftig nicht weniger, sondern mehr hochqualifiziert ausgebildete Menschen. Das deutsche Bildungssystem ist aber nach wie vor hierarchisch und selektiv. Bildungschancen werden indirekt der sozialen, geschlechtlichen oder regionalen Herkunft entsprechend ungleich verteilt. Die Freiheit, das eigene Leben zu gestalten, hängt von den individuellen Bildungschancen ab. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen, daß Bildung als BürgerInnenrecht anerkannt und durchgesetzt wird. Die Verbreiterung von Bildungschancen auf hohem wissenschaftlichen und kulturellen Niveau ist unverzichtbarer Bestandteil einer nachhaltigen Entwicklung in der Gesellschaft.

Freien Hochschulzugang garantieren

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wenden sich gegen alle Versuche, den Hochschulzugang weiter einzuschränken oder künstlich zu kanalisieren. Wir wollen, daß möglichst alle Studierwillige die von ihnen favourisierten Fächer

studieren können. Mittelfristig sollte eine zentrale Verteilung der Studienplätze durch die Zentrale Vergabestelle Studienplätze (ZVS) überflüssig werden. Wir lehnen finanzielle Zugangshemmnisse und Sanktionen in Form von Studiengebühren, Prüfungsgebühren, Bildungsgutscheinen, Gebühren für höhere Semester oder Einschreibe- und Rückmeldegebühren ab. Das gilt auch für weitere Hürden in Form einer spezifischen "Studierfähigkeitsfeststellung" zusätzlich zur Hochschulzugangsberechtigung oder eine hochschulinterne Auswahl von StudentInnen auf Basis von Prüfungen bzw. Auswahlgesprächen.

Hochschulzugang ausbauen

Die traditionelle Struktur des Bildungssystems widerspricht realen Entwicklungen im gesellschaftlichen Arbeitsprozeß. Dieser ist von zunehmender Integration beruflicher, wissenschaftlicher und sozialkultureller Qualifikationsmerkmale gekennzeichnet. Eine

Politik, die auf soziale Integration und Verbesserung von Bildungschancen ausgerichtet ist, muß daher gerade die nichtautomatisierbaren komplexen Qualifikationen der Menschen durch Ausbildung und Weiterbildung in der größtmöglichen sozialen Breite fördern.

Eine offensive Bildungspolitik muß auch aufgrund des Wandels von Berufsbiographien - durch Maßnahmen der Integration und Gleichstellung allgemeiner, beruflicher und wissenschaftlicher Bildung ergänzt werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für offene und durchlässige Hochschulen ein.

Der Hochschulzugang für Berufstätige soll deutlich ausgebaut und gefördert werden. Neben der generellen Anerkennung der Meisterprüfung als fachgebundene Hochschulreife soll perspektivisch jegliche Berufsausbildung auch das Studium in einem dieser Ausbildung komplementären Wissenschaftsbereich ermöglichen. Bei der Anrechnung berufspraktischer Erfahrungen als Hochschulzugangsberechtigung müssen ergänzend zum traditionellen Erwerbsektor auch Tätigkeiten in sozialen und kulturellen Praxisfeldern positiv anerkannt werden.

Hochschulen öffnen für den interkulturellen Dialog

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen interkulturelle und offene Hochschulen, die auch bemüht sind, den Anteil an ausländischen StudentInnen spürbar zu erhöhen. Die gültigen Regelungen im Asyl- und AusländerInnenrecht erschweren den Zugang von ausländischen StudentInnen und WissenschaftlerInnen zu deutschen Hochschulen oder machen ihn quasi unmöglich. Die Provinzialität an deutschen Hochschulen wird durch die Ausländergesetzgebung erzeugt. Bis zur Überwindung der Schranken im Asyl- und AusländerInnenrecht ist die unbürokratische Erteilung von Aufenthaltsgenehmigungen zu Studien und Ausbildungszwecken Ziel unserer Politik.

Wir wollen eine stärkere Einbeziehung entwicklungsländerbezogener Themen in Forschung und Lehre fördern und die Hochschulen ermutigen, vermehrt Kooperationen mit Hochschulen in Afrika, Asien und Lateinamerika einzugehen. Studienbegleitprogramme für ausländische Studierende sollen bundesweit eingerichtet werden. Die Spaltung und Hierarchisierung in sogenannte BildungsinländerInnen, EU-AusländerInnen, Nicht-EU-AusländerInnen, Flüchtlingen und AsylbewerberInnen lehnen wir ab und setzen uns deshalb für die Aufhebung aller diskriminierenden Gesetze und Ordnungen ein.

StudentInnen sozial absichern

Mit der Einführung einer elternunabhängigen, bedarfsgerechten Ausbildungsförderung, dem Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF), werden wir allen Studierwilligen, vor allem jungen Menschen aus Familien mit geringem Einkommen, ein Studium ermöglichen.

Selbstverantwortung der Hochschulen ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Verhältnis Staat-Hochschule-Gesellschaft auf der Ebene der Haushaltswirtschaft, der Personalpolitik und der wissenschaftlichen Entwicklung neu ordnen. Enge staatliche Regulation hat nicht zu sachgerechten Entscheidungen geführt und ist innovationshemmend.

Die Autonomie der Hochschulen soll gestärkt werden. Der Staat beschränkt sich auf folgende Rahmenkompetenzen:

Gewährleistungen des allgemeinen und freien Hochschulzugangs,
Sicherstellung der Hochschulfinanzierung und Festlegung der Kriterien für die Mittelvergabe durch die Parlamente,
Rechtsaufsicht über die Hochschulen,
Regelung des gesellschaftlichen Einflusses auf die Hochschulen,
Gewährleistung des internationalen Austausches von WissenschaftlerInnen und Förderung des internationalen StudentInnenaustausches,
Sicherung demokratischer Mitwirkungsrechte aller Hochschulmitglieder sowie Minderheitenschutz,
Regelung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen der Hochschulen,
Reform der Personalstruktur,
soziale Absicherung der StudentInnen.

Die Rücknahme staatlichen Einflusses darf nicht zum Vorwand für einen Rückzug aus der finanziellen Verantwortung führen.

Darüber hinaus ist eine breite Öffnung der Hochschulen gegenüber gesellschaftlichen Anforderungen und Aufgaben zu gewährleisten.

Hochschulautonomie und gesellschaftlicher Einfluß

Die Stärkung der Selbstverantwortung ist ein wichtiges Instrument zur Stärkung der inneren Reformbereitschaft und -fähigkeit der Hochschulen. Autonomie der Hochschulen ist Resultat einer politisch gewollten "neuen" Arbeitsteilung zwischen Staat, Gesellschaft und Hochschule. Wir streben eine Organisationsreform an, die sich an dem Prinzip der Subsidiarität durch Dezentralisierung, Demokratisierung und Professionalisierung orientiert. Ziel ist die Herstellung einer eigenverantwortlichen Selbststeuerung der Hochschulen und ihrer Einheiten. Hochschulkuratorien vermitteln zukünftig zwischen Hochschule und Staat einerseits und gesellschaftlicher Öffentlichkeit andererseits. Durch sie wird es möglich, gesellschaftliche Forderungen und Fragen in die Hochschulen hineinzutragen. Hochschulkuratorien sichern die Verankerung in der Region und können einen Beitrag leisten zur Profitbildung der Hochschule. Die wichtigsten Aufgaben eines Hochschulkuratoriums sind Mitwirkung beim Hochschulentwicklungsplan (an und bei den Grundsätzen der Mittelbewirtschaftung). In die Kuratorien sollen auch VertreterInnen sozialer Gruppen der Hochschulregion (z.B. Frauen- und Umweltorganisationen) sowie kommunale VertreterInnen u.a. entsandt werden. Diese "neue" Aufgabenverteilung zwischen Staat, Hochschule und Gesellschaft ermöglicht eine weitgehende Reduzierung der Wissenschaftsbürokratie. Sie schafft die Grundlage für eine Überarbeitung der derzeitigen Gremienstrukturen und eröffnet Chancen für eine Verwaltungsreform. Entscheidungs- und Verwaltungsebenen werden klar getrennt. Notwendig ist eine Qualifizierung der Angehörigen in den Hochschulverwaltungen, damit die demokratisch getroffenen Entscheidungen effizient und transparent vorbereitet und umgesetzt werden.

Demokratische Teilhabe verbessern

Die Rücknahme staatlichen Einflusses muß einhergehen mit einer Stärkung der Demokratie in den Hochschulen. Die gegenwärtige Machtverteilung und Entscheidungsstruktur an den Hochschulen behindert die notwendige Hochschulreform, demotiviert viele Hochschulmitglieder und läßt deren Gestaltungskompetenzen weitgehend ungenutzt. Künftig sollen Hochschulleitungen von allen Hochschulmitgliedern in direkter, freier, geheimer und gleicher Wahl bestimmt werden. Dieser Hochschulleitung wird ein Selbstverwaltungsgremium der Hochschule gegenübergestellt, das für grundlegende Entscheidungen zuständig ist. Innerhalb der Hochschulgremien wird allen Statusgruppen ein aufschiebendes Veto eingeräumt, um Maßnahmen vorzubeugen, die sich gegen einzelne Gruppen richten. Wir wollen alte Initiativen fördern, die zur Erweiterung der Mitbestimmungsmöglichkeiten führen. Die Professorenmehrheit wird auf die vom Verfassungsgericht geforderten Entscheidungen beschränkt. Gruppenübergreifende Wahlmodelle sollen die der nicht-professoralen Hochschulmitglieder stärken. Alternative Wahl- und Mitbestimmungsmodelle haben zum Ziel, die Selbstverwaltung und Selbststeuerung der Hochschule unter Miteinbeziehung aller Hochschulmitglieder zu stärken.

Studentische Interessenvertretung stärken

Reformimpulse, die von StudentInnenschaften in Hochschule und Gesellschaft hinein getragen werden, müssen gefördert und die demokratischen Partizipationsmöglichkeiten der StudentInnen verbessert und abgesichert werden.

Daher setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dafür ein, daß die Verfaßte StudentInnenschaft mit Satzungs- und Finanzautonomie, Mitgliedschaft und allgemeinpolitischem Mandat bundesweit verankert wird. In den Bundesländern, die die Verfaßte StudentInnenschaft abgeschafft haben, wird diese wieder eingeführt. - Die Mitbestimmungs-, Kontroll- und Aufsichtsrechte der StudentInnenschaft über die Einrichtungen der ortsansässigen Studentenwerke wollen wir ausbauen. Ziel ist es, daß die Studierenden in den Entscheidungsgremien der Studentenwerke die Mehrheit der Stimmen haben.

Hochschulfinanzierung gewährleisten

Der Staat hat die Verantwortung für die Hochschulfinanzierung. Wir treten dafür ein, daß die Hochschulen eine angemessene und bedarfsgerechte Ausstattung erhalten. Die Einführung von Globalhaushalten, d.h. die Zuweisung der Finanzmittel als Gesamtbetrag, sollen eine bessere und gerechtere Nutzung der vorhandenen Ressourcen ermöglichen. Die Finanzausstattung an die Hochschulen soll die Grundausrüstung gewährleisten und darüber hinaus nach transparenten Kriterien geschehen, die gemeinsam von Staat und Hochschule ausgehandelt werden. Diese Kriterien beinhalten eine Kombination von quantitativen Größen (z.B. StudentInnenzahlen) und qualitativen Aspekten (z.B. die Umsetzung der gleichberechtigten Teilhabe von Frauen in den Hochschulen oder Qualität der Lehre). Reine Input- und auch reine Outputmodelle lehnen wir ab. Für die Mittelverteilung innerhalb der Hochschulen sollen transparente Kriterien für eine leistungsbezogene Zuweisung entwickelt und angewendet werden. Drittmittel werden zur Teilfinanzierung der Hochschulen als komplementäres Element zur staatlichen Finanzierung akzeptiert. Drittmittelinnahmen und -ausgaben müssen von der Hochschulleitung im Sinne größerer gesellschaftlicher Transparenz regelmäßig veröffentlicht werden.

Studium ist mehr als berufsbezogene Ausbildung

Das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung hat für die Organisation des Studiums entscheidende Konsequenzen. Staatliche Kontroll- und Steuerungsinstrumente sind wenig hilfreich für eine qualitative Studienreform. Die Initiative zu Reformen muß von Lehrenden und Lernenden selbst ausgehen und auch von diesen umgesetzt werden. Grundsätze für eine solche Studienreform sind unter anderem:

die gleichberechtigte Beteiligung von StudentInnen bei der Neugestaltung von Studiengängen, der Ausbau problemorientierter Lernformen, eine Praxisnähe, die nicht eindimensional als Ausrichtung auf Berufsbilder verstanden wird, die

Berücksichtigung von Lehrinhalten, die das Geschlechterverhältnis thematisieren. Die Erweiterung von Studienberatungsangeboten vor der Auswahl und Beginn eines Studiums ist notwendig. Hierfür soll die Zusammenarbeit der jeweiligen Bildungseinrichtungen mit den Berufsberatungsstellen verstärkt und das Beratungsangebot während des Studiums muß ausgeweitet werden.

Problemorientierter Praxisbezug im Studium

Berufsbilder lösen sich auf oder wandeln sich rapide. Häufiger Berufswechsel und Beschäftigung unabhängig vom formellen Qualifikationsniveau werden zur Regel. Dies erfordert - ebenso wie die Dynamik in Wissenschaft und Forschung - Problembearbeitungskompetenzen, Handlungs-, Orientierungs- und Methodenwissen und immer weniger spezialisiertes Detailwissen, das schnell veraltet. Statt einer eindimensionalen Orientierung der Studiengänge an eng umrissenen Berufsbildern muß ein problemorientierter Praxisbezug die Studienangebote bestimmen. Wir wenden uns gegen Bestrebungen, Studiengänge in "berufsbefähigend" und "wissenschaftsorientiert" einzuteilen. Theorie und Praxis sind verschiedene Aspekte eines einheitlichen gesellschaftlichen Arbeits- und Lebensprozesses, der gerade in Bildungsphasen als ganzheitlicher werden muß. Wissenschaftlichkeit, Theorie- und Praxisbezug müssen daher Bestandteile aller Studiengänge und -abschnitte sein, die lediglich verschieden stark akzentuiert werden.

Kritisch-interdisziplinär studieren

Im Studium kommt es entscheidend darauf an, die Fähigkeit zu erwerben, über Disziplinengrenzen hinweg zu denken und die Schranken einzelfachlicher Lösungen für komplexe Probleme zu überwinden. Nachhaltige Entwicklung verlangt nach neuen Zugängen zu Themen und Fragestellungen in der Wissenschaft ebenso wie nach methodischer Innovation. Wir wollen einen Ausbau interdisziplinärer Studienangebote und die Verankerung ökologischer und feministischer Fragestellungen in der Lehre. Schwerpunktmäßig sollen Lehr- und Forschungsprojekte zwischen Natur und Gesellschaftswissenschaften gefördert werden. Ziel ist es, interdisziplinäre Kooperationsformen in der Lehre an den Hochschulen zu institutionalisieren und möglichst viele StudentInnen mit sozial-ökologischer Kompetenz und fachlicher Qualifikation auszubilden. Die stärkere Modularisierung von Studienangeboten ermöglicht die Integration problemorientierter und damit interdisziplinärer Studieninhalte in bestehende Studiengänge und erlaubt den StudentInnen eine flexiblere Gestaltung ihres Studiums.

Studium und Lehre evaluieren und weiterentwickeln

Studium und Lehre sind zentrale Bestandteile und ihre ständige Weiterentwicklung wichtige Aufgabe der Hochschulen. Evaluation ist hierbei ein wichtiges Instrument, um die gemeinsame Diskussion von Verantwortlichen und Betroffenen der Lehr- und Studiensituation über Inhalte und Methoden anzuregen und zu selbstverpflichtenden Vereinbarungen über konkrete Reformschritte zu führen.

An der Evaluation der Lehre müssen Lehrende und Lernende gleichberechtigt beteiligt werden. Die Verfahren müssen transparent sein. Die Ergebnisse und abschliessenden Vereinbarungen werden veröffentlicht. Eine Begleitung mit qualifiziertem wissenschaftlichen Personal und Studienbüros oder ähnlichen Projekten sind wichtige Schritte für eine Weiterentwicklung und Institutionalisierung der Evaluationsverfahren.

Teilzeitstudium ermöglichen - lebenslange Lernkonzepte verwirklichen

Lernkonzepte und Zeithaushalte der StudentInnen haben sich verändert. Sie sind zu einem großen Teil erwerbs- bzw. teilerwerbstätig. Wir wollen, daß Abschied genommen wird von Leitbild des jungen männlichen alleinstehenden Vollzeitstudierenden. Durch Teitzeitstudienangebote - die auch bei Berufstätigen auf wachsendes Interesse stoßen - und durch den Ausbau von Weiterbildungsangeboten werden lebenslange Lernkonzepte an öffentlichen Hochschulen realisiert und eine flexiblere Studiengestaltung ermöglicht. Studienangebote sollen deshalb in Zukunft auch ein Teilzeitstudium nicht nur erlauben, sondern auch organisatorisch ermöglichen, z.B. durch entsprechende Verlängerung von Studienzeiten. Ein Teilzeitstudium muß studentische Rechte und soziale Absicherung einschließen. Darüber hinaus haben die Hochschulen den gesetzlichen Auftrag, wissenschaftliche Qualifizierungs- und Weiterbildungsmaßnahmen gezielt aufzubauen und anzubieten.

Vielfalt ermöglichen

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Durchlässigkeit der Hochschulen erhöhen. Der Hochschulwechsel - insbesondere von der Fachhochschule auf die Universität - muß durch weitgehende Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen vereinfacht werden.

StudentInnen sollen zwischen Studiengängen und nicht zwischen Hochschultypen, wählen.

Zur Unterstützung der Mobilität der StudentInnen in Deutschland und zur Förderung von Auslandsaufenthalten setzen wir uns für die Institutionalisierung eines Systems zur Zertifizierung von Studienleistungen

und Abschlußprüfungen ein, das sich an das "europäische System zur Anrechnung von Studienleistungen (ECTS) anlehnt. Hierbei muß der Grundsatz "Gleichwertigkeit vor Gleichförmigkeit" gelten. Ein solches System soll die gegenseitige - nationale wie internationale - Anerkennung von erbrachten Studienleistungen erleichtern, die Modularisierung von Studiengängen unterstützen und eine individuellere Gestaltung des Studiums erlauben. Auch das Studium ausländischer StudentInnen kann hierdurch gefördert werden. Die Hochschulen gewährleisten, daß die StudentInnen ein Vollzeitstudium absolvieren können. Die Festlegung von Studienzeiten soll die Studierbarkeit von Studiengängen in dieser Zeit garantieren, nicht aber eine individuelle Gestaltung von Studienabläufen unmöglich machen.

Frauen in Hochschule und Wissenschaft stärken

Ziel grüner Hochschulpolitik ist es, die strukturelle Benachteiligung von Frauen im Wissenschaftsbetrieb abzubauen und aktive Förderung von Frauen in den Hochschulen zu betreiben. Hochschulen sind in weiten Teilen von Männern geprägte Institutionen. Zahlreiche Initiativen zur Frauenförderung konnten dies bisher nur in begrenztem Maße verändern. Zwar sind inzwischen fast die Hälfte aller Studienanfängerinnen Frauen, aber mit jeder Qualifikationsstufe sinkt ihr Anteil deutlich: Nur etwa 5% alter Professuren sind mit Frauen besetzt.

Gleichzeitig steht in den Hochschulen sichern ein Generationswechsel an – bis zum Jahr 2005 werden annähernd die Hälfte der Professuren neu zu besetzen sein. Allerdings sind noch deutliche Initiativen zur Förderung von Frauen auf Stellen des wissenschaftlichen Nachwuchses und eine intensive Reform der Einstellungspraxis der Hochschulen nötig, wenn diese einmalige Chance nicht verpaßt und damit die Ausgrenzung von Frauen aus dem Wissenschaftsbetrieb erneut für lange Zeit zementiert werden soll. Die positiven Studienanfängerinnenzahlen täuschen darüber hinweg, daß es weiterhin eine starke geschlechtsspezifische Fächerwahl gibt. Überkommene Rollenklischees und mangelnde positive Leitbilder sorgen dafür, daß der Anteil der Studentinnen in vielen naturwissenschaftlichen Studiengängen und v.a. in den Ingenieursstudiengängen immer noch sehr gering ist. Eine engere Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen und spezielle Beratungs- und Betreuungsangebote für Studentinnen könnten diesen Trend brechen helfen. Männerseilschaften behindern häufig die wissenschaftliche Karriere von Frauen. Die einseitige Ausrichtung der wissenschaftlichen Laufbahn an der männlichen Berufsbiographie verhindert die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen an der Wissenschaft.

Wissenschaft als Beruf muß aber auch in sämtlichen Lebenslagen und bei anderen Lebensplanungen möglich sein. Der "Initiationsritus" der Habilitation, die großen Schwierigkeiten eines Wiedereinstiegs ins Wissenschaftssystem nach einer z.B. familiären Pause und mißtrauische Beäugung feministischer Wissenschaft sind einige Beispiele für die strukturelle Benachteiligung von Frauen in den Hochschulen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern deshalb:

- Wissenschaftlerinnen bei gleicher Qualifikation solange bevorzugt einzustellen, bis ihr Anteil an den Hochschulen auf alten Ebenen mindestens fünfzig Prozent umfaßt
- Frauenförderprogramme auf Bundes- und Länderebene umfassend auszubauen
- die neuen Steuerungsinstrumente, die durch die Einführung von Globalhaushalten nutzbar werden, so einzusetzen, daß frauenfördernde Maßnahmen ein wichtiges Kriterium für die Mittelzuweisungen an die Hochschulen werden;
- die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an den Hochschulen materiell und personell bedarfsgerecht auszustatten;
- solange die ZVS beibehalten wird, Studienplätze zunächst entsprechend dem Anteil ihres Geschlechts an den Bewerbungen für Frauen und Männer zu quotieren;
- Umsetzung der Geschlechterparität in den Hochschulgremien.

Ohne einen qualitativen Sprung bei der Aufhebung der Benachteiligung von Frauen in allen Bereichen und auf allen Ebenen verfehlt die neue Hochschulreform ihren Zweck. Alles, was über die Einbindung der Hochschulen in die Bewältigung von Zukunftsaufgaben zu formulieren ist, stimmt nur zur Hälfte, wenn die Hochschulen nicht selbst die Aufhebung der Frauenbenachteiligung zum Teil ihrer strukturellen und inhaltlichen Selbsterneuerung machen.

Feministische Wissenschaftskritik und Frauenforschung

Die gleichberechtigte Beteiligung der Frauen in den Wissenschaften bedeutet mehr als nur soziale Gerechtigkeit. Frauenförderung und Frauenforschung sind eng miteinander verbunden.

Feministische Wissenschaftskritik hinterfragt die traditionell männlich geprägten Wissenschafts- und Hochschulstrukturen, den Ausschluß der "weiblichen" Lebenszusammenhänge aus Lehre und Forschung und die vermeintliche Geschlechtsneutralität von Theorien und Forschungsergebnissen. Sie macht die Kategorie Geschlecht zum Gegenstand wissenschaftlicher Arbeit und leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Reflexion der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Institutionalisierung von Frauenforschung an den Hochschulen ist marginal. Wir wollen die dauerhafte Verankerung von Frauenstudien und Frauenforschung in den Hochschulen. Dies ist im bestehenden Hochschulsystem mit seiner Bindung von Nachwuchsstellen an eine Professur langfristig nur über die Einstellung von feministischen Wissenschaftlerinnen auf Professuren zu erreichen, Deshalb bedarf es neben gezielten Initiativen'- z.B. Frauenhochschulen – zur Verankerung von feministischer Wissenschaft und Frauenstudien in Studien- und Prüfungsordnungen einer frauenfördernden Personalpolitik.

Forschung für nachhaltige Entwicklung

Wir wollen eine Orientierung der Forschung am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung. Wir wenden uns gegen eine Forschungspolitik, die sich einseitig auf die Befriedigung von kurzfristig angelegten Forschungsinteressen aus der Wirtschaft konzentriert. Die Verengung der Innovationsdebatte auf technikzentrierte Innovation und Firmenausgründungen aus den Hochschulen und Forschungseinrichtungen führt in die Irre. Innovation braucht Zielvorgaben, die Ausrichtung auf drängende gesellschaftliche Probleme, auf Umweltfreundlichkeit und auf Zukunftsfähigkeit. Die Fragestellungen, die sich im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung in den Vordergrund drängen, erfordern eine problemorientierte interdisziplinäre Wissenschaft, die sich auf konkrete Problemlagen und -bereiche bezieht. Bereits bei der Problemwahrnehmung und -definition muß fächerübergreifend zusammengearbeitet werden. Diese Wissenschaft orientiert sich an gesellschaftlichen Bedürfnissen und an den Betroffenen. Sie soll Grundlagen- und gestaltungsorientierte Forschung verbinden und regionale und globale Analyseebenen sowie langfristige Zeithorizonte einbeziehen. Die kritische Selbstreflexion der Wissenschaft, auch im Rahmen eines öffentlich geführten gesellschaftlichen Diskurses muß wesentlicher Bestandteil des Selbstverständnisses der Hochschulen sein.

Die Hochschulen entwickeln im Rahmen ihres Hochschulentwicklungsplans ein Forschungsprofil. Forschung an Hochschulen soll neben problembezogener Forschung auf erkenntnisorientierte Grundlagenforschung ausgerichtet werden und Chancen für regionalen Wissens- und Technologietransfer berücksichtigen.

Öffentlich geförderte Forschungseinrichtungen sollten verstärkt demokratisch legitimierte Langfristige Leitprojekte unter dem Leitbild nachhaltiger Entwicklung bearbeiten. Die Forschungsaktivitäten, gerade auch die interdisziplinären, sollen in hohem Maße in die taufende Lehre einfließen. Die StudentInnen sollen frühzeitig in Forschungsprojekte einbezogen werden.

Forschungsfreiheit in ethischer und gesellschaftlicher Verantwortung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für Forschungsfreiheit ein, wie sie in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert ist.

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung muß gewährleistet bleiben, um durch unterschiedliche Denkansätze vielfältige innovative Problemlösungsstrategien zu entwickeln. Dies ist durch die derzeitige Struktur des Wissenschaftsbetriebs in Deutschland nicht immer der Fall. Die Dominanz einzelner Leitbilder in der Wissenschaft, wie z.B. das Leitbild einer mechanistischen Naturbeherrschung in den "life sciences", behindert die Entwicklung alternativen Ansätze. Die Vergabe von Fördermitteln durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und weitere Forschungsförderinstitutionen muß

verändert werden, um die Einschränkung der Forschungsfreiheit in zahlreichen innovativen Bereichen, zum Beispiel auf dem Gebiet der alternativen Energien, aufzubrechen.

Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet dort ihre Grenzen, wo die Würde des Menschen verletzt wird, andere Grundrechte beeinträchtigt oder unüberschaubare Risiken eingegangen werden. In einer Zeit, in der Wissenschaft den Bau von Massenvernichtungswaffen ermöglicht hat und Biomedizin mit Gentechnik, Klonen und Embryonenmanipulation alte natürlichen und ethischen Grenzen einzureisen in der Lage ist, muß Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft verantwortet werden. Der Schutz von Tieren als Staatsziel soll gleichrangig gegen die Forschungsfreiheit abgewogen werden. Sowohl die individuelle Verantwortung der WissenschaftlerInnen wie auch die gesetzliche Grenzziehung für Forschungsvorhaben sollten gestärkt werden.

Demokratisierung der Wissenschaft

Ebenso wie in den Hochschulen sollen auch in außeruniversitären Forschungseinrichtungen und großen öffentlichen Förderinstitutionen demokratische Mitbestimmungsrechte gelten. Dabei müssen männerdominierte und hierarchische Strukturen in Frage gestellt werden, um die Kreativität und das Verantwortungsbewußtsein der Mitarbeiterinnen zu fördern anstatt zu unterdrücken. Gestaltungsspielräume zur Demokratisierung, die von der Rechtsprechung des Verfassungsgerichts gegeben sind, sollen voll ausgeschöpft werden. Insbesondere bei der Besetzung von Gutachtergremien zur Vergabe von öffentlichen Fördermitteln muß die breite Partizipation aller WissenschaftlerInnen ermöglicht werden.

Wissenschaftliche Transparenz und Partizipation der Öffentlichkeit

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Öffentlichkeit und Transparenz von Wissenschaft und Forschung erhöhen. Bei der Formulierung wissenschaftlicher Leitbilder und Leitprojekte ist die exklusive Wirtschafts- und ExpertInnenorientierung durch offene Zukunftswerkstätten und sozial breit angelegte Zukunftsdiskurse zu ersetzen. Die bundesweiten ProjektträgerInnenschaften der Forschungs- und Technologieförderprogramme wie die Landesinitiativen zu Technologieschwerpunkten müssen durch breitere Verbände demokratisiert werden, die die unterschiedlichen sozialen Akteure mit einbeziehen und der Vielschichtigkeit der zu lösenden Probleme gerecht werden. Frühzeitige problemorientierte Technikfolgenabschätzung und partizipative Technikbewertung sollen bereits in die Technikentwicklung selbst integriert werden. Frühzeitige Veröffentlichung von Forschungsergebnissen sowie regelmäßige allgemeinverständliche Rechenschaftsberichte der Forschungseinrichtungen und Auskünfte über die Finanzierung von

Forschungsprojekten aus Drittmitteln (auch Militärforschung) müssen verpflichtend werden. Die Neuheitsschonfrist bei Patenten, d.h. die Möglichkeit, auch ein Jahr nach der Erstveröffentlichung noch Patente anzumelden, wollen wir wieder einführen. Wissenschaftsläden, Technologieberatungs- und Innovationstransferstellen der Forschungseinrichtungen werden zu Verbundsystemen für regionale Innovation ausgebaut. Unter Einbeziehung von Gruppen und Verbände außerhalb der Hochschulen können sie sich zu Agenturen regionaler Struktur- und Entwicklungspolitik und der Innovationsförderung vor allem für kleine und mittlere Unternehmen weiterentwickeln.

Aufgabengerechte Personalstruktur

Die Anforderungen an WissenschaftlerInnen nehmen zu. Neben den Aufgaben in Forschung und Lehre sind Leistungen in der Wissenschaftsorganisation, im Technologietransfer, in der Weiterbildung, in der Hochschulplanung und in der Hochschuldidaktik hinzugekommen. Im Zentrum der grünen Reform der Personalstrukturen stehen der Abbau persönlicher Abhängigkeiten, die Schaffung flacher Hierarchien, die Steigerung der Durchlässigkeit, eine aufgabengerechte Zuschneidung der einzelnen Arbeitsverhältnisse auf die jeweilige wissenschaftliche Arbeit und der Abbau von strukturellen Benachteiligungen von Frauen im Wissenschaftsbetrieb.

Wissenschaft als Beruf

Die berufliche Entscheidung für eine wissenschaftliche Laufbahn muß auf eine gesicherte und kalkulierbare Basis gestellt werden. Darum wollen wir ein einheitliches und transparentes Verfahren zur Erlangung der wissenschaftlichen Qualifikation.

Die entscheidende Qualifikationsstufe nach dem ersten Studienabschluß ist die Promotion. Die Qualifizierung bis dahin erfolgt auf zeitbefristeten Stellen. Wir unterstützen den Grundsatz "Stellen: statt Stipendien": Damit wenden wir uns gegen Bestrebungen, die reguläre Qualifikation des wissenschaftlichen Nachwuchses aufstellen durch billigere Begabungs- und Forschungsförderungsstipendien zu verdrängen. Für den wissenschaftlichen Nachwuchs würde dies auf Statusminderung, schlechtere finanzielle Situation und größere soziale Unsicherheit hinauslaufen.

Mit dem Erlangen des DoktorInnengrades ist die wissenschaftliche Ausbildung abgeschlossen. Nach einer erfolgreichen Tätigkeit als wissenschaftlicher MitarbeiterIn kann die Einstellung - zunächst auf Probe - auf eine Dauerstelle als WissenschaftlerIn erfolgen. Die Habilitation als Nachweis der Qualifikation zur WissenschaftlerIn entfällt.

Lehrpersonal weiterqualifizieren

Verbesserungen in Studium und Lehre setzen die Qualifizierung der Lehrenden sowohl auf der Ebene der Unterrichtsgestaltung als auch der Curriculumentwicklung voraus. Didaktische Fähigkeiten und Lehrqualitäten sollen zukünftig bei Einstellungsverfahren eine bedeutsame Rolle spielen. Didaktische Fähigkeiten müssen Nachwuchswissenschaftlerinnen vermittelt und als Teil des Qualifikationsprofils von Hochschullehrerinnen verstanden werden. Der Ausbau des Angebot an didaktischer Fortbildung wird nötig werden. Ziel muß sein, die Lehre als Aufgabe der Hochschulen deutlich aufzuwerten und den Druck auf die Lehrenden zu verstärken, sich auf diesem Gebiet zu qualifizieren und weiterzubilden.

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen

Wissenschaftliche MitarbeiterInnen in Forschung, Lehre und Wissenschaftsorganisation gehören zum allgemeinen wissenschaftlichen Personal. Für wissenschaftliche Daueraufgaben werden unbefristete Stellen mit einer Probezeit geschaffen. Die unbefristet eingestellten wissenschaftlichen MitarbeiterInnen erfüllen grundlegende Funktionen der Hochschule. Die wissenschaftliche Arbeit in Forschung und Lehre erfolgt weitgehend selbständig und eigenverantwortlich. Die persönliche Anbindung an Professuren entfällt; WissenschaftlerInnen sind Angestellte der Hochschule.

Grundvergütung plus Leistungszuschläge

Wissenschaftliche Arbeit soll nach Kompetenz, Fähigkeit und Schwierigkeit der Aufgaben bewertet und entlohnt werden und nicht nach Titel, Amt oder Alter. Für alte Beschäftigten an den Hochschulen soll ein einheitliches Dienstrecht geschaffen werden. Es wird ein einheitlicher Grundtarif festgelegt. Das vom Grundgesetz garantierte Prinzip der Tarifautonomie muß auch im Bereich Hochschule und Forschung zur Geltung kommen und an die Stelle von einseitigen Regelungen treten. Der Beamtenstatus wird abgeschafft. Die Hochschulleitung wird Dienstvorgesetzte der Beschäftigten. Als Kriterium für mögliche Leistungszuschläge können Evaluationsergebnisse aller Aufgabenbereiche dienen und besondere Lehr- und Forschungsleistungen. Zuschläge werden jeweils zwischen den WissenschaftlerInnen und den Hochschulen ausgehandelt. Das Festlegen von Zuschlägen muß innerhalb der Hochschule transparent sein und demokratisch organisiert werden.

BUNDESTAGSWAHLPROGRAMM

GRÜN IST DER WECHSEL—

Seiten 56-59

Zukunft gestalten durch Bildung und Wissenschaft

Bildung entscheidet in einer Gesellschaft, die zunehmend auf Information und Wissen aufbaut, maßgeblich über soziale Chancen und die Möglichkeiten zur Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens. Bildung und Wissenschaft nehmen bei der Bewältigung globaler Probleme eine Schlüsselstellung ein. Bildung und Wissenschaft sind zentrale Voraussetzungen für Zukunftsfähigkeit, ökologische Reformen und die Entwicklung einer solidarischen Zivilgesellschaft.

Die veränderten gesellschaftlichen Anforderungen erfordern umfassende Reformen und den Ausbau des Bildungs- und Wissenschaftssystems. Doch seit Jahren werden die Mittel für Schulen und Hochschulen gekürzt. Die Bundesregierung hat den Konsens aufgekündigt, daß Bildung als individuelles Recht allen Bevölkerungsgruppen offensteht. Mit dem Abbau der staatlichen Ausbildungsförderung wird der Zugang zu höheren Bildungsgängen zunehmend zum Privileg der Bessergestellten.

Die verkrusteten Strukturen der Bildungs- und Wissenschaftseinrichtungen, ihre chronische Unterfinanzierung und Fehlinvestitionen gefährden die Zukunftsfähigkeit der Gesellschaft. Zügige und tiefgreifende Reformen sind unerlässlich.

Bildung und Wissenschaft:

Eckpfeiler einer zukunftsfähigen und gerechten Gesellschaft

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen das Recht auf Bildung für alle in allen Lebensphasen sicherstellen. Bildung als lebenslanger Prozeß ist nicht nur für die beruflichen Chancen maßgeblich, sondern auch Voraussetzung für Selbstbestimmung und die Fähigkeit, das eigene Leben und die gesellschaftliche Entwicklung verantwortungsbewußt zu gestalten. Der Schwerpunkt grüner Bildungspolitik liegt in der Vermittlung von Grundlagen, die es ermöglichen, sich immer wieder neu auf Veränderungen einzustellen, neues Wissen zu erlangen und kritisch zu reflektieren. Bildung umfaßt unmittelbar berufsrelevante Qualifikationen und die Fähigkeit, ökologische, ökonomische, soziale, kulturelle und internationale Zusammenhänge zu begreifen. Dabei geht es nicht nur um die Erstausbildung, die wir für alle Jugendlichen absichern wollen.

Gerade weil die Anforderungen an Wissen und Fähigkeiten der ArbeitnehmerInnen gestiegen sind, nimmt die Sicherstellung umfassender und vielfältiger Weiterbildung in den verschiedenen Lebens- und Berufsphasen an Bedeutung zu. Grüne Bildungspolitik setzt Schwerpunkte auch in der Umweltbildung. Sie muß in alle Bildungsbereiche mit einfließen. Gute Möglichkeiten für eine institutionelle Verankerung bieten Umweltbildungszentren.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen Bildung und Wissenschaft zum Eckpfeiler einer nachhaltigen, demokratischen und gerechten Gesellschaft machen. Wir begreifen die AkteurInnen in Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, in der dualen Berufsausbildung, in Weiterbildungsinstitutionen und den Hochschulen als PartnerInnen im Reformprozeß. Dabei setzen wir auf ein breites Bündnis und den engen Dialog derjenigen, die direkt an Bildungsprozessen beteiligt sind und denen, die in Wissenschaft, Gewerkschaften, Wirtschaft und Verbänden stellvertretend für unsere Gesellschaft ein Recht auf Mitgestaltung des Bildungswesens haben und aktiv wahrnehmen sollen. Grüne Bildungs- und Wissenschaftspolitik setzt auf demokratische Selbstbestimmung und gesellschaftliche Verantwortung statt staatlicher Bevormundung. Und wir wollen die Öffnung des Bildungs- und Wissenschaftssystems für gesellschaftliche Fragestellungen vor allem im Umweltbereich. Auf internationaler Ebene müssen die Vergleichbarkeit und Anerkennung von erworbenen Ausbildungs- oder Studienabschlüssen verbessert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen auf Bundesebene die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen, daß die Länder ihre Kompetenzen im Bildungs- und Wissenschaftsbereich angemessen wahrnehmen können. Dazu gehören:

- die bessere Verzahnung und Durchlässigkeit der verschiedenen Bildungsbereiche,
- der Erhalt, Ausbau und die Reform der dualen Berufsausbildung,
- Programme zur Mädchen- und Frauenförderung in der Ausbildung,
- Sicherung der arbeitsmarktorientierten Förderung in Kooperation von Schulen, Jugendhilfe und Bundesanstalt für Arbeit,
- ein Rahmengesetz zur Gestaltung des Weiterbildungssektors,
- umfassende Änderungen im Hochschulrahmengesetz,
- ein Forschungsförderungsgesetz und nicht zuletzt
- die Absicherung des Lebensunterhalts von StudentInnen und SchülerInnen.

Die Umschichtung und Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel, gerade auch für die Länder, ist notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine Trendwende in der Bildungsfinanzierung: Die Finanzmittel für Bildung und Wissenschaft sind Investitionen in die Zukunft der jungen Generation und der ganzen Gesellschaft.

Hochschulen und Wissenschaft neu gestalten

Hochschul- und Wissenschaftspolitik muß den gesellschaftlichen Anforderungen an eine breite wissenschaftliche Ausbildung gerecht werden und nachhaltiger Forschung und Entwicklung den notwendigen Rahmen geben. Dafür ist ein ausreichend finanziertes, öffentliches und pluralistisches Hochschulsystem notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen auf die AkteurInnen an den Hochschulen. Nur durch die Eröffnung von Gestaltungsspielräumen verknüpft mit einer umfassenden Demokratisierung können die Reformpotentiale der Hochschulen produktiv werden. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten ein für die Selbständigkeit der Hochschulen in Finanz-, Personal- und Planungsfragen. Demokratische Entscheidungsstrukturen unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Hochschulangehörigen und eine effektive Verwaltung sind Voraussetzung, um diese Eigenständigkeit sinnvoll auszugestalten. In den Regionen sollen künftig Hochschulkuratorien eingerichtet werden, die zwischen Hochschule und Staat einerseits sowie zwischen Hochschulen und gesellschaftlicher Öffentlichkeit, der die Hochschulen primär verantwortlich sind, andererseits vermitteln. Bestandteil einer umfassenden Demokratisierung ist die bundesweite Einführung von Verfaßten StudentInnenschaften mit allgemeinpolitischem Mandat. Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen auf allen Ebenen in den Hochschulen muß rechtlich verankert werden. Ein entscheidendes Hemmnis für die Weiterentwicklung der Hochschulen ist deren Personalstruktur. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden einen Schwerpunkt auf die Reform dieser ständisch organisierten Strukturen legen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen:

- den Beamtenstatus im Wissenschaftsbereich und die Habilitation abschaffen,
- eine an Leistungen und Engagement orientierte Bezahlung,
- durch eine konsequente Förderpolitik die Hindernisse für Frauen abbauen
- und den anstehenden Generationswechsel für die deutliche Erhöhung des Anteils von Frauen im Wissenschaftsbetrieb nutzen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Lehre an den Hochschulen aufwerten. Für Einstellungen von Lehrenden müssen die didaktischen Fähigkeiten eine zentrale Rolle spielen. NachwuchswissenschaftlerInnen müssen didaktische Fähigkeiten vermittelt werden. Des weiteren ist ein qualifiziertes Angebot an Fortbildung für alle Lehrenden sicherzustellen. An den Hochschulen soll die Bewertung des Lehrangebots (Evaluation) und dessen Weiterentwicklung unter gleichberechtigter Beteiligung von Lehrenden und Lernenden zur festen Aufgabe werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen sich für eine Studienstrukturreform ein. StudentInnen sollen die Möglichkeit haben, aus einem vielfältigen Studienangebot auszuwählen und ihr Studium interdisziplinär zu gestalten. Eine zentrale Rolle spielt die Durchlässigkeit und Modularisierung von

Studiengängen, damit ein Wechsel zwischen Studiengängen und Hochschulen wesentlich erleichtert wird.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ein Sofortprogramm auflegen, bei dem gleichgewichtete Schwerpunkte bei der Frauenförderung, Bibliotheks- und Lehrmittelausstattung und beim Hochschulbau gesetzt werden. Neben einer an ihren Aufgaben und Auslastung bemessenen Grundausstattung sollen die Hochschulen zusätzliche Finanzmittel für Initiativen wie Frauenförderung, Studienberatung, Mitbestimmung, Evaluation sowie Projekte um den Themenkomplex Nachhaltigkeit erhalten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen Studiengebühren und weitere Hürden in Form einer über das Abitur hinausgehenden Studierfähigkeitsfeststellung oder hochschulinterner Auswahlverfahren ab und wollen den Hochschulzugang auf eine breitere Basis stellen. Neben der allgemeinen Hochschulreife sind die Zugangsberechtigungen durch berufliche Ausbildung oder ähnliche Praxisfelder und gleichwertige außereuropäische Qualifikationen auszubauen. Ausländischen StudentInnen muß der Zugang erleichtert werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN lehnen die Ausgrenzung ausländischer StudentInnen durch die Verschärfung des Ausländerrechts ab. Wir unterstützen die verstärkte Zusammenarbeit von Hochschulen weltweit, insbesondere mit Ländern der »Dritten Welt«.

Die jüngsten Veränderungen am Hochschulrahmengesetz lösen die Probleme der Hochschulen nicht bzw. zielen in die falsche Richtung.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen ihre Reformschwerpunkte im Hochschulrahmenrecht verankern, um den Ländern die notwendigen Freiräume zur Ausgestaltung und Umsetzung zu ermöglichen.

Für eine bedarfsgerechte und elternunabhängige Studienfinanzierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen einen Schwerpunkt auf den Aufbau einer bedarfsgerechten und elternunabhängigen Studienförderung. Im Zuge der Erhöhung von Chancengleichheit setzen sich BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für die Wiedereinführung der SchülerInnenausbildungsfinanzierung als Zuschuß für SchülerInnen der Oberstufe aus einkommensschwachen Familien ein. Die Studienförderung soll allen StudentInnen in Deutschland ein Studium unabhängig von ihrer sozialen Herkunft und Nationalität ermöglichen ohne Zwang zur Erwerbsarbeit, um den Lebensunterhalt zu verdienen.

Elternunabhängige Studienfinanzierung für alle ist mehr als eine BAFöG-Reform für wenige. Sie ist eine Grundvoraussetzung für einen Neuanfang in der Hochschulpolitik. Nur durch den Ausbau der StudentInnenförderung zu einem Rechtsanspruch für alle StudentInnen können soziale Barrieren abgebaut werden und eine nach Qualität, Umfang und Dauer optimale Hochschulausbildung ermöglicht werden. Wir haben mit dem Bundesausbildungsförderungsfonds (BAFF) ein eigenes Modell entwickelt, das allen einen elternunabhängigen und bedarfsdeckenden Lebensunterhalt staatlich garantiert. BAFF trägt den ungleichen Startbedingungen je nach Herkunft Rechnung. Finanziert werden soll der BAFF aus öffentlichen Mitteln durch Umschichtungen von Leistungen des Familienlastenausgleichs sowie durch Beiträge der ehemals Geförderten abhängig von der sozialen Herkunft

und dem Einkommen. Eine Verknüpfung mit studienbegleitenden Prüfungen erfolgt nicht.

Für die Förderung des Auslandsstudiums und für ausländische StudentInnen gelten die gleichen Regelungen wie für ein Studium der inländischen StudentInnen in Deutschland.

Forschung und Innovation für nachhaltige Entwicklung

Wissenschaft, Forschung und Technologie haben großen Einfluß auf unsere Gesellschaft. Auch für die wirtschaftliche Entwicklung sind Innovationen von großer Bedeutung. Deshalb treten BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowohl in der nationalen als auch in der internationalen Forschungspolitik für eine Neuausrichtung von Forschung und Innovation auf nachhaltige Entwicklung und Zukunftsfähigkeit ein.

Forschungspolitik muß Entwicklungsoptionen für eine lebenswerte Zukunft eröffnen. Daher müssen technische Innovationen gefördert werden, die Möglichkeiten für eine Verbesserung der Lebensqualität bieten, ohne Umweltschäden nach sich zu ziehen. Statt der zunehmenden Ausrichtung öffentlich geförderter Forschung auf kurzfristige wirtschaftliche Verwertbarkeit und die Interessen einzelner Unternehmen ist die Hinwendung zu drängenden gesellschaftlichen Problemen und die Ausrichtung auf ökologisch und sozial verträgliche Modernisierung notwendig. Daher ist die frühzeitige Einbeziehung von potentiellen AdressatInnen in Forschungs- und Entwicklungsprozesse und eine verstärkte Verschränkung mit sozialökologischer Technikfolgenabschätzung wichtig. Generell müssen nicht nur technische, sondern auch soziale Entwicklungen vermehrt als Chance für die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft anerkannt und gefördert werden. Um dies zu erreichen, wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wissenschaftliche Initiativen fördern, in denen Probleme interdisziplinär bearbeitet werden. Diese Wissenschaft soll daher grundlagen- und gestaltungsorientierte Forschung verbinden, regionale und globale Analyseebenen sowie langfristige Zeithorizonte einbeziehen und sie muß ökologisch und sozial verträgliche Handlungsmöglichkeiten der Menschen für den Alltag erarbeiten. Langfristig wird eine nachhaltige Entwicklung nur mit einer Forschungspolitik gefördert werden, in der wie von vielen WissenschaftlerInnen und zunehmend auch von der Wirtschaft gefordert wird technologische, soziale, ökologische und ökonomische Aspekte gleichzeitig und gleichrangig berücksichtigt werden.

Eine Neuorientierung der Förderpolitik des Bundes ist notwendig. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die bestehenden Förderprogramme in den Bereichen »Energie« und »Umwelt« ausbauen und neu konturieren. Für den Aufbau eines umweltverträglichen Energiesystems müssen die technischen Voraussetzungen geschaffen und neue Konzepte zu Energiemanagement und Energiedienstleistungen entwickelt werden. Nachhaltiges Wirtschaften erfordert eine höhere Ressourcenproduktivität und eine Verringerung der Gift- und Abfallströme. Mit einem Programm »Nachhaltige Technik« sollen entsprechende Entwicklungen gefördert werden. Das Festhalten an den riskanten und unproduktiven Technologien Atomenergie, Kernfusion, bemannte Raumfahrt, Gentechnik, Rüstung und Transrapid muß beendet werden.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN treten für Forschungsfreiheit ein. Sie öffnet Spielräume für alternative Denkansätze und neue Problemlösungsstrategien. Deshalb ist die freie, erkenntnisorientierte Grundlagenforschung unverzichtbar. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet dort ihre Grenzen, wo die Würde des Menschen verletzt wird, andere Grundrechte verletzt oder unüberschaubare Risiken eingegangen werden. In einer Zeit, in der Wissenschaft den Bau von Massenvernichtungswaffen ermöglicht hat und mit Hilfe der Gentechnik, Klonen und Embryonenmanipulation alle natürlichen Grenzen eingerissen werden können, muß Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft verantwortet werden. Dieser Verantwortung müssen sich die WissenschaftlerInnen und die Forschungsinstitutionen stellen. Wir treten dafür ein, geeignete rechtliche Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, daß sich alle Beschäftigten ohne Angst vor Benachteiligungen frei am offenen und öffentlichen Diskurs gerade auch über Risiken und Gefahren beteiligen können, die mit ihrer Tätigkeit oder ihrem Betrieb verbunden sind. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen die Öffentlichkeit und Transparenz von Forschung erhöhen durch die Demokratisierung der Wissenschaftsorganisationen, diskursiv und breit angelegte Formulierung von Leitbildern und Forschungsprogrammen, der frühzeitigen Veröffentlichung von Forschungsergebnissen und durch die Offenlegung der Drittmittelfinanzierung.

Wörter: 6426

Grundsatzprogramm: Freiheit in Verantwortung

Erziehung und Bildung erneuern

Persönlichkeitsbildung und Wertordnung

54. Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Person und für die Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Sie müssen zur Persönlichkeitsbildung beitragen, soziale Fähigkeiten und fachliche Kenntnisse vermitteln und den Anforderungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Die freiheitliche Demokratie ist auf selbständig urteilende Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die zur Übernahme von Verantwortung bereit sind. Erziehung und Bildung zielen auf die Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates und die im Grundgesetz verankerte Wertordnung. Weltanschauliche Parteilichkeit oder wertneutrale Beliebigkeit sind mit dem Bildungswesen des demokratischen Staates unvereinbar.

Leistung und Chancengerechtigkeit

55. Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Förderung müssen wesentliche Elemente unseres Bildungs- und Ausbildungssystems sein. Grundlagen unserer Bildungspolitik sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das humane Leistungsprinzip: Chancengerechtigkeit erfordert, die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen zu berücksichtigen. Sie kann nicht durch Nivellierung oder durch die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden, sondern nur durch die Förderung der Anlagen jedes einzelnen. Das Leistungsprinzip verlangt, daß die Leistungsmöglichkeiten des einzelnen gefordert und gefördert werden und daß alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten. Leistung ist das sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium in einer demokratischen Gesellschaft. Die gemeinsame Erziehung und Bildung von Mädchen und Jungen bildet die Grundlage für ein partnerschaftliches Miteinander; sie darf jedoch nicht die spezifischen Bedürfnisse von Mädchen und Jungen außer acht lassen.

Ausbildung straffen, kürzen und differenzieren

56. Wir treten dafür ein, Lehrinhalte und Ausbildungsgänge zu straffen, Ausbildungszeiten zu kürzen und das Angebot zu differenzieren. Nur so können wir den gewachsenen und neuen Anforderungen, auch im internationalen Vergleich, gerecht werden. Die Verbindung von Bildungs- und

Beschäftigungssystem muß ständige Aufgabe von Politik und Wirtschaft sein. Die Länder stehen in der besonderen Verantwortung, ein vergleichbares Niveau in den Bildungsabschlüssen sicherzustellen und auf diese Weise Qualität und Mobilität zu fördern. Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungswesens. Sie müssen von Ländern und Kommunen gleichberechtigt mit öffentlichen Bildungseinrichtungen gefördert werden.

57. Im zusammenwachsenden Europa sind Kenntnisse der anderen Kulturen, Sprachen und Lebensbedingungen unverzichtbar. In Schulen, praktischer und akademischer Ausbildung tragen sie zur Urteilsfähigkeit, zu Toleranz und Völkerverständigung bei. Wir wollen den europäischen Austausch auf allen Ebenen fördern.

Leistungsstarke und Leistungsschwache fördern

58. Unser Gemeinwesen braucht in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten, die ihr Wissen und Können im Bewußtsein der Verantwortung für andere und im Dienst an der Sache einsetzen. Wir setzen uns für die Förderung besonders Begabter ein. Gleichzeitig gilt für uns, daß wir diejenigen besonders fördern wollen und müssen, die sich überfordert und den gesellschaftlichen Anforderungen nicht gewachsen fühlen. Wir müssen ihnen helfen, daß sie ihr Leben selbstverantwortlich gestalten können. Wir treten für eine Neuordnung der Ausbildungsförderung ein, die für praktische und akademische Bildungsgänge einschließlich der Aufstiegsfortbildung vergleichbare Chancen eröffnet.

Gegliedertes Schulsystem

59. Wir treten für ein gegliedertes Schulsystem ein, das die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen berücksichtigt und den Wechsel zwischen verschiedenen Bildungsgängen ermöglicht. Deshalb halten wir an der Hauptschule neben der Realschule und dem Gymnasium als selbständigen Bildungsgängen mit unterschiedlichem Profil und jeweils eigenen Abschlüssen fest. Um den Schülern eine ihren Begabungen und Leistungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen und die Vielfalt und Qualität der Schulformen zu sichern, muß beim Übergang zu einer weiterführenden Schule neben dem Wunsch der Eltern die Empfehlung der Schule ein stärkeres Gewicht erhalten.

Auftrag der Schule

Auftrag der Schule ist die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen, von Kulturtechniken, der deutschen Sprache und von Werten.

Wir setzen uns für den gesetzlich geschätzten evangelischen und katholischen Religionsunterricht an unseren Schulen ein. Daneben muß auch die religiöse Erziehung für Angehörige anderer Religionsgemeinschaften möglich sein. Die

Schule hat auch den Auftrag, auf die Zeit nach der Schule vorzubereiten. Die Schulen sollen über den Unterricht hinaus Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens. Schüler und Eltern müssen entsprechende Mitwirkungsrechte besitzen. Wir treten dafür ein, daß Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in allen Schulformen eingerichtet werden. Die Schule hilft bei der Eingliederung von Kindern und jungen Menschen in unsere Gesellschaft und Kultur; besonders Kinder anderer Nationalität und Sprache sind darauf angewiesen. Lehrern kommt in Partnerschaft mit der Familie ein eigener erzieherischer Auftrag zu.

Berufliche Bildung

60. Unser duales Bildungssystem mit Betrieb und Schule hat sich bewährt und ist eine wesentliche Grundlage für unsere internationale Wettbewerbsfähigkeit. Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner müssen die einer praktischen Berufsausbildung durch leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung stärken, um so die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Ausbildung zu verwirklichen. Die berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule stärkerer Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. Wir wollen die Berufsschule durch die Verbesserung ihrer Arbeitsmöglichkeiten und ihres Ansehens stärken. Für besonders begabte Absolventen einer praktischen Berufsausbildung muß besser als bisher auch der Hochschulzugang eröffnet werden. Frauen und Männer in handwerklichen und sozialen Berufen leisten einen unersetzlichen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft sowie für das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, daß neben der gesellschaftlichen Anerkennung auch die Verdienstmöglichkeiten, insbesondere in den sozialen Berufen, deutlich verbessert werden. Wir wollen, daß der Dienst am Menschen nicht schlechter bezahlt wird als die Arbeit an der Maschine.

Hochschulbildung

61. Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre bleiben eine notwendige Voraussetzung für die hohe Qualität akademischer Ausbildung und für die wissenschaftliche Leistung. Der Ausbau der Hochschulen ist hinter den stetig steigenden Studentenzahlen zurückgeblieben; die damit verbundene Überlastung gefährdet die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen. Dieser Entwicklung müssen die Länder und der Bund durch den weiteren Ausbau, insbesondere der Fachhochschulen, Rechnung tragen und zugleich durch neue Ausbildungsformen überzeugende Alternativen zum Studium schaffen. Deshalb müssen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien weiterentwickelt werden.

Autonomie der Hochschulen

Die Autonomie der Hochschulen muß sich ebenso bei der notwendigen Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten und der erforderlichen Neuordnung der Studiengänge- und Studienabschlüsse bewähren wie bei der Beteiligung an der Auswahl der Studienbewerber, insbesondere in solchen Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die der vorhandenen Studienplätze übersteigt. Wir wollen am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsvoraussetzung festhalten. Das Abitur muß aber wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit machen. Wir wollen, daß die Hochschulen vermehrt selbstverantwortlich über ihren Haushalt verfügen können, um ihnen so einen wirtschaftlichen Einsatz der stärker nach Leistungskriterien zu vergehenden Finanzmittel zu ermöglichen. Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses auf Lebenszeit, insbesondere bei Erstberufungen, stärker als bisher in Anspruch genommen werden.

Zukunftsorientierte Weiterbildung

62. Die dauernden und tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt bedingen in allen Berufen sich wandelnde und neue Qualifikationen. Die Anforderungen, denen sich der einzelne sowohl im privaten und persönlichen als auch im öffentlichen und beruflichen Leben gegenübersehen, machen umfassende Angebote zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung notwendig. Weiterbildung muß mit gleichem Rang und Gewicht als vierter Bildungsbereich neben die Schul-, Berufs- und Hochschulausbildung treten. Sie stellt ein noch unausgeschöpftes Aufgabenfeld sowohl der Bildungs- als auch der Tarifpolitik dar. Arbeitsmarkt und Bildungssystem können dadurch wieder stärker miteinander verbunden und auch die Rückkehr ins Berufsleben nach der Familienphase erleichtert werden. Die Hochschulen sollen zukünftig auf diesem Feld mit berufsbegleitenden Aufbaustudien zusätzliche Aufgaben übernehmen. Wir wollen ihre Angebote und das der freien Träger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen fördern. Die schulische wie außerschulische politische Bildung hat für uns einen besonderen Stellenwert. Wir treten für eine Verbesserung der Bildungsmöglichkeiten für ältere Menschen ein.

Beschluß des 9.Parteitages der CDU Deutschlands

Projekt Zukunftschancen

Verantwortung für Deutschland

CDU-Dokumentation 32/1997

21. Die Hochschulen sind Wegbereiter in die Wissensgesellschaft.

Die Hochschulen haben eine besondere Aufgabe auf dem Weg in die Wissensgesellschaft, sie verbinden Forschung und Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses. Unser Ziel ist die Schaffung der besten Entwicklungsmöglichkeiten für unsere Hochschulen. Dazu orientieren wir uns an den Leitgedanken Differenzierung, Qualität, Leistung und Wettbewerb. Die Gesellschaft der Zukunft hat einen steigenden Bedarf an höherqualifizierten jungen Menschen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach einer Ausbildung im tertiären Sektor an. Deshalb benötigen wir eine stärkere Differenzierung im Hochschulsystem. Spitzenqualität und hohe Leistungen sind an den Hochschulen nur dann wieder zu erreichen und langfristig zu sichern, wenn den Hochschulen die Möglichkeit zum Wettbewerb eröffnet wird. Zukünftig brauchen wir Hochschulen, die ihr eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen herausbilden, und wir brauchen einen Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Studenten in Deutschland.

- Das Studium muß insgesamt so gestaltet werden, daß ein berufsqualifizierender Abschluß (Magister, Diplom o. ä.) innerhalb der Regelstudienzeit möglich ist. Die Regelstudienzeit soll einschließlich Praxissemester acht Semester an Fachhochschulen und neun Semester an Universitäten nicht überschreiten. Um den Hochschulen einen zusätzlichen Anreiz zu geben, ein zügiges Studium zu ermöglichen, sollen zukünftig die Zahl der Studierenden und die Zahl der Abschlüsse innerhalb der Regelstudienzeit bei der Vergabe der Mittel des Staates für die Lehre Berücksichtigung finden.
- Studierende brauchen frühe Auskunft über ihre Eignung und Erfolgsaussichten. Deshalb sollen obligatorische Zwischenprüfungen spätestens nach dem vierten Semester bzw. nach zwei Studienjahren eingeführt werden.
- Wir wollen ein Leistungs-Punkt-System entwickeln zur Verbesserung der Gliederung des Studiums, zur Erleichterung des Hochschulwechsels aus dem Ausland nach Deutschland und umgekehrt, und zur Förderung der Mobilität zwischen Hochschulen innerhalb Deutschlands.

- Wir treten dafür ein, die Hochschulen in den neuen Bundesländern auch weiterhin gezielt zu fördern.
- Zur Stärkung der Autonomie der Hochschulen wollen wir die Rahmenbedingungen für starke, handlungsfähige und transparente Leitungsstrukturen auf allen Ebenen schaffen. Der Staat soll seine Eingriffe auf Rahmensetzungen beschränken. Zentrale Bedeutung hat dabei die globale, leistungs- und qualitätsbezogene Mittelvergabe an die Hochschulen.
- Zur Stärkung der internationalen Kompatibilität und Transparenz der Abschlüsse wollen wir den Hochschulen die Möglichkeit eröffnen, die auch im angelsächsischen Graduierungssystem üblichen Hochschulgrade Bachelor und Master zu verleihen.
- Im Bund und in den Ländern sollten zielorientierte Zukunftsfonds für Technologieforschung in Hochschulen und Unternehmen aufgelegt werden, die zu einem festen Anteil aus staatlichen Vermögensveräußerungen sowie Komplementär- und Drittmitteln finanziert werden.
- Die Lehrinhalte der einzelnen Veranstaltungen sind so aufeinander abzustimmen, daß ein zügiges Studium durch das Veranstaltungsangebot unterstützt wird.
- Die deutschen Hochschulen sollen in Zukunft zumindest in den Fächern, in denen ein Nachfrageüberhang besteht, die Möglichkeit erhalten, einen Teil ihrer Studierenden selbst auszuwählen.
- Die Struktur der Hochschulbildungsgänge paßt nicht zur Nachfragestruktur auf dem Arbeitsmarkt. Deshalb soll die Zahl der Studienplätze an Fachhochschulen im Laufe der nächsten fünf Jahre von heute 25 Prozent auf 40 Prozent aller Studienplätze angehoben werden.
- Die Hochschulen sollten ihre Absolventen ermutigen, ihre erworbenen besonderen Qualifikationen auch in unternehmerische Initiativen umzusetzen. Dazu soll im Umfeld von Wissenschafts- und Forschungseinrichtungen – durch Investitionshilfen in die Infrastruktur - jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern der Weg in die Selbständigkeit erleichtert werden. An den Hochschulen sollte das Angebot eines Schwerpunktes Selbständigkeit und Existenzgründung zum Regelangebot werden.
- Neue Kommunikationstechnologien bieten auch für die Hochschul- und Studienorganisation neue Möglichkeiten. Das Konzept der "Virtuellen Hochschule" kann die Betreuung der Studenten verbessern, die Vereinbarkeit von Studium, Familie und Beruf erleichtern und die Qualität der Lehre erhöhen. Ein Ausbau der technischen Ausstattung soll die Hochschulen in die Lage versetzen, diese Chancen umfassend zu nutzen.
- Auch die Internationalität des Hochschulstandorts Deutschland stärkt die Leistungsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die

Studentenmobilität - sowohl von Deutschen ins Ausland als auch von Ausländern nach Deutschland - ist zu fördern. Dazu gehört unter anderem der Abbau nicht sachgerechter Beschränkungen im Ausländerrecht.

- Berufsakademien bereichern das tertiäre Bildungsangebot und verleihen zugleich dem Wettbewerb im Bildungsbereich zusätzliche Impulse. Deshalb soll das Modell der Berufsakademien bundesweit eingeführt und als 3. Säule ausgebaut werden.
- Die Hochschulen müssen neue Weiterbildungskonzepte für diejenigen Berufstätigen entwickeln, die ihre berufliche Spezialisierung wissenschaftlich vertiefen und erweitern wollen.
- Durch gezielte Fördermaßnahmen muß die Benachteiligung von Frauen bei Stellenbesetzungen ausgeglichen werden. Bis zum Jahr 2005 soll mindestens jeder fünfte Professorenstuhl in Deutschland mit einer Frau besetzt sein.

22. Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil beruflicher Lebensplanung werden. Denn eine einmal abgeschlossene Berufsausbildung wird nicht mehr für ein ganzes Berufsleben reichen. Lebensbegleitendes Lernen ist der beste Weg, um sich persönlich gegen Arbeitslosigkeit zu schützen. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisiertes Lernen - auch außerhalb des Arbeitslebens - gewinnen an Bedeutung. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung der Betriebe und des einzelnen. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen lebensbegleitenden Lernens. Persönliche Lernbereitschaft und Eigeninitiative sind aber unverzichtbar.

- Die CDU setzt sich dafür ein, daß die jungen Menschen ihre Erstausbildung möglichst früh und mit soliden Grundlagen absolvieren und daß die Fähigkeit vermittelt wird, selbständig weiterzulernen. Denn so sind sie am besten für die Zukunft gerüstet. Für die duale berufliche Erstausbildung sollen nur solche Qualifikationen festgelegt werden, die in der überwiegenden Zahl der Betriebe dauerhaft gebraucht werden.
- Die Fortbildungsverordnungen müssen in enger Abstimmung mit den Sozialpartnern weiterentwickelt werden. Qualität, Transparenz und Verwertbarkeit von Fortbildungsabschlüssen auf dem internationalen Arbeitsmarkt sind die vorrangigen Ziele.
- Die duale Weiterbildung in Zusammenarbeit von Betrieben und Fachhochschulen ist auszubauen. Sie bildet für besonders leistungsbereite und qualifizierte Berufstätige eine effektive Verbindung von Praxisqualifikation, Berufserfahrung und Studium. Die Länder sollten solche dualen Weiterbildungsstudiengänge durch entsprechende Zugangsregelungen auch für qualifizierte Fachkräfte ohne formale Hochschulzugangsberechtigung öffnen.

ZUKUNFTSPROGRAMM

Vorlage des CDU-Bundesvorstandes an den 10. Parteitag der CDU Deutschlands vom 17. - 19. Mai 1998 in Bremen

3. Bildungsreform - für eine zukunftsfähige Gesellschaft

Im internationalen Wettbewerb um Innovation und technologische Spitzenleistungen kann sich langfristig nur behaupten, wer über erstklassig ausgebildete Arbeitskräfte verfügt. Unser duales System der beruflichen Qualifizierung, von der Gesellenprüfung bis zum Meisterbrief, gehört zu unseren entscheidenden Standortvorteilen, es gilt weltweit als Vorbild. Es gibt keinen Grund, dieses bewährte System in Frage zu stellen. Eine Ausbildungsplatzabgabe lehnen wir ab.

Die Qualität unseres Systems der beruflichen Bildung hängt davon ab, daß auch in Zukunft genügend Ausbildungsplätze angeboten werden. Die duale Berufsausbildung muß anpassungsfähig bleiben, indem rechtzeitig neue und modernisierte Berufsbilder entwickelt werden, die den Wandel in Wirtschaft und Gesellschaft widerspiegeln.

Wir brauchen mehr Differenzierung im Bildungssystem und damit bessere Entfaltungschancen für leistungsschwächere und leistungsstärkere Menschen. Die starre Ablehnung zweijähriger Ausbildungsgänge wollen wir überwinden. Es gilt, neue Ausbildungsberufe mit überwiegend praktischer Qualifikation zu schaffen und die staatliche Regulierung der Ausbildungsinhalte zugunsten größerer Wahlmöglichkeiten zurückzunehmen.

Unser Ziel bleibt die Gleichwertigkeit von beruflicher und allgemeiner Bildung. Deshalb haben wir das Meister-BAföG eingeführt und die Möglichkeiten verbessert, auch über die berufliche Bildung den Hochschulzugang zu erreichen. Die Zahl der Empfänger von Meister-BAföG wollen wir verdoppeln. Zugleich werden wir die allgemeine Studienförderung reformieren, um auch in Zukunft jedem qualifizierten jungen Menschen die Chance zu einem Studium zu eröffnen.

Das deutsche Bildungssystem galt einmal weltweit als vorbildlich. Die Experimente linker Bildungsreformer der 60er und 70er Jahre sind in erster Linie dafür verantwortlich zu machen, wenn das heute nur noch eingeschränkt zutrifft. Noch immer halten SPD-geführte Landesregierungen in der Bildungspolitik an einer überholten Ideologie der Gleichmacherei fest: Mittelmaß für alle. Das muß endlich ein Ende haben.

Aufgabe der Schule ist die Persönlichkeitsbildung und die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen. Es kann nicht hingenommen werden, daß in manchen Ländern die Schule nicht mehr imstande ist, den Kindern einen ausreichenden Grundstock an elementaren Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen zu vermitteln. Und weil wir zugleich eine

weltoffene moderne Dienstleistungs- und Industriegesellschaft sind, müssen wirtschaftliche Zusammenhänge, Fremdsprachen und der Umgang mit den neuen Informations- und Kommunikationstechnologien an unseren Schulen sehr viel intensiver unterrichtet werden. Dem dient auch unsere Initiative "Schule ans Netz".

Bildung ist für uns mehr als nur Wissensvermittlung: Wissen und Werte gehören zusammen. Wir bekennen uns zu einem umfassenden Bildungsauftrag von Schule und Hochschule. Für uns behält daher auch der Religionsunterricht seinen festen Platz als ordentliches Lehrfach an öffentlichen Schulen.

Die CDU will die Verkürzung der im internationalen Vergleich viel zu langen Ausbildungszeiten erreichen. CDU-geführte Länder haben bewiesen, daß das Abitur ohne Qualitätsverlust bereits nach zwölf Jahren abgelegt werden kann.

Unsere Hochschulen müssen wieder international zur Spitze gehören. Die Studienzeiten in Deutschland sind zu lang. Deswegen haben wir dafür gesorgt, daß künftig bundeseinheitliche Regelstudienzeiten gelten, und daß Studienabschlüsse eingeführt werden, die schneller erreicht werden können. Mit einer radikalen Verringerung der staatlichen Regelungsdichte kann den Hochschulen ein größerer Gestaltungsspielraum für Strukturen, personelle Zusammensetzung und Verwendung zugewiesener Mittel gegeben werden. Wir wollen es Hochschulen ermöglichen, ein eigenständiges Profil mit Schwerpunktbereichen auszubilden, in denen Spitzenleistungen erbracht werden. Dazu gehört nicht nur ein Wettbewerb der Hochschulen um die fähigsten Forscher und Dozenten, sondern auch ein Wettbewerb um die fähigsten Studenten einschließlich der Möglichkeit, daß sich die Hochschulen ihre Studenten selbst auswählen können. Unionsgeführte Länder sind hier schon beispielgebend vorangegangen.

Gerade in den neuen Ländern sind leistungsstarke Hochschulen entstanden, mit häufig besseren Ausbildungsmöglichkeiten als im Westen.

Um mehr Flexibilität, Eigenverantwortung und Motivation für die Hochschulen und ihr Lehrpersonal zu erreichen, wird die Finanzierung der Hochschulen zukünftig stärker leistungsorientiert erfolgen. Wir wollen die Mittelvergabe nicht nur von der Zahl der Studenten, sondern auch von der Forschungsleistung, der Qualität der Lehre und der Zahl der pünktlich zum Examen gelangten Studenten abhängig machen. Drittmittelwerbung, Sponsoring und die Einrichtung von Stiftungen müssen in erheblich breiterem Umfang genutzt werden.

Für die Berufstätigen muß Weiterbildung zum festen Bestandteil der Berufsplanung werden. Das Lernen im Arbeitsprozeß und selbstorganisiertes Lernen - auch außerhalb des Arbeitslebens - sind unverzichtbar. Berufliche Fort- und Weiterbildung liegt in erster Linie in der Verantwortung des Einzelnen und der Betriebe. Die CDU versteht die Rolle der Politik als Partner für gute Rahmenbedingungen beruflicher Weiterbildung.

GRUNDSATZPROGRAMM

14. Bildung und Erziehung für eine persönlichkeitsgerechte und leistungsorientierte Gesellschaft

Bildung eröffnet dem Menschen Chancen für ein Leben in Freiheit, Selbstentfaltung und Verantwortung in der Gemeinschaft. Sie eröffnet Berufswege, gesellschaftlichen Aufstieg und sozialen Ausgleich. Sie ermöglicht Orientierung, Urteilskraft und Verantwortungsbewußtsein.

Der Wettbewerb der Völker und Nationen verlangt schöpferischen Umgang mit der eigenen Tradition und den Herausforderungen der Gegenwart. Bildung und Erziehung sichern die Weitergabe der kulturellen Traditionen unseres Volkes, der religiösen Werte und wissenschaftlichen Erkenntnisse an die nächsten Generationen. Sie fordern zugleich kulturelle und wissenschaftliche Neuschöpfungen heraus. Bildung ist Investition in die Zukunft.

Bildungsziele: Wissen und Können, Herz und Charakter

Die CSU richtet die Inhalte ihrer Bildungspolitik an den Verfassungswerten aus.

Sie sind die Richtschnur einer Werte begründenden und Werte vermittelnden Erziehung. Das erfordert die Vermittlung von Wissen und Können sowie die Bildung von Herz und Charakter.

Die in der Bayerischen Verfassung gesetzten obersten Ziele "Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor der Würde des Menschen" und die Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt sind Grundlage für das Leben in der Gemeinschaft. Dies schließt die Achtung vor der religiösen Überzeugung anderer ebenso mit ein wie die Erziehung zu Toleranz und friedlichem Zusammenleben in unserer Gesellschaft von Deutschen und Ausländern. Die CSU lehnt jeglichen Fanatismus, sei er moralisch, politisch, ökologisch oder religiös begründet, ab, weil er nur unzureichende, vereinfachte Antworten für komplexe Lebensprobleme bietet.

Bei der Auswahl der Bildungsinhalte muß sich der Staat von der Vielfalt der gewachsenen Kultur, von unserer demokratischen Grundordnung, aber auch von den Anforderungen eines sich einigenden Europas und einer zusammenwachsenden Welt leiten lassen. Die CSU wird die Freiheit der Lehrenden entsprechend ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag gewährleisten.

Gerechtigkeit und Subsidiarität müssen nach unserer Auffassung auch für die Schul- und Bildungspolitik gelten:

- Gerechtigkeit erfordert, daß das Bildungswesen durchlässig ist und Abschlüsse allein nach den Gesichtspunkten Leistung und Befähigung verleiht.

- Subsidiarität bedeutet, daß dem öffentlichen Schulwesen nicht Aufgaben zugemessen werden dürfen, die in die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen oder der Familie fallen.

Die CSU tritt für ein vielfältiges Bildungsangebot ein. Dies umfaßt neben Kindergarten, Schule und Hochschule auch außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung, die Büchereien, die Musikpflege und den Sport in unterschiedlichem Maß. Kunst und Kultur, Denkmalschutz, Brauchtums- und Heimatpflege brauchen auch in unserer offenen Gesellschaft öffentliche Förderung, damit die Vielfalt und der Reichtum unserer gewachsenen Kultur erhalten und lebendig bleiben. Die CSU begrüßt und unterstützt die Aktivitäten freier Träger und privater Initiativen gerade in diesen Bereichen.

Gegliedertes Bildungsangebot für vielfältige Begabungen

Der Vielfalt menschlicher Begabungen und Neigungen sowie der Mannigfaltigkeit der Berufe wird ein gegliedertes Schulwesen am besten gerecht. Es berücksichtigt mit seiner Durchlässigkeit die individuelle, kindgerechte Entwicklung. Es vermittelt am besten jedem Kind die seinen erkennbaren Fähigkeiten und seiner inneren Berufung entsprechende Ausbildung. Die allgemeinbildenden Schulen müssen junge Menschen auf die sich wandelnden Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt vorbereiten.

Die Eignung des Schülers und der Wille der Eltern müssen auch künftig über Schule und Ausbildungsweg der Kinder entscheiden. Das gegliederte Schulwesen leistet einen wesentlichen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands.

Die CSU wird das gegliederte Schulsystem leistungsfähig erhalten. Sie tritt deshalb für die Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung ein. Daher müssen Haupt- und Berufsschule eng aufeinander abgestimmt und wirkungsvoll aufgewertet werden. Der Wert und die Anerkennung dieses eigenständigen Bildungsganges sind zu stärken. Den erworbenen Abschlüssen müssen auf dem Arbeitsmarkt soziale Anerkennung und Einkommen entsprechen. Die CSU wird auf die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen aller deutschen Länder achten.

Leistung ist in einer demokratischen Gesellschaft der entscheidende Auswahlgrundsatz für Aufstieg und Erfolg. Die Schulen sind deshalb dem pädagogisch verantworteten Leistungsprinzip verpflichtet. Sie müssen aber nicht nur Leistungs-, sondern auch Lebensraum für die Schüler sein und menschliches Miteinander einüben. Schule soll Raum lassen für die Entwicklung eines sozialen und kulturellen Gemeinschaftslebens, in dessen Gestaltung Schüler, Eltern, Lehrer und Schulträger einzubeziehen sind. Lernschwache sind nach ihren individuellen Bedürfnissen ebenso zu fördern wie besonders Begabte.

Behinderte Kinder sind bestmöglich zu fördern, sei es in der Regelschule oder in Schulen für besonderen Förderungsbedarf. Dabei muß das Wohl des Kindes im Vordergrund stehen.

Die Erziehung im Kindergarten leistet einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und zum Sozialverhalten des Kindes. Sie muß deshalb wertorientiert sein.

Kinderhorte betreuen schulpflichtige Kinder altersgerecht und familienergänzend. Die CSU fördert deshalb eine bedarfsgerechte flächendeckende Versorgung mit Kindergärten und Kinderhorten als familienunterstützende Bildungseinrichtungen.

Sie setzt sich ein für neue Formen der Kinderbetreuung, die Müttern und Vätern, auch Alleinerziehenden nach ihrem Erziehungsurlaub die Wiedereingliederung in das Berufsleben erleichtern können. Dazu bedarf es auch vielfältiger privater Initiativen.

Erwachsenenbildung und berufliche Weiterbildung bieten Orientierungshilfen im gesellschaftlichen und technischen Wandel. Dabei müssen der Erwerb oder die Weiterentwicklung von Schlüsselqualifikationen wie Flexibilität sowie die Bereitschaft zu Teamarbeit und Innovation im Vordergrund stehen. Die CSU erstrebt in Erwachsenenbildung und beruflicher Weiterbildung Vielfalt und freiwillige Zusammenarbeit aller Bildungsträger.

Dem Sport kommt für die Erziehung der Jugend, die Gesundheit der Bevölkerung und die Freizeitgestaltung eine Schlüsselfunktion zu. Er leistet einen wichtigen Beitrag zur Integration des einzelnen in der Gesellschaft. Die CSU fördert deshalb ein breites Sportangebot in Schulen, Verbänden und Vereinen und setzt sich für eine gezielte Betreuung des Spitzensportes ein. Sport soll die Gesundheit fördern, sie nicht gefährden. Daher fordert die CSU strenge internationale Regelungen gegen Doping und deren konsequente Überwachung. Zur Fairneß im Sport muß erzogen werden, die Anwendung von Gewalt bekämpft werden.

In gleicher Weise ist die Sensibilität für eine naturschonende Sportausübung zu schärfen.

Wörter: 3726

Aus:

Liberales Manifest

Die freie Entfaltung der Persönlichkeit muß durch Vielfalt in der Bildung und die gerechte Chance zur Entwicklung individueller Neigung und Begabung unterstützt werden.

Bildung ist Bürgerrecht

Bildung ist ein Wert an sich. Sie ist Bürgerrecht und Aufstiegschance zugleich. Nicht nur formale Wissensvermittlung und Ausbildung, sondern ebenso Erziehung zur Freiheit, Toleranz und Selbstverantwortung, zu Kreativität und demokratischem Verhalten ist das liberale Bildungsziel.

Freie Bildungsträger fördern

Die Reform unseres Bildungswesens ist inhaltlich und organisatorisch erstarrt, sie braucht den freien Wettbewerb der Ideen. Wir wollen mehr Chancen für freie Bildungsträger.

Neue Medien in die Schulen

Die neuen Medien und Technologien und die damit verbundenen gesellschaftlichen Veränderungen müssen in den Unterricht aufgenommen werden. Die bürokratische Gängelung in Schulen und Hochschulen muß abgebaut und die Selbstbestimmung der Eltern, Lehrenden und Lernenden verbessert werden. Der freie Zugang zu allen Bildungseinrichtungen muß gewährleistet bleiben.

Auch Hochbegabte unterstützen

Für die Liberalen sind Breiten- und Hochbegabtenförderung unerlässlich. Chancengleichheit heißt gleiche Chancen am Start, nicht Garantie der Erfolgsgleichheit am Ziel.

Berufliche Bildung verbessern

Die Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung ist noch keineswegs erreicht. Gerade die Sicherung der Ausbildungschancen für den jungen Menschen erfordert eine Verbesserung und Aufwertung der beruflichen Bildung. Ebenso muß angesichts des Vordringens neuer Technologien für

jeden die Chance eröffnet werden, an einer qualifizierten allgemeinen, beruflichen und innerbetrieblichen Weiterbildung teilzunehmen.

Aktionsprogramm

DIE CHANCEN NUTZEN FÜR EINE BILDUNGSSTRUKTUR-REFORM IN DEUTSCHLAND 02.01.1997

Interessen und Leistung verbinden - Verantwortung organisieren

Hochschulen sind häufig Objekte für politische Forderungskataloge. Uns muß aber bewußt bleiben: Sie sind eigene und eigenständige Einrichtungen. Sie können in ihrer Arbeitshaltung und gesellschaftlichen Verantwortung mit dazu beitragen, daß Verteilungskonflikte verringert werden und Stabilität für die weitere Entwicklung durch Qualifizierung zur Verfügung steht.

Die Förderung der Fachhochschulen ist ebenso notwendig, sie kann sich auf die Bearbeitung von Fragestellungen in der Praxis mit Hilfe von aus der Grundlagenforschung entwickelten wissenschaftlichen Verfahren und Methoden konzentrieren. Fachhochschulen liefern schon heute mit ihren spezifischen Erfahrungen in der Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden einen großen Beitrag für neue und verbesserte Produkte, für Produktionsverfahren und Dienstleistungen.

Die Überregulierung, die Unterfinanzierung und die Unausgewogenheit des Hochschulsystems muß beendet werden. Die Unausgewogenheit besteht in der Tatsache, daß wir zuwenig Fachhochschulstudienplätze haben, zu viele Abiturienten ein Universitätsstudium aufnehmen, obwohl sie ein Fachhochschulstudium gewünscht hätten. Ein Studienplatz an einer Universität ist durchschnittlich pro Jahr fast doppelt so teuer wie ein Fachhochschulstudienplatz. Wenn eine zweistellige Zahl von Studienanfängern auf die teureren Studienplätze ausweicht, obwohl sie mit günstigeren Studienplätzen auch ihren Berufswunsch erfüllen würden, dann ist das eine volkswirtschaftliche Vergeudung von Ressourcen.

Die Überregulierung im System führt direkt zur Unterfinanzierung und zum Verlust von Handlungsspielräumen an den Hochschulen. Die Hochschulaufwendungen im Wettbewerb mit anderen Ausgaben sind in den Anteilen am Bruttosozialprodukt immer mehr zurückgegangen.

Die Hochschulen sind mit Studierenden chronisch überlastet und unterfinanziert; sie können ihrem Ausbildungs- und Forschungsauftrag nicht in einer Weise nachkommen, wie es der Bedeutung von Qualifikation und Forschung für die zukünftige Entwicklung in unserem Land entspricht. Sie sind selbst aus ihrer inneren Struktur dazu nicht in der Lage, weil sie, wenn das Prinzip der kollegialen Überzeugungsarbeit gescheitert ist, Veränderungsmaßnahmen kaum durchsetzen können, und weder über personelle noch finanzielle Sanktionsmöglichkeiten verfügen. Und die

Wissenschaftsbehörden können in die interne Ausführung der Hochschulbildung nicht eingreifen, ohne das Prinzip der Wissenschaftsfreiheit zu verletzen.

Viele Studenten studieren über die Regelstudienzeit hinaus, obwohl ein immer größerer Teil sich wirklich bemüht, innerhalb der Regelstudienzeit das Studium abzuschließen. Auf der anderen Seite brechen viele Studenten ihr Studium ab. Diese Mixtur führt zu Verlusten, sie führt zu unglaublichen Kosten, und sie zeigt, daß die Mischung aus Unterfinanzierung, Überregulierung, aber auch Führungsdefiziten und Kontrollproblemen des Hochschulsystems selbst Ressourcen vergeudet.

Deshalb ist die alleinige Forderung, Haushalte aufzustocken, die Hochschulfinanzierung zu stärken, nicht ausreichend, wenn die Hochschulen selbst nicht ihre Managementfähigkeiten effektiv verstärken, Führungsdefizite beseitigen und zu Studienreformen in der Lage sind. Natürlich haben unzureichende Finanzausstattung und Kapazitätsnormierung zu einer deutlichen Verschlechterung der Betreuungsrelationen geführt. An Fachhochschulen und Universitäten muß jeder Hochschuldozent viel mehr Studenten betreuen, als dies noch vor 20 Jahren der Fall war. Aber die Homogenität der Interessen mancher Lehrenden, ihre individuelle Freiheit, die Stellung auf Lebenszeit und die Berufungszusagen auf Lebenszeit haben einen Anspruch auf die Finanzverantwortung des Staates konstituiert, der zugleich auch hohe Inflexibilität bedeuten kann, individuellen Freiheitsmißbrauch und Behauptungsmöglichkeiten im jeweiligen Aufgabenbereich, die Studienverkürzungen nicht begünstigen. Strukturen dürfen nicht in einer unseligen Gemengelage in gewachsenen Apparaten, verfestigtem Dienstrecht und mentale, , Vorbehalten versteinern.

Es ist deshalb gut, daß die Rektorenkonferenz Studiengeldern eine Absage erteilt hat. Denn das Verlangen nach Studiengeldern gegenüber den Studierenden hätte in keinem guten Verhältnis zur Reformbereitschaft der Hochschulen selbst gestanden. Manches Einzahlen von Studiengeld hätte die Nichtbereitschaft zur Reform perpetuiert und eine Hochschulgremienentscheidung des Weiter-so begünstigt.

Wenn die Hochschulen wollen, können sie ihre eigenen Prüfungen ernst nehmen, sie können Zwischenprüfungen organisieren, sie können nach einem Jahr Studium eine Zwischenprüfung mit Blick auf Verständnis, auf Verarbeitungsfähigkeit und Wissen als Prognose für die Studierfähigkeit einrichten. Es bedarf einer intensiveren Betreuung bereits im Grundstudium. Dies wäre auch besser als eine Eingangsprüfung, in der nicht mehr feststellbar ist als die Aussagefähigkeit des jeweiligen Abiturzeugnisses. Damit könnte einer hohen Abbrecherquote zu Leibe gerückt werden und eine verantwortbare Entscheidung hinsichtlich der hohen Zugangszahlen könnte getroffen werden.

Die Hochschule muß eben in manchen Fachbereichen die unangenehme Entscheidung treffen, daß nicht alle Professoren, die z.B. nach C 4 besoldet werden, mit ihren jeweiligen Fachgebieten unbedingt Gegenstand in allen Bereichen von Prüfungen sind. Die Hochschulen müssen eben zwischen

Wichtigem und Unwichtigem, das sich auch in dem Vorhandensein des Lehrangebots von Personen ausdrückt, unterscheiden und sie müssen dabei nicht einmal ganz eng kalkulieren. Ein Auslandssemester, eine Beteiligung in der Selbstverwaltung kann einbezogen werden. Wieso eigentlich die bei den Juristen übliche Freischußregelung, d.h. das frühere Anmelden zum Examen und das Nichtanrechnen bei einem Scheitern nicht schon längst in anderen Fachbereichen erörtert und durchgesetzt worden ist, müssen die Hochschulen beantworten.

Sie sollten selbst gegenüber der Deutschen Forschungsgemeinschaft die Wege suchen, die in Graduiertenkollegs, in Vertiefungsabschnitten, nach einem ersten berufsqualifizierenden Abschluß liegen. In diesem Bereich macht am Ende die Überbeanspruchung der Hochschulen auch individuelle Sanktionsmöglichkeiten sinnvoll.

Wer bei einem gut organisierten Studiengang die Regelstudienzeit überschreitet, und selbst bei Einbeziehung eines Auslandssemesters und Tätigkeiten in der Selbstverwaltung zu lang studiert, von diesem Mitglied der Gesellschaft kann die Hochschule zu Recht eine ansteigende Studiengebühr verlangen. Denn es ist nicht einzusehen, daß jemand die Hochschule über Gebühr in Anspruch nimmt, obwohl er weiß, daß alle anderen Gesellschaftsteilnehmer für ihn oder für sie bis zu einem ersten berufsqualifizierenden Abschnitt bezahlen.

Selbstverantwortung zu spüren und sie auch finanziell zugerechnet zu bekommen, das ist keine unbillige Forderung. Auf studentischer Seite muß klar sein, daß die Freiheit der Entscheidung auch die Konsequenz der Verantwortung mit sich bringt. Da keine Arbeitsplätze zugeteilt werden, kann der Staat auch keine Einkommensgarantie geben, auch einem Hochschulabsolventen nicht. Die frühere Gewißheit eines Studiums auf ein sicheres Einkommen hin gibt es bei immer höheren Abituranteilen der Jahrgänge nicht mehr.

Ich schlage vor:

1. Die Hochschulen machen endlich ernst mit der oft angekündigten inneren Reform. Dazu sind Dauer, Ablauf, Aufbau und Inhalt einzelner Studiengänge zu überprüfen.
2. Hochschulen müssen bei der Auswahl ihrer Studierenden stärker als bisher beteiligt werden (z.B. durch Auswahlgespräche, Gewichtung einzelner Abiturnoten je nach Studiengang, Erhöhung der Leistungsquote bei NC-Studiengängen).
Hochschuleingangsprüfungen sind nicht sinnvoll. Es ist zweckmäßig, wenn Hochschulen statt dessen in allen Studiengängen nach 2 Semestern eine Prüfung vorsehen, um den Studierenden eine bessere Orientierung im weiteren Studienverlauf zu ermöglichen. Überdies sollten sowohl bei Staatsexamens- als auch bei Magisterstudiengängen Zwischenprüfungen nach 4 Semestern verbindlich eingeführt werden.

3. Der Stellenwert der Lehre ist zu erhöhen. Transparente und verlässliche Verfahren zur Anerkennung von Studienleistungen und -abschlüssen müssen endlich zur Anwendung kommen. Eine bundeseinheitliche Regelung über den Hochschulzugang beruflich Qualifizierter ist überfällig.

Die Regelstudienzeiten sollten zukünftig an Fachhochschulen 4 Jahre, an Universitäten in der Regel 4 bis 5 Jahre betragen. Die im Studiengang Rechtswissenschaften praktizierte "Freischußregelung" hat sich bewährt, alle Prüfungsordnungen sollten sie vorsehen.

Studiengebühren sollten im Erststudium nicht erhoben werden, eine Kostenbeteiligung der Studierenden bei gravierender Überschreitung der Regelstudienzeiten oder bei einem Zweitstudium ist anzustreben.

Immer noch bereitet selbst innerhalb Deutschlands die Anerkennung der erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen beim Wechsel zwischen Hochschulen Schwierigkeiten, dies gilt noch vermehrt für an ausländischen Hochschulen erbrachte Leistungen. Es ist deshalb erforderlich, daß alle deutsche Hochschulen ein Credit-Point-System entwickeln und vereinbaren, das eng mit den Europäischen Credittransfersystem (ECTS) verknüpft ist. Dies erhöht zugleich die Mobilität der Studierenden in Europa.

Multimedia und neue Informationstechniken werden den Alltag im Hochschulleben, vor allem aber die Lehre, intensiver beeinflussen. Um mit internationalen Entwicklungen Schritt zu halten, sollte jeder Hochschullehrer die mit den modernen Technikangeboten verfügbaren Möglichkeiten nutzen und seine Lehre didaktisch auf neues Niveau bringen.

4. Die deutschen Hochschulen haben international nach wie vor einen guten Ruf. Trotzdem bewerben sich immer weniger ausländische Studierende aus für uns wichtigen Bereichen der Welt in Deutschland um einen Studienplatz. Dies gilt es zu ändern. Die Hochschulen sollten deshalb die Möglichkeiten erhalten, neben den Diplom- und Magister-Abschlüssen auch solche Studiengänge einzurichten, die mit dem "Bachelor" und "Master" enden. Verstärkt sollten an deutschen Hochschulen fremdsprachige Studienangebote entwickelt und der Austausch von Studierenden und Wissenschaftlern zwischen den Hochschulen intensiviert werden. Die Beratung und Betreuung ausländischer Studierender ist zu verbessern. Auf dieser Basis sollten deutsche Hochschulen aktiver ihre Leistungen - auch gegen Bezahlung - in wichtigen Regionen der Welt anbieten. Zur Steigerung der Attraktivität deutscher Hochschulen ist es außerdem erforderlich, die ausländerrechtlichen Vorschriften anzupassen.

Die Überreglementierung und -regulierung der Hochschulen muß abgebaut, die Eigenverantwortung gestärkt, das System insgesamt wettbewerbsorientierter gestaltet werden. Voraussetzung für mehr Wettbewerb, Autonomie und Profilbildung ist Budgetsouveränität der Hochschulen im Rahmen eines bereitzustellenden Globalhaushaltes. Notwendig ist außerdem eine Stärkung der Hochschul- und Fachbereichsleitung und, eine Konzentration der Gremienkompetenzen auf grundsätzliche Fragen und Kontrollaufgaben.

Ein intern und extern funktionierendes Bewertungssystem für Forschung und Lehre in allen Hochschulen ist einzuführen.

5. Hochschulen, die eigenverantwortlich und flexibel arbeiten sollen, benötigen zwingend auch vermehrte personelle Entscheidungskompetenzen. Deshalb ist es erforderlich, die Dienstherreneigenschaft und die Berufung von Professoren sowie die Einstellung sonstigen Personals auf die Leitung der Hochschule zu übertragen. Berufungszusagen zu personeller und sachlicher Ausstattung des jeweiligen Arbeitsgebietes sollen befristet werden, um in zeitlichen Abständen jeweils neu darüber zu entscheiden. Die Besoldung/Vergütung von wissenschaftlichem Personal - insbesondere von Professoren - soll leistungsabhängiger gestaltet werden, etwa durch die Fixierung eines Grundgehaltes und variable Zuschläge. Eine Erstberufung von Professoren nur auf Zeit (mit Verbeamtung auf Lebenszeit nach Bewährung) hätte viele Vorzüge, sofern es gelingt, das durchschnittliche Berufungsalter, wieder deutlich zu senken. Das könnte z.B. durch den Wegfall der Habilitation als bindende Voraussetzung erreicht werden.

6. Die Forschung in Deutschland genießt weltweit noch immer hohes Ansehen, das Potential für eine hohe Leistungsentfaltung ist vorhanden. Die Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft ist in diesem Zusammenhang ein essentieller Baustein. Ihre Wirkung darf nicht dadurch gefährdet werden, daß sie von ihrem eigentlichen Zweck - Förderung der Spitzenforschung - entfernt und zur Kompensation nicht mehr ausreichender Grundausstattung der Hochschulen und der Nachwuchsförderung herangezogen wird. Das hohe Angebot an wissenschaftlich ausgebildeten Nachwuchskräften und das absehbare Ausscheiden vieler älterer Hochschullehrer müssen dazu genutzt werden, in Forschung, in interdisziplinärer und internationaler Zusammenarbeit sowie in Kooperation mit der Wirtschaft eine neue Aufgeschlossenheit und Dynamik zu erreichen.

Wissenschaftlichen Nachwuchskräften mit befristeten Arbeitsverträgen sollten Zeiten einer Beurlaubung nicht auf die Vertragsdauer angerechnet werden. Die Tarifvertragsparteien sollten überdies umgehend die Arbeiten an einem "Wissenschaftstarifvertrag" aufnehmen, da die Regelungen des BAT sowohl für Hochschulen als auch für außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in vielen Fällen keine befriedigenden Möglichkeiten der Gestaltung arbeitsvertraglicher Bezüge erlauben.

Aus- und Weiterbildungsangebote an deutschen Hochschulen, die speziell auf Existenzgründung zugeschnitten sind, existieren nur in Ansätzen. Lehrstühle für Existenzgründer/Mittelstand sollten so schnell wie möglich an ausgewählten Standorten eingerichtet werden.

7. Eine offene und veränderungsbereite Gesellschaft braucht neben Wettbewerb auch Privatinitiative. Die Unterstützung der Wissenschaft durch gemeinnützige Einrichtungen ist unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftsförderung. Privathochschulen sind weiter zu fördern. Die staatlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen und privates Engagement müssen weiter verbessert werden.

Der Praxisbezug der Fachhochschulen ist eine große Arbeitsmarktchance für ihre Absolventen. Deshalb ist folgendes notwendig:

1. Die Studienplatzkapazität an Fachhochschulen muß ausgebaut werden. Nicht alle Studiengänge, die Universitäten heute anbieten, müssen auch dort zukünftig bleiben; stark praxisorientierte sollten an Fachhochschulen verlagert werden.

Das Verhältnis von 40% der Studienplatzkapazitäten für Fachhochschulen und 60% für Universitäten muß als Leitziel gelten.

2. Die Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Studiengängen, von der Fachhochschule auf die Universität und umgekehrt, muß erhöht werden.

3. Die Fachhochschulen sollen verstärkt berufsintegrierende Studien - Berufsausbildung und Studium - in den Bereichen Ingenieurwissenschaften, Wirtschaft und Informatik anbieten. Daneben sind entsprechende Studiengänge einzurichten, in denen eine kürzere berufsqualifizierende Ausbildung stattfinden kann.

4. Die Einführung von Praxissemestern, die mit dem Hauptstudium verbunden sind und sich auf den Studienschwerpunkt beziehen, soll verstärkt werden.

Diplomarbeiten sollen noch stärker als bisher in Verbindung mit betrieblichen Problemen entwickelt werden.

5. Die Organisationsstrukturen der Fachhochschulen müssen auf noch mehr Flexibilität ausgerichtet werden. Zeitverträge für Praktiker als Dozenten, Patentbüros an den Fachhochschulen und Hochschulen und Verbindungsstellen zur

Industrie sichern die heute notwendigen praktischen Erfahrungen mit Anwendungsbezug. Der öffentliche Dienst beinhaltet noch immer erhebliche Begrenzungen für FH-Absolventen. Es sollte gerade für besonders qualifizierte Absolventen flexibler und durchlässiger gestaltet werden.

6. Die angewandte Forschung und Entwicklung an Fachhochschulen verläuft in enger Zusammenarbeit mit kleinen und mittleren Unternehmen. Dieser Austausch ist für beide Seiten fruchtbar, er sollte ausgebaut werden.

Theorie und Praxis zusammenbringen

Viele Abiturienten haben in den vergangenen Jahren eine berufliche Ausbildung im dualen System absolviert. Für diese Ausbildungsentscheidung waren vielfach Unsicherheiten auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen ausschlaggebend, aber auch der Wunsch, frühzeitig berufspraktische Erfahrungen zu gewinnen. Auf Seiten der Unternehmen ist erkannt worden, daß qualifizierte Abiturienten hervorragende Voraussetzungen als Berufsnachwuchs mit sich bringen.

Eine berufliche Qualifikation, die auf eine betriebliche Ausbildung im dualen System beschränkt ist, setzt oft der weiteren beruflichen Entwicklung Grenzen. Viele dieser Abiturienten haben deshalb nach der betrieblichen Ausbildung ein Studium aufgenommen. Die Bereitschaft, einen sicheren Arbeitsplatz mit dem Ziel zu verlassen, die berufliche Formalqualifikation durch ein Studium zu verbessern, findet ihre Erklärung nicht zuletzt darin, daß auf dem Arbeitsmarkt für Hochschulabsolventen eine positive Einschätzung der Ausbildungsbereiche überwiegt, die für eine Tätigkeit in privatwirtschaftlichen Unternehmen besondere Bedeutung haben (Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Informatik). Vor allem mittelständische Unternehmen haben dadurch qualifizierte Mitarbeiter verloren.

Die Bereitschaft der Unternehmen, diesen Wünschen zu entsprechen, wird ihre Wettbewerbsfähigkeit bei der Gewinnung qualifizierter Abiturienten als Berufsnachwuchs immer stärker bestimmen.

Es liegt im Interesse insbesondere mittlerer und kleinerer Unternehmen, die von ihnen eingestellten Abiturienten, deren Erstausbildung Kosten verursacht hat, auf längere Sicht an sich zu binden. Dem Streben von Abiturienten nach beruflicher Weiterqualifikation über die betriebliche Erstausbildung hinaus könnten die Unternehmen auch durch eine' spezifische, unternehmensinterne oder –externe Fort- und Weiterbildung entsprechen. Dieser Weg allein wird jedoch für besonders leistungsfähige und aufstiegsorientierte Abiturienten nicht hinreichend attraktiv sein. Der Vergleich mit den Berufschancen der an Hochschulen ausgebildeten Berufskollegen wird bei aller Dynamik unternehmensinterner Karriereverläufe die Grenzen solcher Fort- und Weiterbildungsangebote deutlich machen und: mittlere und kleine Unternehmen können Weiterbildungsangebote nicht in jedem Umfang organisieren.

Die Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen bei der Gewinnung von qualifiziertem Personal hängt davon ab, ob der von den Unternehmen angebotene Qualifizierungsweg auch den Erwerb eines Hochschuldiploms einschließt. Der Erhalt arbeitsvertraglicher Bindungen an das Unternehmen erfordert Konzeptionen für berufsbegleitende Studiengänge. Sie können für die Wettbewerbsfähigkeit mittlerer und kleinerer Unternehmen von großer Bedeutung sein.

Berufsbegleitende Studiengänge ermöglichen eine bessere Abstimmung von betrieblicher Ausbildung und betrieblicher Berufspraxis mit dem Hochschulstudium. Sie tragen zu einer zeitlichen Straffung des Studiums bei.

Mit einem berufsbegleitenden Studium können Abiturienten während oder nach ihrer betrieblichen Ausbildung ohne Unterbrechung ihres Ausbildungs- oder Arbeitsvertrages das Diplom an einer Fachhochschule erreichen.

Für das berufsbegleitende Studium eignen sich Ausbildungsbereiche wie z.B.

- Ingenieurwissenschaften, vor allem Maschinenbau und Elektrotechnik,
- Wirtschaftswissenschaften (Betriebswirtschaft) und
- Informatik.

Das berufsbegleitende Studium könnte vier Jahre dauern. Es schließt mit einem Diplom ab. Die Unternehmen gestalten in Abstimmung mit der Fachhochschule den praktischen Teil der betrieblichen Ausbildung, d.h. die berufliche Tätigkeit der Studierenden während des berufsintegrierenden Studiums.

BESCHLUSS DES 48.ORD.BUNDESPARTEITAGS DER F.D.P., WIESBADEN,23.-25. MAI 1997

III. Hochschulen: Mehr Wettbewerb für ein besseres Hochschulangebot

Die deutschen Hochschulen sind chronisch überbelegt und chronisch unterfinanziert. Durch mehr Autonomie sollen sie besser in die Lage versetzt werden, die knappen Mittel wirkungsvoll zu verwenden und ein vielfältiges Angebot für die Studierenden zu schaffen. Die F.D.P. fordert die Schaffung klarer Rahmenbedingungen, um das hohe Niveau der Forschung in Deutschland zu erhalten und die Qualität der Lehre zu verbessern.

Deswegen fordert die F.D.P.:

1. Mehr Autonomie für die Hochschulen.

Die F.D.P. will ein wettbewerbsorientiertes Hochschulsystem, in dem die Hochschulen eigenverantwortlich entscheiden können. Aus diesem Grunde fordert die F.D.P. neue Formen der Hochschulfinanzierung und eine Flexibilisierung der Hochschulhaushalte bis hin zu Globalhaushalten mit selbstbestimmten Stellenplänen und eigener Dienstherrenfähigkeit der Hochschulen.

Die F.D.P. will die Erstberufung von Professoren grundsätzlich nur auf Zeit und die Abschaffung der Habilitation als bindende Berufsvoraussetzung (oder ihre Ersetzung durch Berufserfahrung außerhalb der Universität, wie dies in den Ingenieurwissenschaften schon lange üblich ist). Die F.D.P. will eine stärkere Beteiligung der Hochschulen an der Auswahl der Studierenden. Dabei bleibt das Abitur die grundsätzliche Voraussetzung für die Hochschule. In einem wettbewerbsorientierten Hochschulsystem hat die ZVS keinen Platz.

Die Vergütung von wissenschaftlichem Personal soll leistungsabhängiger gestaltet werden, etwa durch Fixierung eines Grundgehaltes und variabler Zuschläge für Lehre (Hörergeld) und Forschung (Projektförderung).

Durch Evaluation, Ranking und Qualitätsmanagement in Lehre und Forschung soll ein öffentlicher Leistungswettbewerb von Fachbereichen und Hochschulen in Gang gesetzt werden.

2. Studienzeiten verkürzen

Mit den ältesten Hochschulabsolventen nach dem ersten berufsqualifizierenden Abschluß im internationalen Vergleich haben deutsche Hochschulabgänger schlechtere Startchancen im internationalen Wettbewerb. Die einzelnen Studiengänge müssen daher in ihrer Dauer, in ihrem Aufbau

und nach ihren Inhalten überprüft werden. Ziel der Reformmaßnahmen muß eine höhere Übereinstimmung zwischen Regelstudienzeit und tatsächlicher durchschnittlicher Studiendauer sein. Um ihre Wettbewerbsfähigkeit zurückzugewinnen, sollen Hochschulen ihre Studiengänge künftig selbst gestalten dürfen. Ein berufsqualifizierender Abschluß muß innerhalb von vier Jahren erreichbar sein.

Dazu gehören auch verbindliche Zwischenprüfungen und die Freischußregelung für alle Studiengänge, um eine Selbsteinschätzung zu vermitteln und den Wettbewerb zugunsten eines schnellen Studiums zu beleben.

Der Hochschulwechsel innerhalb Deutschlands muß von bürokratischen Anerkennungsverfahren befreit werden. Um auf die Studienwünsche zugeschnittene Hochschullaufbahnen zu ermöglichen, sollten alle deutschen Hochschulen ein eng mit dem europäischen Kredittransfersystem (ECTS) verknüpftes Credit-Point-System vereinbaren. Zudem sollen deutsche Hochschulen die Möglichkeit zur Einrichtung von Studiengängen erhalten, die mit dem "Master" oder bereits frühzeitiger mit dem "Bachelor" beendet werden können.

Internationale Studiengänge, durch Kooperation deutscher und ausländischer Hochschulen, und ein verstärkter fachbezogener Fremdsprachenunterricht sind weiter auszubauen, Hochschulen stellen den Zugang aller Studierenden zum internationalen Wissenschaftsnetz sicher.

Die Attraktivität für ausländische Studenten ist durch geeignete Maßnahmen zu erhöhen.

3. Ausbildungsförderung gewährleistet Chancengleichheit

Liberale haben das Bürgerrecht auf Bildung geprägt. Im Interesse einer durchlässigen, offenen Gesellschaft, in der nicht soziale Herkunft, sondern persönliche Leistungsfähigkeit über den Bildungsweg entscheiden, brauchen wir eine breite Ausbildungsförderung.

Die F.D.P. will eine grundlegende Strukturreform der Ausbildungsförderung. Ziel der Reform der Ausbildungsförderung muß es sein, Chancengleichheit im Bildungswesen herzustellen. Die Ausbildungsförderung der Zukunft muß leistungsbezogen, einfach und flexibel handhabbar, sozial gerecht und offen für unterschiedliche Lebensplanungen sein.

4. Fachhochschulen stärken, berufsintegrierende Studien fördern

Die F.D.P. ist für den Ausbau von Fachhochschulstudiengängen, die kürzer und stärker arbeitsmarktorientiert gestaltet werden. Dienst- und laufbahnrechtliche Unterschiede im öffentlichen Dienst zwischen Fachhochschulabsolventen und Universitätsabsolventen lehnt die F.D.P. ab. Die Fachhochschulen und Berufsakademien sind in ihren fachlichen und

örtlichen Angeboten vorrangig auszubauen. Berufsbegleitende Studienangebote sollen verstärkt geschaffen werden.

5. Privatinitiativen bringen neue Chancen

Um mit unserem Hochschulsystem auf Dauer im internationalen Vergleich bestehen zu können, sind dringend Privatinitiativen erforderlich. Private Wettbewerber erhöhen den Reformdruck auf staatliche Bildungseinrichtungen.

Die Unterstützung der Wissenschaft durch gemeinnützige Einrichtungen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftsförderung.

Privatwirtschaftliches Sponsoring z.B. für Hochschulsanierungen und den Aufbau von Studiengängen besitzt in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern aber immer noch Seltenheitswert. Um diese Kultur auch in Deutschland stärker zu verankern, müssen die staatlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen, Stipendien und privates Engagement deutlich verbessert werden.

49. ordentlicher Bundesparteitag der F.D.P., Leipzig, Messe, 26. - 28.06.1998

- 14 - Antrag Nr. 1

17. Innovation und Globalisierung in der Ausbildung

Einen zentralen Beitrag zur Förderung von Leistungsbereitschaft, Flexibilität und Innovation im Anpassungsprozeß muß das Bildungswesen leisten. Das setzt Reformen in der Schule, der Berufsausbildung, dem Studium und der Weiterbildung voraus. Im Rahmen einer Bildungsoffensive müssen verstärkt solche Kenntnisse, Fähigkeiten und Verhaltensweisen vermittelt werden, die den Einzelnen befähigen, die Herausforderungen des Wandels mit Eigenverantwortung und Risikobereitschaft zu meistern. Das derzeitige System der Lehr- und Ausbildungsinhalte, der Prüfungsordnungen und der Ausbildungszeiten ist zu schwerfällig; es trägt den Anforderung einer sich ständig wandelnden Wirtschafts- und Berufswelt immer weniger Rechnung. Die Bildungseinrichtungen benötigen bei der Gestaltung von Lehrinhalten und bei der Finanzierung mehr Autonomie. Und sie müssen im Wettbewerb stehen. Durch personellen und fachlichen Austausch muß die Verknüpfung mit Wirtschaft und Berufswelt enger werden.

Mehr als bisher müssen sich Schulen und Hochschulen auch auf den Globalisierungsprozeß einstellen, die Chancen der Schüler und Studenten im weltweiten Wettbewerb verbessern. Verkürzung von Schulzeiten, Berufsschultagen und Hochschulstudium verbessern die Arbeitsmarktchancen der jungen Generation.

Betr.: Bundestagswahlprogramm 1998

Antragsteller: Bundesvorstand

Der Bundesparteitag möge beschließen:

II. Für eine Bildungsoffensive

Die liberale Bürgergesellschaft braucht Bildung und Ausbildung als elementare Voraussetzungen für Freiheit, Toleranz und Leistungsfähigkeit. Bildung ist das ethische Fundament für die Bürgergesellschaft und schafft Arbeitsplätze.

Liberaler Bildungspolitik garantiert jungen Menschen die besten Grundlagen, ein selbstbestimmtes Leben zu führen und Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Jedem werden dabei die gleichen Chancen auf Bildung geboten. Diese Chancengleichheit am Start bedeutet nicht Gleichheit der Ergebnisse am Ziel.

Bildung ist die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts. In der Globalisierung wird der Erfolg auf dem Arbeitsmarkt immer mehr von der Qualifikation abhängen.

Unser Bildungssystem braucht Reformen jetzt!

Wir werden nicht an der Bildung sparen. Die F.D.P. fordert trotz knapper Ressourcen, den Anteil der Bildungsausgaben zu erhöhen und gibt Investitionen in Bildung und Forschung Vorrang in den öffentlichen Haushalten.

In den nächsten fünf Jahren müssen die Bundesbeteiligungen privatisiert werden.

Die Erlöse und Zinsersparnisse sollen gezielt zur Entschuldung des Bundeshaushalts und für eine Innovations- und Bildungsinitiative eingesetzt werden.

Nur mit großer Vielfalt unterschiedlichster Bildungsangebote und Organisationsformen läßt sich heutigen und künftigen Anforderungen gerecht werden. Zukunftsorientierte liberale Bildungspolitik setzt deshalb auf Reformen der Bildungsziele und -inhalte, der Organisation sowie der Finanzierung von Bildung - und zwar von der Schule über die Berufsausbildung bis zu den Hochschulen.

Nur unabhängige Bildungseinrichtungen schaffen ein vielfältiges Angebot und mehr Effizienz des Mitteleinsatzes im Bildungswesen. Darum wollen wir eine Neuverteilung der Verantwortung im Bildungsbereich: Für eine Stärkung der Autonomie der Bildungseinrichtungen, für Wettbewerb um die besseren Konzepte und damit auch um die Bildungsteilnehmer selbst. Private Bildungseinrichtungen sind für uns eine sinnvolle Ergänzung zum staatlichen Bildungsangebot. Sie sind zu fördern.

Hochschule

Unser Leitbild der künftigen Hochschule heißt: unabhängig, wissenschaftlich, wettbewerblich, profiliert, international und wirtschaftlich. Dieses Leitbild kann nur verwirklicht werden, wenn die zentralistischen und bürokratischen Strukturen des jetzigen Hochschulwesens überwunden werden.

Wir wollen das schon existierende Hochschulsonderprogramm mit Blick auf den wissenschaftlichen Nachwuchs um 500 Mio. DM aufstocken. Dieses Geld soll vor allem den Hochschulen zugutekommen, aus denen selbst Ansätze zu wirksamen Hochschulreformen kommen, die z. B. Bedingungen zur Einhaltung kürzerer Studienzeiten schaffen bzw. geschaffen haben. Die Mittel für den Hochschulbau werden wir jährlich auf 2 Milliarden DM aufstocken.

Die F.D.P. fordert:

- Die Hochschulen brauchen mehr Autonomie als ihnen bislang in Deutschland zugestanden worden ist. Dazu gehören eine auf Leistung und Wettbewerb ausgerichtete interne Organisations- und Verantwortungsstruktur, die Abschaffung der ZVS und Rückübertragung ihrer Kompetenzen an die Hochschulen, Personalhoheit, Tarifautonomie, Globalhaushalte und - neben einer Grundfinanzierung - eine leistungsbezogene Zusatzfinanzierung über Bildungsgutscheine und Forschungsmittel.
- Drittmittel im Bereich der Forschung, bezogen auf die Forschung und Entwicklung einerseits wie auch die Verwertung von Forschungsergebnissen andererseits (Patente, Gebrauchsmuster usw.) müssen ebenfalls Teil der Einnahmen von Hochschulen sein.
- Der Wettbewerbsgedanke - in der Forschung längst verankert - muß auch im Bereich der Lehre verwirklicht werden. Hier muß die Nachfrage der Studierenden den staatlichen Finanzierungsstrom entscheidend lenken. Die F.D.P. will den Wettbewerb durch die Einführung von Bildungsgutscheinen fördern. Die Bildungsgutscheine verkörpern "Rechte auf Bildung" und werden vom Staat für ein Studium bis zum Erwerb eines ersten berufsqualifizierenden Abschlusses unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Dadurch wird die Chancengleichheit eines jeden Studierenden unabhängig von seiner sozialen Herkunft gewahrt.
- Der Wettbewerb der Hochschulen um Studienbewerber und Forschungsmittel ist auch durch mehr Transparenz hinsichtlich ihrer Ausstattungen und Leistungen zu fördern. Durch regelmäßige interne und externe Bewertungen der Ziele und Leistungen der Hochschulen in Forschung und Lehre und die Veröffentlichung von deren Ergebnissen soll es den Studienbewerbern erleichtert werden, die für ihre persönlichen Ziele geeignetsten Hochschulen herauszufinden. Der Wettbewerb der Hochschulen um die Studienbewerber muß sich auch im Bereich der Studiengänge entfalten können, die einem bundesweiten Numerus Clausus unterliegen. Die Studienbewerber sollen das Recht erhalten, sich direkt bei der Hochschule ihrer Wahl zu bewerben.
- Eine Erstberufung von Professoren sollte grundsätzlich nur auf Zeit erfolgen. Die Habilitation als bindende Berufsvoraussetzung ist abzuschaffen oder durch Berufserfahrung außerhalb der Universität zu ersetzen, wie dies in den Ingenieurwissenschaften schon lange üblich ist.
- Die staatlichen Rahmenbedingungen für Stiftungen, Stipendien und privates Engagement müssen deutlich verbessert werden, denn die Unterstützung der Wissenschaft durch gemeinnützige Einrichtungen ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Wissenschaftsförderung. Privatwirtschaftliches Sponsoring z. B. für Hochschulanerungen und den Aufbau von Studiengängen besitzt in Deutschland im Vergleich mit anderen Ländern immer noch Seltenheitswert.
- Fachhochschulen sind beschleunigt auszubauen. Sie werden durch das Konzept der Bildungsgutscheine neue Entfaltungsmöglichkeiten bekommen.
- Berufsbegleitende Studiengänge sind vermehrt anzubieten.
- Der Studienstandort Deutschland ist für ausländische Studierende wieder attraktiver zu machen.

- Zur Sicherung der Chancengerechtigkeit soll für den Lebensunterhalt der Studierenden eine grundlegende Reform des Bundesausbildungsförderungsgesetzes (BaföG) politisch durchgesetzt werden. Die Konzepte sind ausgearbeitet und unter dem Stichwort "Drei-Körbe-Modell" bekannt geworden. Jetzt muß entschieden und eine neue Weichenstellung vorgenommen werden: Wer volljährig ist, hat selbst Anspruch auf den Teil der Förderung der Ausbildung, den der Staat bisher als Kindergeld oder Kinder- und Ausbildungsfreibeträge den Eltern zugewendet hat. Darüber hinaus sind zinslose Darlehen und in Härtefällen in Abhängigkeit vom Elterneinkommen Zuschüsse zu gewähren.

Forschung und Technologie

Wichtiger Bestandteil liberaler Forschungs- und Technologiepolitik ist die Schaffung eines gesellschaftlichen Umfeldes, in dem Forschung und Umsetzung von Forschungsergebnissen in neue Verfahren und Produkte gedeihen können und akzeptiert werden. Innovationsförderung ist ebenso unabdingbar wie Deregulierung und mehr Wettbewerb. Dazu gehört aber auch ein konsequentes "Ja" zu Leistungseliten.

Für Liberale ist die Freiheit der Forschung unantastbar. Wissenschaftler und Techniker sind aufgerufen, diesen garantierten Freiraum in Verantwortung gegenüber der gegenwärtigen und der kommenden Generation kreativ und innovativ auszufüllen.

Wir werden die Förderung der Spitzen- und Grundlagenforschung verlässlich und auf erhöhtem Niveau gestalten. Wir wollen die Forschungsförderung berechenbar machen und Kontinuität bei der Förderung der Spitzen- und Grundlagenforschung gewährleisten.

Die F.D.P. fordert:

- Alle Versuche, Forschungsförderung auf wenige Schwerpunkte zu reduzieren, sind unverzüglich zu stoppen. Der liberale Ansatz ist, die kreative Vielfalt zu fördern und dem Anwachsen großer Institutionen zu Lasten der kleinen entgegenzuwirken. Schwerpunkte in der Forschungspolitik setzen eine Antwort auf die Frage voraus, wann und ob sich eine neue Technologie durchsetzt. Da es diese nicht gibt, ist nur eine breite Förderung vieler unterschiedlicher Ansätze sinnvoll.
- Primär die Hochschulforschung ist projektbezogen zu unterstützen. Sie ist effizient, weil sie Studierende an der Forschung beteiligt und damit den Wissenstransfer und die Umsetzung der Ergebnisse beschleunigt.
- Das gesamte Regelungsnetzwerk staatlicher Gesetze, Verordnungen, Auflagen, Prüfungs- und Genehmigungsverfahren muß systematisch daraufhin überprüft werden, ob es modernen Anforderungen an eine effiziente, unbürokratische Handhabung und nach heutigem Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Zwecken noch entspricht.

Wörter: 4493

Grundsatzprogramm

4.9 Kultur, Bildung und Wissenschaft befreien

Bildung, Wissenschaft, Massenkommunikation, Alltagskultur und Künste bestimmen heute die gesellschaftliche Entwicklung stärker als je zuvor in der Geschichte. Hier aktiv zu werden und um demokratische Alternativen zu ringen, ist deshalb eine Aufgabe unserer Politik. Soziale Chancengleichheit beim Zugang zu Bildung, Kultur, Sport und Wissenschaft bleibt unser Ziel. Wir erstreben eine Bildungspolitik, die Raum für die Entwicklung der Individualität aller Kinder und Jugendlichen und die bestmögliche Förderung aller Heranwachsenden eröffnet. Die Unterordnung des geistig-kulturellen Lebens unter die Verwertungsinteressen des Kapitals muß zurückgedrängt werden, weil sie tiefe Deformationen verursacht, die Kommunikationsfähigkeit der Gesellschaft gefährdet und damit ihrer demokratischen Weiterentwicklung entgegenwirkt.

Unmittelbare Ziele unserer Bildungs-, Kultur- und Wissenschaftspolitik

- der Ausbau und die innere Demokratisierung der öffentlichen Bildungs-, Wissenschafts- und Kultureinrichtungen;
- der weiteren Vernichtung der wissenschaftlichen und kulturellen Strukturen der DDR und der geistigen Abwicklung Widerstand entgegenzusetzen;
- die Bewahrung der kulturellen Einrichtungen in der gesamten BRD;
- die Novellierung des Hochschulrahmengesetzes mit dem Ziel der paritätischen Mitbestimmung aller Statusgruppen statt einer Restauration der Ordinarienuniversität;
- die Bundesausbildungsförderung ohne Rückzahlungspflicht und ohne Überprüfung des Elterneinkommens zu gewähren;
- die demokratische Kontrolle von Großforschungsinstituten und Drittmittelprojekten an den Hochschulen zu erreichen;
- die Verwandlung von Bildungs-, Wissenschafts-, Sport- und Kultureinrichtungen in verwertungsorientierte Unternehmen aufzuhalten;
- eine grundlegende Erneuerung des Bildungswesens durch eine das gegliederte Schulsystem überwindende demokratische Bildungs- und Schulreform in allen Bundesländern;
- zum grundlegenden Schultyp die integrierte Gesamtschule zu machen und Ganztagschulen zu fördern.

Aktionsprogramme

**R(h)einblick 1/98, PDS im Bundestag, 53113 Bonn,
Bundeshaus, Bonn-Center
Redaktion: Volkhard Peter, Adelaide Grützner
Redaktionsschluß: 17.12.1997**

Für offene, demokratische Hochschulen

Zukunftsminister Rüttgers will "Eckpfeiler der Hochschulreform" im Hochschulrahmengesetz verankern. Sie erweisen sich als kurzatmiger, neoliberaler Maßnahmenkatalog von "A" wie Auswahlrecht der Hochschulen bis "Z" wie Zwischenprüfungen und Zwangsexmatrikulationen. Die von der Bundesregierung vorgelegten und von den Ländern unterstützten Änderungen des HRG erschweren das Studieren. Sie verstärken Tendenzen der Entdemokratisierung und Elitenbildung.

Mit vielen Studentinnen und Studenten

fordern wir:

- Demokratisierung der Hochschule durch Stärkung ihrer demokratischen Gremien und der Rechte der Studierenden, bundesweite Einrichtung verfaßter StudentInnenschaften mit politischem Mandat;
- Sofortige Aufstockung des Hochschulbauprogramms für 1998 von 3,6 auf 5,3 Milliarden Mark;
- Verbesserung der Studienbedingungen durch ausreichende Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal, mit Seminarräumen, Hörsaal- und Laborplätzen, mit Büchern und Geräten;
- bedarfsgerechtes elternunabhängiges BAföG auf dem Weg zu einer sozialen Grundsicherung für alle; sofortige Anhebung der BAföG-Bedarfssätze um 10 Prozent und der Elternfreibeträge um 7 Prozent;
- bundesweites Verbot von Studiengebühren;
- Offenhalten der Hochschule für alle Studierwilligen;
- gesellschaftliche Öffnung der Hochschulen durch Einrichtung von Kuratorien;

- Förderung und Gleichstellung von Frauen in Studium, Lehre und Forschung;
- Rücknahme des vorliegenden Regierungsentwurfs zum HRG und Erarbeitung eines Hochschulrahmengesetzes unter maßgeblicher Einbeziehung von Studierenden, das eine demokratische, sozial und ökologisch zukunftsfähige Erneuerung der Hochschulen fördert.

Gegen den Kahlschlag beim BAföG

143 Millionen Mark weniger als noch 1995 wurden 1996 für BAföG ausgegeben. Immer weniger Studentinnen und Studenten werden gefördert - im Westen nur noch etwas über 10 Prozent, im Osten knapp über 20 Prozent. Die Gefördertenquote aller Studierenden lag somit für 1996 bei ca. 15 Prozent. Im Jahr 1971 bei Einführung des BAföG betrug sie knapp 45 Prozent. Skandalös auch der durchschnittliche monatliche Förderbetrag: 629 DM. In Großstädten reicht das eben für die Miete.

Die wesentlichen Gründe für den Rückgang der Gefördertenzahlen: Elternfreibeträge und Bedarfssätze sind über Jahre hinweg unzureichend an die allgemeine Einkommensentwicklung angepaßt worden. Der Nachholbedarf liegt bei den Bedarfssätzen inzwischen bei 10 Prozent und bei den Freibeträgen bei 7 Prozent. Eine entsprechende Anhebung ist das Mindeste, was umgehend getan werden muß!

Die sogenannte BAföG-Reform versickert derweil in den Mühlen der Ministerialbürokratie. Das letzte Wort hatten vorläufig die Finanzminister mit ihrer Ablehnung aller Alternativvorschläge aus Kostengründen. Nun sind die Ministerpräsidenten an der Reihe.

Die PDS fordert eine grundlegende Reform der Studienfinanzierung durch die Einbeziehung der Studierenden in 'ein System der sozialen Grundsicherung.

Bis dahin schlagen wir vor, Kindergeld und Steuervergünstigungen für Eltern in einen elternunabhängigen einheitlichen Sockelbetrag (gegenwärtig ca. 400 Mark) umzuwandeln, der an die Studierenden direkt ausgezahlt wird.

Dieser Sockelbetrag wird bis zum durchschnittlichen monatlichen Bedarf (ca. 1.300 Mark) abhängig vom Elterneinkommen aufgesteckt. Bei unter- oder durchschnittlichem Haushaltseinkommen wird die Aufstockung als rückzahlungsfreier staatlicher Zuschuß, bei überdurchschnittlichem Einkommen als rückzahlbares zinsloses Darlehen gewährt.

Studiengebühren und Koppelung von BAföG an Leistungsnachweise lehnen wir ab.
Das Verbot von Studiengebühren ist gesetzlich zu fixieren.

SCHULE, BERUFSBILDUNG, HOCHSCHULE, UND LEBENSLANGES LERNEN

POSITIONEN, FORDERUNGEN UND VORSCHLÄGE DER PDS ZUR BILDUNGSPOLITIK

6. Für offene, demokratische Hochschulen und ein selbstbestimmtes Studium

Positionen der PDS zur Hochschulreform und zur

Novelle des Hochschulrahmengesetzes

Nach jahrelangen Debatten über eine Hochschulreform haben sich Bund und Länder, unter Ausschluß der meisten Mitglieder der Hochschulen, grundsätzlich über eine Novellierung des Hochschulrahmengesetzes (HRG) geeinigt. Damit öffnet eine große Koalition von CDU/CSU, FDP und SPD die Tür für die Deregulierung des bundesdeutschen Hochschulsystems. Die geplante Novellierung wird den aktuellen und künftigen Herausforderungen an die Hochschulen nicht gerecht. Die PDS hält die Diskussion über eine grundlegende Hochschulreform nicht für beendet, sondern ihre Fortführung für dringend geboten.

Mit dem vorliegenden Papier will die PDS ihre Position zu einer Hochschulreform sowie zur geplanten Novellierung darstellen und so einen Beitrag zu dieser Debatte leisten.

Krise der Hochschulen

Die PDS sieht die "Krise der Hochschulen" als Teil weit größerer und umfassenderer Krisenprozesse, die sich unter anderem in wachsenden ökologischen Gefahren und in sich rasant vollziehenden Veränderungen der traditionellen (fordistischen) Arbeitsgesellschaft manifestieren und auf Hochschulen als Teil der Gesellschaft zurückwirken. Die daraus resultierenden Konflikte lassen sich nicht mehr auf der Grundlage des in den 70er Jahren als Kompromiß von Wirtschaft, ständischer Wissenschaft und sozialreformnerischer Bewegung entstandenen Hochschulsystems bewältigen.

Sinn und Zweck der Reform

Ausgehend von der Notwendigkeit einer tiefgreifenden Änderung stellt die PDS die Frage nach deren Zweck und Richtung in den Mittelpunkt ihrer Vorschläge.

Dagegen ergibt sich die Notwendigkeit von "Reformen" in der neoliberalen Logik scheinbar aus gegebenen Sachzwängen: Aus der Globalisierung der Märkte werden Schlußfolgerungen für die notwendige Sicherung des "Standortes Deutschland" abgeleitet, inklusive der damit verbundenen "Sparmaßnahmen". Auf diese Weise richtet sich die Mehrzahl der Reformvorschläge einseitig auf eine ökonomisch verstandene Effektivierung von Lehre und Forschung. Sie soll durch zunehmende Ersetzung politischer durch marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen und die Durchsetzung von Effizienzkriterien auf jeder Ebene erreicht werden, zudem durch den Ausbau von Sanktionsmöglichkeiten gegenüber denjenigen, die nicht bereit oder in der Lage sind, sich den Vorgaben unterzuordnen.

Im Gegensatz zur Idee "Dienstleistungsunternehmen Hochschule", das in letzter Konsequenz nur die bezahlen, die es in Anspruch nehmen, hält die PDS am Grundgedanken der "Hochschule in der Gesellschaft" fest. Hochschule und Gesellschaft stehen in einem Wechselverhältnisse gegenseitiger Verantwortung, das ausgeweitet und demokratisiert werden muß.

Leitbilder

Die PDS setzt der neoliberalen, auf Hierarchie, Ungleichheit und ökonomischer Zweckbestimmung basierenden Bildungskonzeption ein eigenes Leitbild einer Hochschulreform entgegen. Es fußt auf einem Bildungsbegriff, der Bildung als Bestandteil und notwendige Voraussetzung für die Emanzipation des einzelnen Menschen und der gesamten Gesellschaft begreift. Bildung hat die Aufgabe, die Entwicklung aller Seiten der Persönlichkeit zu befördern. Sie dient in diesem Sinne zunächst nicht irgendwelchen äußeren Zwecksetzungen, sondern der selbstbestimmten Befriedigung der eigenen Bedürfnisse. Das Studium soll dazu befähigen, die gesellschaftliche Praxis, also auch die institutionalisierte Wissenschaft, umfassend und kritisch zu hinterfragen, um so zu ihrer Gestaltung und Veränderung beizutragen.

Herrschaftsverhältnisse verändern

Gesellschaftliche Veränderungen und das dafür notwendige kritische Wissen und methodische Instrumentarium betreffen alle Seiten des gesellschaftlichen Lebens - Wirtschaft und Wissenschaft, Arbeit und Bildung, Kunst und Kultur sowie soziale Verhältnisse. Natur- und Technikwissenschaften sind derzeit einseitig auf Erkenntnis und industrielle Nutzung von Naturkräften ausgerichtet. Sie sind nur ungenügend eingebunden in komplexe

Forschungsprogramme, die auch die Fragen nach Risiken und Nebenwirkungen, nach der Zukunftsfähigkeit, also nach den langfristigen Auswirkungen auf Natur und menschliche Kulturentwicklung erforschen. Den Praxisbezug von Forschung und Lehre wollen wir aber nicht auf die Aneignung von am Arbeitsmarkt verwertbaren Kenntnissen und Fähigkeiten reduziert sehen.

Die Teilung des Bildungssystems in "Wissenschaft" und "Beruf" oder "Theorie" und "Praxis" gehört zu den Ursachen für die existierenden globalen Krisen und Gefahren, da sie auch die Trennung derjenigen, die für die Gewinnung von Erkenntnissen verantwortlich sind, von denjenigen, die sie anwenden, impliziert.

Gegen Zweiteilung des Studiums

Die PDS stellt sich entschieden gegen neoliberale Reformvorschläge, wonach die Hochschulen in möglichst kurzer Zeit mit möglichst geringem finanziellem Aufwand ein Maximum an auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren berufsqualifizierten AbsolventInnen "produzieren" und dafür entsprechend entlohnt werden sollen.

Die herrschende Politik will die Studienzeitverkürzung durch hierarchische Zweiteilung in ein wissenschaftsorientiertes und ein berufsqualifizierendes Studium erreichen. Die kurze arbeitsmarktorientierte Variante, vielleicht unter dem Namen Bachelor, soll für die Masse ausreichen. Zugang zu wissenschaftsorientierter Bildung erhalte dann nur noch eine ausgesuchte Elite. So werden tradierte Hierarchien und bestehende Herrschaftsverhältnisse erneuert und gefestigt. Gleichzeitig werden sie legitimiert, indem sie nicht als Ungleichheit sozialer Chancen, sondern als angebliche Ungleichheit von Begabung und Fähigkeit erscheinen.

Teilhabe von Frauen

Zu einer demokratischen offenen Hochschule gehört für die PDS auch, die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen zu fördern und zu sichern. Die Benachteiligung von Studentinnen beginnt damit, daß eine "männliche Normalbiographie" bei der Studienfinanzierung, der Festlegung von Studienzeiten, der Organisation des Studiums und der Gestaltung der materiell-technischen und sozialen Infrastruktur der Hochschule zugrunde gelegt wird. Sie setzt sich bei den demokratischen Mitwirkungsmöglichkeiten vor allem auf höheren Ebenen und bei Wissenschaftlerinnen fort.

Eine formale Gleichbehandlung von Studentinnen und Studenten, von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern genügt deshalb nicht. Notwendig ist die gezielte Förderung von Frauen an der Hochschule und die Beseitigung der nach wie vor patriarchalisch geprägten Wissenschaftsstrukturen. Die Stärkung der Rechte von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf allen Ebenen der Hochschule ist dafür unabdingbar.

Demokratisieren und Öffnen

Die PDS fordert Reformen, die die bestehenden Hochschulstrukturen gründlich demokratisieren und die Hochschulen für die Gesellschaft weiter öffnen. Neben der Erweiterung rechtlicher und sozialer Zugangsmöglichkeiten und der Demokratisierung der internen Strukturen muß die demokratische Einflußnahme der Öffentlichkeit gesichert werden.

Verfaßtheit, Leitung und Organisation

Die PDS tritt dafür ein, daß die Hochschulen staatliche Einrichtungen in Form selbstverwalteter Körperschaften des öffentlichen Rechts bleiben. Das schließt die Verantwortung ein, Rahmenbedingungen zu schaffen, die allen Hochschulen gleiche Entwicklungschancen bieten, den freien Zugang zu den Hochschulen gewährleisten, deren innere Demokratisierung befördern und den Austausch zwischen Hochschulen und Gesellschaft intensivieren. Die PDS steht einer Verlagerung von Entscheidungskompetenzen aus den zuständigen Ministerien an die Hochschulen offen gegenüber. Die ministerielle Steuerung muß aber durch die gesellschaftliche Steuerung ersetzt werden. Notwendige Voraussetzung dafür ist eine umfassende Demokratisierung der Entscheidungsstrukturen an den Hochschulen.

Die Gesellschaft beteiligen

Die PDS tritt für eine Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen an den Prozessen von Erkenntnisgewinnung, -vermittlung und -Anwendung ein. Dafür sollen Kuratorien oder gesellschaftliche Beiräte eingerichtet werden. Diese sind paritätisch durch VertreterInnen aller Statusgruppen der Hochschule, der Parlamentsparteien, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände sowie gesellschaftlicher Interessengruppen wie Umwelt- und Frauenverbände zu besetzen. Die Kuratorien erhalten Mitbestimmungsrechte in Haushalts- und Strukturfragen sowie in Angelegenheiten von Forschung und Lehre.

Gleichstellung der Mitglieder

Die PDS tritt für die völlige Gleichstellung aller Hochschulangehörigen, mindestens für viertelparitätische Besetzung der Gremien ein. Solange das nicht durchsetzbar ist, unterstützt die PDS alle Schritte, die dahin führen, die absolute Mehrheit der ProfessorInnen in den Hochschulgremien zu überwinden, die eine wesentliche Ursache für die Reformunfähigkeit ist. Eine Demokratisierung der Hochschule muß sich auch auf die Verwaltung erstrecken. Statt eines straff betriebswirtschaftlich orientierten Managements wollen wir eine Verwaltung, die die demokratisch gewählten Gremien unterstützt.

Zentrale Stellen in der Verwaltung sollen von den Gremien auf Zeit besetzt werden können. Entscheidungskompetenzen sollen weitgehend dezentralisiert werden.

Studierendenschaften einrichten

Die PDS tritt dafür ein, die Einrichtung einer Verfaßten StudentInnenschaft als Körperschaft des öffentlichen Rechts, ausgestattet mit einem politischen Mandat, Satzungsautonomie sowie Beitrags- und Finanzhoheit im Hochschulrahmengesetz zu verankern.

Hochschul- und Studienfinanzierung

Die PDS tritt für eine am Bedarf orientierte staatliche Grundfinanzierung der Hochschulen durch Bund und Länder ein. Die Zahl der Studienplätze und die Ausstattung mit wissenschaftlichem Personal ist an die Zahl der Studierenden anzupassen. Frauenförderung muß ein Kriterium der Finanzierung sein, andere Kriterien können hinzugezogen werden.

Ausreichend finanzieren

Die durch jahrelange Unterfinanzierung entstandene Finanzierungslücke in zweistelliger Milliardenhöhe ist schrittweise zu schließen. Das erfordert eine veränderte Prioritätensetzung im Rahmen einer sozialen, ökologischen und zukunftsorientierten Umsteuerung. Nur unter der Bedingung einer angemessenen Grundfinanzierung (wissenschaftliches Personal, Hochschulbau, Infrastruktur) und der Voraussetzung demokratischer und transparenter Entscheidungsprozesse können die Einführung von Globalhaushalten und die Flexibilisierung der Haushaltsführung zu einer realen Stärkung der Hochschulautonomie führen.

Die Forschungsförderung hat vorrangig nach Kriterien zu erfolgen, die wissenschaftsimmanent sind (Erkenntniszuwachs) und sich am Nutzen für die Allgemeinheit orientieren, insbesondere an möglichen sozialen und ökologischen Effekten (Daseinsvorsorge). Leitlinien dafür müssen Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit sein. Forschungsvorhaben, -risiken und -ergebnisse sind zu veröffentlichen. Rüstungsforschung ist zu beenden.

Soziale Grundsicherung

Die PDS tritt für eine grundlegende Reform der Studienfinanzierung durch die Einbeziehung der Studierenden in ein System der sozialen Grundsicherung ein.

Bis dahin schlägt sie vor, die bisherigen Transferleistungen (Kindergeld) und steuerlichen Vergünstigungen für Eltern (Kinder- und Ausbildungsfreibeträge) in einen elternunabhängigen einheitlichen Sockelbetrag (gegenwärtig ca. 400 Mark) umzuwandeln, der an die Studierenden direkt ausgezahlt wird. Dieser Sockelbetrag wird bis zum durchschnittlichen monatlichen Bedarf (zur Zeit ca. 1.300 Mark) abhängig vom Elterneinkommen aufgesteckt. Bis zu einem durchschnittlichen elterlichen Einkommen wird die Aufstockung als rückzahlungsfreier staatlicher Zuschuß gewährt. Bei überdurchschnittlichem Elterneinkommen erhalten die Studierenden einen gekürzten oder gar keinen rückzahlungsfreien Zuschuß. Ihren Ergänzungsbedarf können sie wahlweise durch ein zinsloses Darlehen decken oder von ihren zahlungspflichtigen Eltern einfordern.

Verschiedene Lebenssituationen und Studierweisen, Teilzeitstudium oder Studieren mit Kind sind spezifisch, aber gleichberechtigt zu fördern. Auslandssemester und Engagement in der studentischen Selbstverwaltung müssen berücksichtigt werden.

Studiengebühren in direkter und indirekter Form lehnt die PDS strikt ab. Das Verbot von Studiengebühren ist gesetzlich zu fixieren.

Hochschulzugang, Studienstruktur, Studieninhalte

Die PDS hält an der Öffnung der Hochschulen und dem freien Zugang zur Hochschule für alle fest. Die Möglichkeiten des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte und FachabiturientInnen müssen erweitert werden. Die PDS lehnt alle Versuche ab, ausländischen BürgerInnen das Studieren zu erschweren. Die PDS weist entsprechende Vorstöße des Bonner Innenministeriums strikt zurück. Ausländische Studierende müssen zudem gleichberechtigte Chancen bekommen, sich ihren Lebensunterhalt durch Arbeit parallel zum Studium zu sichern. Die Einschränkung des Hochschulzugangs durch Gebühren jeglicher Art lehnt die PDS genauso ab wie die in der HRG-Novelle vorgesehenen zusätzlichen Auswahlverfahren und Eingangsprüfungen.

Projektstudium

Die PDS tritt für eine Veränderung der Studienstruktur ein, die ein selbstbestimmtes Studium ermöglicht und mit der Hochschulen in der Lage sind, auf die sich ändernden Anforderungen von Gesellschaft, Arbeitswelt und Studierenden zu reagieren. Die starre Struktur der Studien- und Prüfungsordnungen muß zugunsten individueller Planbarkeit des Studienverlaufs aufgebrochen werden. Die Organisation des Studiums in Modulen, die für Studierende individuell kombinierbar sind, wird dem Grundgedanken eines selbstbestimmten Studiums gerecht. Die Module sollten auch darauf ausgerichtet sein, Angebote für Teilzeitstudien und Weiterbildung zu machen. Die Hochschulen sollten als ein Ort verstanden werden, der lebenslanges Lernen und Forschen ermöglicht.

Die Studienberatung ist auszubauen, die Beratungsmöglichkeiten vor Beginn eines Studiums sind zu verstärken. Die Studieneingangsphase muß im Sinne eines Orientierungsstudiums organisiert sein, das sowohl grundlegende Methoden und Kenntnisse vermittelt als auch einen Überblick über Forschungen, andere Fächer und interdisziplinäre Ansätze bietet. Auf dieser Basis können Studienziele und -wege vereinbart werden, wobei eine Umorientierung immer unbürokratisch möglich sein sollte. Alternative Lehr- und Studienformen wie Tutorien, autonome und Projektseminare sind verstärkt anzubieten. Hierbei soll die interdisziplinäre und problemorientierte Anwendung unterschiedlicher Methoden im Mittelpunkt stehen. Die ständige Erneuerung der Studieninhalte ist gemeinsame Aufgabe aller Mitglieder der Hochschule und der Kuratorien.

Weniger Prüfungen

Die PDS spricht sich gegen weitere Prüfungen, Studienstandsnachweise und Sanktionen aus. Prüfungen dürfen nicht dazu dienen, überzählige Studierende loszuwerden. Sie sollen der eigenen Leistungskontrolle dienen, Fertigkeiten überprüfen und nicht nur Fakten abfragen. Zugunsten von Leistungsnachweisen in angemessener Form sollte weitgehend auf Abfrage-Prüfungen verzichtet werden.

Das Ziel der Abschlußprüfung sollte in erster Linie Nachweis des Verständnisses für die Grundlagen und Methoden des Faches und die Fähigkeit zu individuellem, methodisch angemessenem Arbeiten sein. Ganz entschieden lehnt die PDS zusätzliche Leistungsnachweise für BAföG-EmpfängerInnen ab.

Internationale Vergleichbarkeit

Die vorschnelle und weitgehend voraussetzungslose Einführung von Bachelor- und Master-Studiengängen, wie sie in der HRG-Novelle vorgesehen ist, lehnt die PDS ab. Sie würde statt der angestrebten Integration von Wissenschafts- und Praxisbezug die Tendenz zu einer hierarchischen Teilung des Studiums verstärken. Ergebnis dieser Teilung wäre einerseits ein eng beruflich qualifizierendes Schmalspurstudium für die Masse und andererseits ein wissenschaftsorientiertes Studium mit entsprechendem Abschluß für eine ausgewählte Elite. Internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen kann auch auf anderem Wege (zum Beispiel über die flächendeckende Einführung des European Credit Transfer Systems, ECTS) erreicht werden.

Studienzeiten

Die PDS wendet sich gegen Studienzeitbeschränkung. Sanktionen gegen Langzeitstudierende lehnt die PDS ab. Das entbindet die Hochschulen nicht

davon, ein Studienangebot zu machen, das es den Studierenden ermöglicht, in der vorgesehenen Zeit (4 bis 4 1/2 Jahre) zu einem Abschluß zu gelangen. Die Einrichtung kürzerer Studiengänge muß aus einem inhaltlichen Prozeß hervorgehen, bei dem Studiengänge sinnvoll verkürzt oder neue eingerichtet werden.

Gesamthochschulidee

Die PDS tritt dafür ein, Universitäten und Fachhochschulen im Sinne der Gesamthochschulidee einander anzugleichen. Erste Schritte in diese Richtung sind das Promotionsrecht und der Forschungsauftrag für Fachhochschulen, die Gleichstellung der Abschlüsse und die Vereinfachung des Studienwechsels von Fachhochschulen zu Universitäten und umgekehrt. Das Ziel dieser Angleichung ist, für jede Studienrichtung an einer Hochschule sowohl wissenschaftlich als auch praktisch orientierte Module anzubieten.

Personalstruktur

Die Personalstruktur bundesdeutscher Hochschulen ist heute stärker denn je durch Reformresistenz und Verkrustung geprägt. Kennzeichnend für die wissenschaftliche Tätigkeit als Beruf sind lange Qualifizierungsphasen, geringe soziale Sicherheit und hohe Selektivität. Die ProfessorInnenschaft wird sich altersbedingt in den kommenden Jahren fast vollständig erneuern. Diese Situation ist eine Chance für die überfälligen Reformen der Personalstruktur.

BeamInnenstatus abschaffen

Die PDS sieht die Abschaffung des BeamInnenstatus für die Beschäftigten an Hochschule als Grundlage einer Personalstrukturreform. Sie spricht sich dafür aus, Stellen nur noch in Angestelltenpositionen zu besetzen und BeamInnen einen Wechsel dahin zu ermöglichen. Voraussetzung dafür ist die Schaffung eines einheitlichen Tarifvertrages für wissenschaftliches Personal, in den auch die studentischen Beschäftigten einbezogen werden müssen.

Die PDS verfolgt das Ziel, über eine Reform der Personalstruktur zu einer Neubewertung der Stellung vor allem des sogenannten Mittelbaus und des wissenschaftlichen Nachwuchses zu gelangen. Damit sollen neue Möglichkeiten zur Sicherung von Beschäftigungsverhältnissen des wissenschaftlichen Personals unterhalb der ProfessorInnenebene eröffnet werden. Wir streben einen aufgabenrechtlichen Zuschnitt der einzelnen Arbeitsverhältnisse auf die jeweilige wissenschaftliche Arbeit und den Abbau von persönlichen Abhängigkeiten zwischen wissenschaftlichen MitarbeiterInnen und ProfessorInnen an. Die Möglichkeiten für eine weitere wissenschaftliche Qualifizierung an der Hochschule nach Erlangung des ersten Studienabschlusses müssen erweitert werden. Dafür sind befristete

Stellen zu schaffen, bei denen die wissenschaftliche Qualifizierung im Mittelpunkt steht.

Frauenförderung

Die Vorschläge der PDS zu einer Personalstrukturreform sollen maßgeblich dazu beitragen, den Anteil von Frauen in der Wissenschaft zu erhöhen. Dazu gehören die Festlegung von Frauenquoten bei der Besetzung von Nachwuchsstellen sowie bei Berufungen, die sich am Anteil der Frauen in der vorhergehenden Qualifizierungsstufe orientieren sollen, die Erweiterung der Mitbestimmungsrechte der Frauen und Gleichstellungsbeauftragten in den Berufungskommissionen und die Abschaffung der Habilitation als Berufungsvoraussetzung. Diese Maßnahmen sollen der Frauenförderung dienen und keine "Mutterförderung" im herkömmlichen Sinne sein.

Programm der PDS zur Bundestagswahl 1998
Für den politischen Richtungswechsel!
Sozial und solidarisch - für eine gerechte Republik!

Wissenschaft und Forschung fördern!

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung prägen mit ihren Arbeitsergebnissen das Leben der Gesellschaft umfassender und tiefergreifender als je zuvor. Die Finanzierung der Hochschulen bleibt Verantwortung und Aufgabe von Bund und Ländern, sie darf nicht auf "Einwerbung von Drittmitteln" aus der Wirtschaft abgeschoben werden, womit die Hochschulen der Vermarktung ausgeliefert werden. Die Hochschulen brauchen ausreichende, das heißt höhere Finanzierung, damit die Zahl der Studienplätze und die Ausstattung, mit wissenschaftlichem Personal, Büchern und wissenschaftlichen Geräten der Zahl der Studierenden entspricht.

Die PDS hält eine tiefgreifende Änderung der Hochschulen für dringend nötig. Sie tritt für die Gleichstellung, der Hochschulangehörigen ein, zumindest für die viertelparitätische Besetzung der Gremien. Zudem fordert sie die Ausweitung der Mitbestimmungs- und Kontrollmöglichkeiten gesellschaftlicher Gruppen in Form von Kuratorien in bezug auf Haushalt, Struktur, Forschung und Lehre.

Um den Anteil von Frauen zu erhöhen, sind weitergehende Frauenförderungsmaßnahmen notwendig. Dazu zählen Frauenquoten bei der Besetzung von Nachwuchsstellen und bei Berufungen, die Erweiterung, der Rechte von Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten.

Unerlässlich ist die Einrichtung von Verfaßten Studierendenschaften mit politischem Mandat, Satzungs- Beitrags- und Finanzhoheit. Wir halten an der Öffnung der Hochschulen und dem freien Zugang zur Hochschule fest. Daraus ergibt sich unsere Forderung nach elternunabhängiger, am Bedarf orientierter Studienfinanzierung. Nach erweiterten Möglichkeiten des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte. für Fachabiturientinnen und -abiturienten. Zugangshemmnisse für ausländische Studierende und Studiengebühren jeder Form lehnt die PDS ab. An Studienzeitvorgaben darf frühestens gedacht werden, wenn die Studierenden eine finanzielle Unterstützung, erhalten, die ihnen ein Studium ohne Nebenjob ermöglicht. Alles andere läuft auf soziale Ausgrenzung hinaus.

Die starre Struktur der Studien- und Prüfungsordnungen verhindert individuelle Planbarkeit des Studienverlaufs. Deshalb sollen der Pflichtkanon der Studienordnungen reduziert, interdisziplinäre Lehr- und Forschungsansätze gefördert und Prüfungen, die nur Fakten abfragen, eingeschränkt werden.

Im Sinne der Gesamthochschulidee wollen wir, daß Fachhochschulen und Universitäten einander auf jeweils höchstem Niveau angeglichen werden. Erste Schritte dazu sind das Promotionsrecht und der Forschungsauftrag für Fachhochschulen, die Gleichstellung, der Abschlüsse und die Vereinfachung des Studienwechsels von Fachhochschulen zu Universitäten und umgekehrt. Jeder Studiengang sollte neben hohen Ansprüchen an die Wissenschaftlichkeit praxisorientiert sein.

Die Forschungsförderung soll vorrangig nach Kriterien erfolgen, die am Erkenntniszuwachs und am Nutzen für die Allgemeinheit, insbesondere an der Lösung, sozialer und ökologischer Probleme orientiert sind. Hierzu ist besonders der Beitrag der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften einzufordern. Rüstungsforschung an Hochschulen wird eingestellt, noch laufende Forschungen sind öffentlich zu machen. Die Hochschulen haben die Pflicht und sollen deswegen das durch Bundesrahmengesetz geregelte Recht erhalten, sich wirkungsvoll an der Diskussion über die Bewältigung gesellschaftlicher Schlüsselprobleme zu beteiligen.

Die PDS will eine Reform der verkrusteten Personalstruktur an den Hochschulen. Wir schlagen vor, den Status von Beamtinnen und Beamten auslaufen zu lassen. Ein einheitlicher Tarifvertrag für wissenschaftliches Personal hat auch die Neubewertung, der Stellung des sogenannten Mittelbaus zum Ziel; vor allem müssen persönliche Abhängigkeiten aufgebrochen und sichere Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden.

Wir halten ein Sonderprogramm zur Förderung, von Forschung, und Technologie in Ostdeutschland für unerlässlich. Hier klafft derzeit eine nicht zu verantwortende Lücke, da fast zwei Drittel des früheren wissenschaftlichen Personalbestands "abgewickelt", in der industriellen Forschung, gegenüber 1989 sogar mehr als vier Fünftel der Arbeitsplätze vernichtet wurden.

Wörter: 3611

GRUNDSATZPROGRAMM 20.12.1989 Berlin

Das kulturelle Leben

Bildungsziele

Ziel von Bildung ist für uns nicht nur Qualifikation für Beruf und Fortkommen. Bildung hat Eigenwert für die Entfaltung der Person.

Bildung soll Verständnis für die eigene, Überlieferung wecken und Menschen befähigen, sich selbst und andere, auch andere Kulturen und ihre Menschen, zu verstehen. Bildung soll die Chance eröffnen, selbstbestimmt zu arbeiten und die von Erwerbsarbeit und Familienarbeit freie Zeit für Eigenarbeit, musischkulturelle Tätigkeit, soziale und politische Aktivitäten zu nutzen. Bildung muß Menschen befähigen, sich mit der Gesellschaft und den Anforderungen der Arbeitswelt kritisch auseinanderzusetzen und mitgestaltend auf sie einzuwirken. Bildung soll Menschen helfen, sich in unserer komplizierter werdenden Gesellschaft zurechtzufinden, Technik und Produktionsmittel sinnvoll zu gebrauchen und ihre natürliche Umwelt zu schützen. Sie soll Kreativität fördern und dazu befähigen, mit dem Überangebot von Unterhaltung und Informationen umzugehen. Sie soll jungen Menschen helfen, grundlegende menschliche Erfahrungen zu bestehen und an ihnen zu wachsen.

Gefühl wie Vernunft, geistige wie praktische Fähigkeiten bedürfen der Bildung. Sie soll für die Natur aufschließen, zur Verantwortung für die Mitmenschen hinführen und solidarisches Verhalten einüben.

Bildung muß dazu befähigen, die Vielfalt der europäischen Kulturen als Bereicherung des eigenen Lebens zu erfahren.

Vielseitige Bildung dient auch der sinnvollen Vorbereitung auf Arbeitsleben und Beruf: In einer Arbeitswelt, in der Teamarbeit und Mitdenken gefragt und immer neue Aufgaben zu bewältigen sind, wird sich berufliche Erfüllung und sogar beruflicher Erfolg um so eher einstellen, je weniger sich Bildung eng und einseitig darauf konzentriert.

Bildung muß allen offenstehen. Schüler, Auszubildende und Studenten sind finanziell so zu unterstützen, daß sie in eigener Verantwortung ihren Berufsweg unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern gehen können. Eine qualifizierte Schul- und Erstausbildung eröffnet die Chance zum lebenslangen Lernen und sozialer, kultureller und politischer Teilhabe.

Reform und Ausbau des Bildungswesens

Chancengleichheit im Bildungswesen ist für uns unverzichtbar. In den letzten Jahrzehnten sind wir unserem Ziel der Bildung für alle näher gekommen. Wir haben den Zugang zu qualifizierter Bildung für Kinder aller Schichten geöffnet. Die Schulpflicht wurde verlängert. Mädchen und Frauen wurden in Bildung und Ausbildung einbezogen wie nie zuvor.

Unser Bildungswesen steht vor neuen Herausforderungen. Die quantitative Erweiterung muß einhergehen mit dem qualitativen Ausbau.

Wir wollen allgemeine, politische und berufliche Bildung integrieren: Dies gilt für alle Bildungseinrichtungen.

Wir wollen Ganztagschulen anbieten, weil sie Chancengleichheit fördern, soziales Lernen und den Wechsel von Wissensvermittlung, Gemeinschaftsarbeit und Spiel ermöglichen.

Die Schulen müssen zur Arbeitswelt, vor allem aber zu den Städten und Gemeinden hin geöffnet, in das kommunale Leben eingebunden werden. Wir wollen mehr Mitbestimmung der Beteiligten auch bei der Wahl der Schullaufbahn und einen größeren pädagogischen Freiraum in den Bildungseinrichtungen. Der Staat muß die Rahmenbedingungen so gestalten, daß sie durch Willensbildung vor Ort ausgefüllt werden können. Wir fördern Modellschulen, die neue Lern- und Unterrichtsformen erproben.

Wir wollen die gemeinsame Erziehung von Jungen und Mädchen, von ausländischen und deutschen, von behinderten und nicht-behinderten Kindern, damit Vorurteile und Benachteiligungen abgebaut werden.

Wissensvermittlung wollen wir mit sozialem Lernen verknüpfen, auch um dem wachsenden Konkurrenzdruck aus der Arbeitswelt entgegenzuwirken.

Sozialdemokratische Bildungspolitik will , fördern statt auslesen. Wir wollen Schulen die eine Vielfalt von Bildungsmöglichkeiten und -abschlüssen anbieten, den unterschiedlichen Neigungen und Fähigkeiten der Schüler Rechnung tragen, sie differenziert fördern und so mehr Chancengleichheit verwirklichen. Die Gesamtschule ist am besten geeignet, unsere bildungspolitischen Ziele umzusetzen.

Berufliche Bildung und Weiterbildung

Die Berufsausbildung hat für die persönliche und berufliche Entwicklung zentrale Bedeutung. Alle jungen Menschen haben deshalb das Recht auf einen Ausbildungsplatz. Die Ausbildung muß sie befähigen, einen Beruf auszuüben, sich regelmäßig weiterzubilden und unser Gemeinwesen mitzugestalten. Die Ausbildung muß deshalb eine breite berufliche Grundbildung umfassen und sowohl berufsspezifische wie

berufsübergreifende Fähigkeiten vermitteln. Dem Staat kommt auch im dualen System der Berufsausbildung eine besondere Verantwortung zu.

Mädchen und Frauen dürfen bei der Ausbildung, der Weiterbildung und beim Übergang in die Arbeitswelt nicht benachteiligt werden.

Rascher Strukturwandel macht es nötig, Weiterbildung gleichberechtigt mit Schule und Erstausbildung zu fördern. Deshalb muß die allgemeine, die berufliche, die politische und die kulturelle Weiterbildung als kommunale Pflichtaufgabe zur vierten Säule des Bildungswesens ausgebaut werden. Insbesondere Menschen, die im Erwerbsleben und bei der Ausbildung benachteiligt sind oder deren Berufswissen durch die technische Entwicklung entwertet wird, muß der Staat die Qualifikation für eine neue Berufstätigkeit ermöglichen.

Als Gegengewicht zur betriebsbezogenen Weiterbildung ist ein ausreichendes Angebot an öffentlicher und öffentlich geförderter Weiterbildung notwendig. Die Unternehmen müssen sich an den Kosten der Aus- und Weiterbildung beteiligen.

Die während des Berufslebens zur Verfügung stehende Weiterbildungszeit soll mindestens der Zeitspanne der Erstausbildung entsprechen.

Hochschule, Wissenschaft und Forschung

Die Öffnung der Hochschule bleibt uns Ziel. Studium und Weiterbildung sollen auch für diejenigen zugänglich werden, die ihre Befähigung im Beruf oder durch andere gesellschaftliche Tätigkeiten erworben haben. Forschung und Lehre müssen stärker als bisher Probleme der Arbeitswelt berücksichtigen.

Alle Gruppen an der Hochschule müssen wirksame Mitbestimmungsrechte erhalten. Wir wollen die Freiräume der Hochschule für Reformen und neue Studiengänge erweitern. Sozial- und Geisteswissenschaften müssen ebenso gefördert werden wie Natur- und Technikwissenschaften. Natur-, Gesellschafts- und Geisteswissenschaften gehören untrennbar zusammen.

Wir wollen alles tun, damit die Qualität von Wissenschaft und Forschung internationalen Maßstäben gerecht bleibt.

Freiheit und Verantwortung der Wissenschaft bedingen einander. Wer als Wissenschaftler gegenüber der Gesellschaft die Freiheit der Forschung beansprucht, muß auch bereit sein, für die Folgen ihrer Anwendung Verantwortung zu übernehmen. Die Gesellschaft muß Freiheit der Wissenschaft und des einzelnen Wissenschaftlers gegenüber staatlicher und wirtschaftlicher Macht sichern. Zur Freiheit der Wissenschaft gehört der freie, unbehinderte wissenschaftliche Disput und die laufende Veröffentlichung von Forschungsergebnissen.

Wir sehen mit Sorge, daß immer mehr Forschungseinrichtungen entstehen, in denen die Forschung militärischen oder ausschließlich wirtschaftlichen Zwecken unterworfen wird. Sie binden verfügbare Forschungspotentiale und verhindern alternative Forschungsansätze. Sie behindern den Erkenntnisprozeß, indem sie die Ergebnisse ihrer Forschung der Öffentlichkeit vorenthalten.

In der Regel unterliegt wissenschaftliche Forschung erst dann der gesellschaftlichen Kontrolle, wenn es um die Anwendung ihrer Ergebnisse geht.

Wo aber Vorhaben der Wissenschaft ethische Normen verletzen oder zu untragbaren Risiken führen, muß der Gesetzgeber Methoden und Verfahren der Forschung untersagen. Dies gilt für die Entwicklung von Massenvernichtungswaffen, für medizinische Experimente am Menschen, für Eingriffe in Persönlichkeitsrechte und gentechnische Entwicklungen, insbesondere Veränderungen der Erbmasse des Menschen. Die gesellschaftliche Kontrolle ethisch fragwürdiger Experimente wollen wir erreichen, indem wir öffentliche Diskussionen über die Zulässigkeit wissenschaftlicher Verfahren anregen und Ethikkommissionen einrichten. Wenn es die Würde des Menschen, das Recht auf Leben oder der Schutz der Natur erfordern, hat der Staat das Recht und die Pflicht, mit Verboten und Auflagen in die Forschung einzugreifen.

SPD Ordentlicher Parteitag Hannover 2.-4. Dezember 1997

Beschlüsse

Bildung für die Zukunft - Bildung in einer

lernfähigen und lernenden Gesellschaft

Beschluß 1 283

Wir wollen unser Land auf das 21. Jahrhundert vorbereiten. Wir wollen eine neue Politik durchsetzen, die Bildung und Wissenschaft, Qualifikation und Innovation einen neuen Stellenwert gibt und unser Land wieder zukunftsfähig macht. Wir wollen eine Bildungspolitik, die junge und erwachsene Menschen darauf vorbereitet, daß die Menschheit nur mit einer nachhaltigen Entwicklung eine selbstbestimmte Zukunft haben wird.

Unser Land braucht eine neue Regierung. Die jetzige Bundesregierung hat in 15 Jahren Regierungstätigkeit die Grundlagen für die Bewältigung des Strukturwandels und den sozialen Zusammenhalt aufs Spiel gesetzt. Weit über vier Millionen Arbeitslose, darunter eine halbe Million Jugendliche unter 25 Jahren und die auf über zwei Billionen Mark angestiegene Staatsverschuldung sind hierfür Beleg.

Die SPD wird in ihrem Regierungsprogramm 1998 Bildung, Qualifikation und Innovation, Forschung und Wissenschaft, einen zentralen Stellenwert geben und zugleich deutlich machen, daß und in welchem Umfang sie die Bildungsausgaben des Bundes, die unter der konservativen Regierung einen zukunftsschädigenden Tiefstand erreicht haben, ausweiten wird.

Den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts kann nur eine lernfähige Politik in einer lernfähigen Gesellschaft gerecht werden.

In der lernenden Gesellschaft muß lebenslanges Lernen ermöglicht und gefördert werden- Lernen in Bildungsinstitutionen ebenso wie informelles, individuelles Lernen; denn in der lernenden Gesellschaft sind Bildung und Ausbildung keine abgeschlossene Lebensphase, sondern ständige Aufgabe. Wir müssen uns orientieren an den vier Prinzipien der lernenden Gesellschaft: Lernen zu lernen, lernen zu handeln, lernen für das Leben und lernen für das Zusammenleben.

Die Gesellschaft muß lernen daß das Wohlstandsmodell der Industrieländer die Lebensgrundlagen der gesamten Menschheit gefährdet: Globales Lernen und Umweltbildung als Voraussetzung für eine an Nachhaltigkeit orientierte Denk- und Handlungsweise muß deshalb die Lernprozesse in allen Bereichen

des Bildungswesens bestimmen. Unser Bildungssystem muß junge und erwachsene Menschen dazu befähigen, die Dynamik der beschleunigten ökologischen Veränderungen zu begreifen und daraus Schlußfolgerungen für individuelles und gesellschaftliches Handeln zu ziehen. Deshalb müssen wir immer wieder neue Bildungschancen eröffnen. Wir müssen die unterschiedlichen Ausbildungsgänge durchlässig gestalten und fließende und wechselnde Übergänge zwischen Bildung und Beruf schaffen. Darin unterscheidet sich sozialdemokratische von konservativer Politik. Konservative wollen mit ideologisierten Schlagworten wie Wettbewerb und Eliteförderung die Bildungsübergänge erschweren, frühzeitige Selektion und Privilegien erhalten und den Zugang zu Bildung wenigen, die über Marktmacht und Vermögen verfügen, vorbehalten.

- Wir wollen die aufklärende und integrierende Kraft von Bildung stärken und nutzen, um so Spaltungstendenzen und Ausgrenzungen in unserer Gesellschaft entgegenzuwirken. Die Schule als Ort, in der sich die Kinder aller gesellschaftlichen Schichten begegnen, ist der wichtigste Ort für Integration in unserer Gesellschaft. Berufliche Bildung in Betrieben, Schulen und Hochschulen eröffnen der jungen Generation den besten Zugang zur Arbeitswelt. Durch Bildung wird auch ein entscheidender Beitrag für das Zusammenwachsen Deutschlands, für die innere Einheit Deutschlands geleistet.
- Chancengleichheit bleibt für uns ein unverrückbares Ziel. Wir bleiben dabei daß Bildungschancen allen nach ihren Neigungen und Fähigkeiten offenstehen müssen und daß die Bildungsangebote sich an alle in geeigneter Weise zu wenden haben. Den Kindern, die aus bildungsferneren Schichten kommen oder aus anderen Gründen einer besonderen Ansprache und Förderung bedürfen, gilt unser besonderes Augenmerk. Aber auch die Leistungsfähigeren werden wir ihren Möglichkeiten entsprechend fordern und fördern. Dabei halten wir daran fest, daß die Teilhabe an Bildung gegenüber der Gesellschaft verpflichtet.
- Bildung ist nicht nur ein Gut für den Einzelnen und sein Fortkommen in der Gesellschaft; Bildung dient dem allgemeinen Wohlstand. Möglichst viele lernende und qualifizierte Menschen schaffen nicht nur die Voraussetzung für die wirtschaftliche Konkurrenzfähigkeit unserer Gesellschaft in der Zukunft; durch Bildung bestimmt sich Deutschland auch als Kulturnation. Die systematische Weiterentwicklung und Umsetzung unseres Wissens schafft zugleich die Basis für die Bewältigung von Zukunftsproblemen; deshalb ist Bildung für uns Sozialdemokraten nicht nur ein individuelles, sondern auch ein schutzwürdiges Gemeinschaftsgut.
- Wir wollen deshalb die grundgesetzliche Garantie und die öffentliche Verantwortung für das Bildungswesen wahren: Zugleich wollen wir sowohl die Eigenverantwortlichkeit der Lehrenden als auch einzelnen Institutionen stärken. Wir wollen den Institutionen des Lernens neue selbstverantwortete Gestaltungsspielräume geben und staatliche Verantwortung stärker durch Zielvorgaben und Ergebnisbewertung (in den Schulen: beratende Aufsicht) als durch Ablaufkontrolle und starre Verwaltungsvorgaben ausüben. In diesem Sinne wollen wir Schule und Hochschule neu denken und gestalten.

· Ausbildung für alle soll nicht nur das individuelle Bedürfnis der Jugend nach bestmöglicher beruflicher Qualifizierung erfüllen, sondern auch den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer Phase besonderer wirtschaftlicher und politischer Herausforderungen stärken. Staatliche und betriebliche Aufwendungen zur Realisierung dieses Zieles sind als Investitionen in die Zukunft der Menschen unseres Landes und Europas zu betrachten. Deshalb ist für uns die nachhaltige Sicherung des dualen Systems der Berufsausbildung ein zentrales politisches Ziel.

Wir wollen den Generationenvertrag zugunsten der Bildung erneuern, der allen Jugendlichen neue Chancen bietet. Wir wissen, daß Solidarität mit den Jungen bedeutet, ihnen Wege zu Bildung und Qualifikation zu eröffnen und damit zugleich die Voraussetzung dafür zu schaffen, daß sie wiederum zukünftig. Den Generationenvertrag gegenüber den Älteren ihrerseits werden einlösen können.

Zur Vorbereitung des Regierungsprogramms wird die SPD die Bildungsdebatte mit den vielen Interessierten, den jungen Menschen, den Eltern, Großeltern, Arbeitnehmern und Arbeitgebern sowie den Lehrerinnen und Lehrern führen. So wollen wir ein Klima für die lernende Gesellschaft der Zukunft schaffen.

1. Bildung: Priorität in einer sozialen Demokratie

Bildung und Qualifikation sind von entscheidender Bedeutung für die Lebenschancen der Menschen, für die Zukunft der sozialen Demokratie in Deutschland und nicht zuletzt für die wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Entwicklung und damit für den allgemeinen Wohlstand unseres Landes.

Willy Brandt hat 1969 mit der sozialliberalen- Bundesregierung ebenso wie seither sozialdemokratisch geführte Bundes- und Landesregierungen die Weichen dafür gestellt, daß im Westen Deutschlands Bildung für viele und mehr Chancengleichheit möglich wurden. Mehr Demokratie wagen, gleiche Chancen für alle, Durchlässigkeit und Gleichwertigkeit, von beruflicher und allgemeiner Bildung - das waren und sind bis heute unsere Leitziele.

Den Bildungswillen der Menschen konnte auch die konservative Bundesregierung nicht aufhalten. Nie zuvor, läßt sich nach den Jahren der Reform und des Ausbaus im Westen und nach der Phase der Erneuerung im Osten unseres Landes sagen, hat es in Deutschland eine so gut ausgebildete junge Generation und so gute Voraussetzungen für eine lernfähige, für eine lernende Gesellschaft gegeben.

Trotzdem haben wir nach 15 Jahren konservativer Regierung in Bonn einen Höchststand der Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung bei höchster Abgabenlast für die Familien; und dennoch haben wir einen Tiefstand der Bildungs- und Forschungsausgaben des Bundes. Unser Bildungssystem ist durch die Konservativen massiv gefährdet. Die junge Generation hat deshalb allen Grund mit Sorge und Pessimismus in die Zukunft zu blicken.

Wer Innovation will, muß zur Veränderung bereit sein; deshalb werden wir Sozialdemokraten neue Wege und Instrumente zur Erreichung unserer Ziele entwickeln. Wir werden jedoch an unseren Grundwerten festhalten, wenn es um die Verteidigung des Sozialstaates und des Kulturstaates geht.

2. Der Ertrag der Bildungsreform

Kindergärten, Schulen, alle Lernorte der dualen Berufsausbildung, Hochschulen und Institutionen der Weiterbildung, in denen heute gelernt und gelehrt wird, haben im Westen seit den Aufbruchsjahren der Bildungsreform und im Osten seit der Vereinigung einen kaum vorstellbaren Expansions- und Wandlungsprozeß durchlaufen. Das Qualifikations- und Bildungsniveau der heute im Arbeits- und Berufsleben Stehenden ist hoch; und die Nachfrage nach qualifizierter Bildung und Ausbildung ist ungebrochen. 17 Millionen Menschen lernen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen; etwa 20 Millionen Menschen beteiligen sich an der Weiterbildung. Den allergrößten Teil der Bildungsausgaben tragen die Länder, die geringsten trägt, mit dramatisch abnehmender Tendenz der Bund. Aufbau und Reform haben die Bildungsinstitutionen und ihre Inhalte verändert.

Im Westen finden drei von vier Kindern, im Osten nahezu jedes Kind einen Platz im Kindergarten. Der Alltag in den Kindergärten ist mehr als je zuvor kindgerecht gestaltet.

Die Grundschulen sind zu Zentren pädagogischer Reformen geworden. Ihre Arbeit strahlt in die weiterführenden Schulen aus. Dort haben die Herausforderungen, die von den in einer veränderten Umwelt heranwachsenden Schülerinnen und Schülern sowie von der Entwicklung der Gesamtschule ausgehen, einen tiefgreifenden Wandlungsprozeß eingeleitet. Dieser Prozeß hat durch die Entwicklung in den östlichen Bundesländern einen neuen Antrieb bekommen.

Neun von zehn jungen Menschen verfügen heute über eine abgeschlossene Berufsausbildung. Die duale Berufsausbildung hat sich in Betrieb und Berufsschule als wandlungsfähig erwiesen; und sie gilt weltweit als vorbildlich. Um so dramatischer ist es, daß die sinkende Ausbildungsbereitschaft der Betriebe das System der dualen Berufsausbildung insgesamt in Frage stellt. Im Osten Deutschlands ist nach der seit 1990 eingeleiteten Umstrukturierung in der Wirtschaft und im Bildungswesen die Ausbildungsbereitschaft der Betriebe noch zu wenig entwickelt.

Insgesamt hat an den Hochschulen ein Prozeß der inneren Reform und der Neuorientierung in Lehre und Forschung eingesetzt; sie haben damit kreativ und mit hohem Engagement auf die Herausforderung reagiert, die durch die hohe Bildungsbereitschaft der jungen Menschen auf sie zugekommen ist. Die Hochschulen sind dabei, ihre Studienangebote der um ein Mehrfaches gestiegenen Nachfrage anzupassen.

Die Haushaltsmittel der Länder für die Hochschulen haben jedoch mit den gestiegenen Anforderungen nicht Schritt halten können. Mangelnde Unterstützung und säumige Zahlung durch den Bund bei der Hochschulbauförderung, haben zu beklagenswerten Zuständen an unseren Hochschulen geführt und den Aufbau der wissenschaftlichen Einrichtungen in den neuen Ländern behindert. Hinzu kommen der Kahlschlag des Bundes beim BAföG und die sinkenden Mittel für die Forschung.

Die Weiterbildung, vor allem die berufliche Weiterbildung ist in einem fortdauernden Expansionsprozeß; dies ist eine Antwort auf die Anforderungen des Strukturwandels der Wirtschaft. Um so nachteiliger ist die Beschränkung der Fördermöglichkeiten für Weiterbildung zum Beispiel im Arbeitsförderungsgesetz.

- Mädchen und junge Frauen haben im allgemeinbildenden Schulsystem gegenüber Jungen und jungen Männern aufgeholt. Seit 1995 stellen junge Frauen unter den Erstsemestern in Deutschland erstmals die Mehrheit; allerdings ist im Mittelbau der Hochschulen und unter den Professoren der Frauenanteil noch viel zu gering.
- Die hohe Bildungsbeteiligung ist nach Auffassung der Sozialdemokraten ein wichtiger Pluspunkt für unserer Zukunftsfähigkeit. Wir wollen die Bildungsbeteiligung in ganz Deutschland weiter ausbauen und dabei die Priorität auf Reformen legen, den wirtschaftlichen Fortschritt und die Erneuerung unserer Gesellschaft befördern. Vor allem in den östlichen Bundesländern ist die Erweiterung der Bildungsangebote auf der Tagesordnung: Die wirtschaftliche sowie die soziale Entwicklung sind dort mehr noch als in den westlichen Bundesländern auf eine Ausweitung der Bildungsbeteiligung angewiesen.

Es gilt, das Erreichte zu sichern gegen eine konservative Trendwende in der Bildungspolitik und zugleich neue Wege für die Zukunft aufzuzeigen.

3. Unsere Handlungsmaximen

Wir wollen die integrierende und orientierende Kraft von Bildung stärken und zugleich nutzen. In unserer Gesellschaft zeigen sich Spaltungstendenzen, die sich auch im Bildungswesen, in den Schulen widerspiegeln. Schule muß wieder ein Ort werden, in dem sich die Kinder aller begegnen. Schule ist die wichtigste Integrationsinstanz unserer Gesellschaft. Sozialdemokratische Bildungspolitik muß dies in besonderer Weise berücksichtigen. Dies gilt aber auch für den Beitrag, den unser Bildungssystem für den inneren Zusammenhalt und das Zusammenwachsen Deutschlands leisten kann.

Wir wollen die Lernschwächeren ebenso wie die Leistungsfähigen ihren Fähigkeiten entsprechend fördern und fordern. Wir wollen, daß möglichst alle junge Menschen ihre Schulzeit mit einem schulischen oder berufsbildenden Abschluß beenden. Zugleich wollen wir es ermöglichen, daß junge Menschen, die dies wollen und können, ihren Schulabschluß, z. B. das Abitur, zu einem früheren Zeitpunkt als allgemein vorgesehen, erreichen können.

Über- und Unterforderung stellen gleichermaßen eine Vergeudung von menschlichen Fähigkeiten und von Lebenszeit dar.

Unsere Bildungspolitik muß der Tatsache Rechnung tragen, daß die Bildungsinstitutionen vom Eintritt in den Kindergarten bis zum Abschluß der beruflichen Erstausbildung für Kinder und Heranwachsende über viele Jahre hin Aufenthaltsort, für manche sogar Lebensmittelpunkt sind. Das Bildungsangebot muß nicht nur fördern, sondern auch fordern, muß erziehen und an die Lebenserfahrungen und Lebenswelten der Kinder und Jugendlichen anknüpfen. Unser Bildungssystem muß denen, die in ihm lernen und arbeiten, ein Ort sein, an dem sie sich gerne aufhalten.

- Unser Bildungssystem steht und fällt mit dem Engagement und der Qualität derer, die in ihm tätig sind. Wir wollen daher dafür sorgen, daß Aus- und Weiterbildung der Lehrer, den neuen Aufgaben des Lehrerberufs Rechnung tragen. Angesichts der Lage der öffentlichen Finanzen werden wir gemeinsam mit den Lehrenden in unseren Bildungseinrichtungen nach neuen und solidarischen Wegen suchen, um eine Steigerung der Effizienz unseres Bildungssystems zu erreichen, Qualitätssicherung zu garantieren und zugleich eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen der Lehrenden und Lernenden zu vermeiden.,
- Wir wollen erreichen, daß Kinder und Jugendliche lernen, Probleme und Konflikte argumentativ im Gespräch, auch im Streitgespräch auszutragen. Der Wettbewerb um das bessere Konzept, nicht der Angriff auf die persönliche Meinung muß Handlungsmaxime für junge Menschen werden. Dabei kann unser Bildungssystem einen Beitrag zur Schaffung einer diskursfähigen Öffentlichkeit leisten.

4. Bildung in öffentlicher Verantwortung

Ein Sozialstaat der die Bildung aufgibt, gibt sich selbst auf.

Deshalb stehen Sozialdemokraten dafür ein, daß das Bildungssystem auch in Zukunft öffentlich finanziert und öffentlich verantwortet bleibt.

Bildung schafft nicht nur berufliche Qualifikation, sie prägt junge Menschen auch als Bürgerinnen und Bürger unseres Staates. Ein öffentlich verantwortetes Bildungssystem kann die Aufgabe am besten erfüllen und die Grundlagen der Demokratie durch eine Erziehung zur Dialogfähigkeit am besten festigen. Nur in einem öffentlich verantworteten Bildungssystem lassen sich Chancengleichheit und Durchlässigkeit garantieren. Private Angebote können dies ergänzen aber nicht ersetzen. Der Staat muß deshalb neben der finanziellen Verpflichtung auch eine politische Verantwortung in diesem wichtigen Lebensbereich erhalten, Qualität und Leistung garantieren und sichern, ohne daß dieser Vorrang des Staates zu Überregulierung führen darf. Innerhalb staatlich gesetzter Rahmenvorgaben sollen die einzelnen Einrichtungen des Bildungssystems freier und selbständiger bei der Gestaltung der Inhalte, bei der Auswahl der Personals und der Verwendung

ihrer Ressourcen handeln können und sich selbst über den Stand ihrer Leistung vergewissern.

Wir Sozialdemokraten stellen fest, daß durch eine Vielzahl von Einzelregelungen, manche auch durchaus sinnvolle Normierungen die Handlungsbereitschaft der Akteure in Schulen und Hochschulen lähmen. Wir treten deshalb für einen Abbau von Überregulierungen, für eine Vereinfachung von Verwaltungsabläufen und Entscheidungsmechanismen ein.

Es ist und bleibt in unserem Verständnis die Rolle des Staates, dafür Sorge zu tragen, daß alle Heranwachsenden gerechte Bildungschancen erhalten. Zugleich bleibt der Staat in der Verantwortung, wenn es darum geht, inhaltliche Standards und Gleichwertigkeit von Bildung und Ausbildung zu sichern. Die öffentliche Rahmenverantwortung für Bildung, Wissenschaft und Forschung ist für Sozialdemokraten unverzichtbar.

Bei Wahrung seiner Verantwortung für die grundsätzlichen Ziele müssen sich Politik und Verwaltung aber von der Vorstellung lösen, sie kennen alle Wege zur Erreichung der gesteckten Ziele besser als die Handelnden vor Ort. Wir wollen deshalb eine neue Bildungsreformbewegung von unten, aus den Institutionen heraus fördern. Wir wollen, daß unsere Bildungseinrichtungen, deren Aufgabe die Bildung und Erziehung mündiger Bürgerinnen und Bürger ist, selber mündig handeln dürfen. Innerhalb staatlich gesetzter Rahmenvorgaben sollen die einzelnen Einrichtungen mehr Verantwortung bei der inhaltlichen Gestaltung, bei der Gewinnung ihres Personals und bei der Verwendung ihrer Ressourcen wahrnehmen. Wir setzen darauf, daß dieser Freiraum Erneuerungskräfte und Selbststeuerung mobilisiert und ermutigt. Die Stärkung der Gestaltungsspielräume und Selbstverantwortung der Bildungseinrichtungen verlangt gleichzeitig eine Verpflichtung zu selbstorganisierter Ergebniskontrolle, zur Rechenschaftslegung, zur Transparenz und zur Stärkung der Demokratie im inneren der Institutionen. Für uns heißt dies nicht nur Schule neu zu denken, sondern auch staatliches Handeln. Zugleich müssen wir das Zusammenwirken zwischen staatlichen und privaten Bildungseinrichtungen, das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft selbstbewußt weiterentwickeln, neue Formen der Zusammenarbeit erproben und erweitern.

Wir treten für einen neuen Generationenvertrag zugunsten von Bildung und Ausbildung ein; wesentliche Elemente der zu übernehmenden Generationenverpflichtung sind:

Zur Sicherung der für die Bildungseinrichtungen erforderlichen Mittel wollen wir das öffentliche Bildungsbudget in der Bundesrepublik Deutschland ausweiten. Besonders der Bund, der in den letzten Jahren anders als die Länder – seine Bildungsausgaben ständig abgesenkt hat, muß hier einen gewichtigen Beitrag zur Sicherung der Zukunft unseres Landes leisten. Es muß unser Ziel sein, die Bildungsinvestitionen des Bundes in den nächsten fünf Jahren deutlich auszubauen.

Bildung und Ausbildung nach der persönlichen Fähigkeit und nach Neigung darf nicht an finanziellen Barrieren scheitern. Da, wo finanzielle Förderung

gewährt wird, müssen die Prinzipien der Verteilungsgerechtigkeit und der Wirksamkeit Anwendung finden. Unsere Vorschläge zum BAföG zeigen, wie wir dies verstehen.

Angesichts der insgesamt steigenden Anforderungen an die öffentlichen Haushalte sollen vorhandene Ressourcen effektiver genutzt werden. Wir setzen dabei auch auf eine Verbesserung der Ressourcennutzung durch autonome Mittelbewirtschaftung (Budgetierung, Finanzautonomie, erfolgsorientierte Mittelverteilung).

» Wir unterstützen die Gesetzesinitiative der SPD-Bundestagsfraktion, die alle privaten und öffentlichen Arbeitgeber zu einer solidarischen Ausbildungsleistung verpflichtet. Sie verfolgt das Ziel, auf dieser gesetzlichen Grundlage ein bundesweit und regional auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot zu garantieren, einen gerechten Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht oder unterdurchschnittlich ausbildenden Betrieben und Verwaltungen sicherzustellen, einen überregionalen Ausgleich bei der Verteilung der Mittel zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu ermöglichen und innovative Ausbildungsprojekte zu fördern sowie neue Ausbildungsbereiche zu erschließen. Zur finanziellen Förderung des Studiums wollen wir alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammenfassen und so einsetzen, daß eine elternunabhängige Grundförderung für alle während des regulären Studiums gezahlt werden kann, die je nach Bedarf durch eine Zusatzförderung ergänzt wird. Wir wollen so für die Studierenden ein neues BAföG schaffen, das seinen Namen wieder verdient.

6. Das haben wir Sozialdemokraten uns vorgenommen:

Wir wollen eine Lernkultur schaffen, die Lernen für das Leben und über die Institutionen hinaus ermöglicht. In einer lernenden Gesellschaft sind Institutionen nur ein wenn auch wesentlicher - Ort der Bildung. Bildungsinstitutionen führen in das Lernen ein. Je mehr sie die Menschen zu einer lernenden Auseinandersetzung mit ihrer Umwelt befähigen, um so erfolgreicher arbeiten sie. Ein bürgernahes Netz öffentlicher Bibliotheken sowie der Zugang zu modernen Informations- und Kommunikationstechnologien und neuen Medien sowie deren Beherrschung haben in diesem Zusammenhang besonderes Gewicht. Die Befähigung zum kompetenten und verantwortungsvollen Umgang mit ihnen muß. daher in den Bildungseinrichtungen angelegt werden.

Auch dem zunehmend wachsenden Markt von Selbstlernangeboten und von Bildungsangeboten im Rahmen der Medienwirtschaft müssen wir eine größere Aufmerksamkeit widmen. Wirtschafts- und Bildungspolitik sind aufgerufen, die hier entstehenden neuen Arbeitsfelder zu fördern und wo nötig zu strukturieren. Bildungssoftware sollte z. B. als marktfähiges Produkt nicht nur bei uns erdacht und entwickelt, sondern auch produziert werden. Bildung als Dienstleistungsangebot, Konsumgut und Wirtschaftsfaktor müssen von uns zum Thema gemacht werden. Für die Bildungsinstitutionen bedeutet das:

Jedes Kind braucht einen Platz im Kindergarten. Während das Ziel der Bedarfsdeckung im Westen unseres Landes weitere Ausbauanstrengungen erfordert, macht es im Osten den Erhalt von Angeboten auch da notwendig, wo dies aufgrund des starken Geburtenrückgangs beim Festhalten an bundesdurchschnittlichen Gruppengrößen nicht möglich wäre.

Wir wollen die institutionelle Ausgestaltung, die pädagogische Arbeit und die strukturelle Gestaltung der Schulen den Anforderungen der Zukunft entsprechend weiterentwickeln. Unsere Schulen benötigen größere Selbständigkeit in inhaltlicher.. organisatorischer, personeller und finanzieller Hinsicht. Sie brauchen motivierte Lernende und Lehrer, eine professionelle Schulleitung, moderne Führungs – und Organisationsstrukturen, mehr Mitwirkungsmöglichkeiten von Lehrern, Schülern und Eltern sowie zur Wahrung von Qualitätsstandards und Vergleichbarkeit eine beratende und unterstützende Schulaufsicht.

Die pädagogischen Konzepte in unseren Schulen müssen sich daran orientieren, daß in der Gesellschaft mehr denn je Eigenschaften wie Selbstbewußtsein, Selbständigkeit, Kreativität, Teamfähigkeit und Internationalität, aber eben auch Fachwissen gefordert sind. Weil das Beschäftigungssystem Hierarchie abbaut, wird die hierarchische Struktur des gegliederten Schulsystems dysfunktional. Wir wollen unser Konzept der Gesamtschule weiterentwickeln.

Weil in Forschung, Entwicklung und Produktion die Grenzen zwischen unterschiedlichen Bezugsdisziplinen immer öfter überschritten werden, müssen die Schulen stärker überfachliches Lernen praktizieren. Weil im Arbeitsleben die Gruppe mit ihren Potentialen in den Mittelpunkt rückt, sollten Schulen aufhören, am individuellen Erfolg orientierte "Einzelkämpfer" zu erziehen. Weil unsere Gesellschaft durch die anhaltende Zuwanderung kulturell immer vielfältiger wird, müssen sich unsere Schulen darauf einstellen. Weil Grenzüberschreitungen im Europa und in der Welt mehr und mehr zur Regel werden, müssen Kenntnisse von Sprachen und Kulturen anderer Länder zur Grundausstattung der Absolventen unserer Schulen gehören.

- Wir wollen die Struktur unseres Schulsystems an den Zielen der Regionalität, der Durchlässigkeit und der Integration orientieren: Die demographische Entwicklung in den östlichen Bundesländern sowie die regional sehr unterschiedliche Wahrnehmung der verschiedenen Bildungswege erfordern - innerhalb des Rahmens einer zehnjährigen Schulpflicht – regional "maßgeschneiderte" Angebotsstrukturen.
- Der Ansatz der Regionalisierung bei strukturellen Lösungen sollte von einem Ausbau des Prinzips der Durchlässigkeit zwischen unterschiedlichen Bildungswegen begleitet werden.
- Wir wollen die Möglichkeiten zur Integration behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder und Jugendlicher - am Wunsch der Eltern orientiert - ausweiten. Für die Berufsausbildung im dualen System und in den berufsbildenden Schulen gilt: Unser Land ist in Gefahr, den hohen Ausbildungsstand der Bevölkerung, das wichtigste Potential seiner Entwicklung, leichtfertig zu verspielen. Insbesondere in den östlichen, aber

auch in den westlichen Bundesländern, in denen das Ausbildungsplatzangebot weiter hinter dem Bedarf zurückbleibt, fehlt für einen beträchtlichen Teil der Jugendlichen die Möglichkeit, einen Beruf zu erlernen. Unsere Politik wird dafür sorgen, daß die Sicherung der Ausbildung für alle Heranwachsenden des Landes nicht Jahr für Jahr zu einer Zitterpartie wird.

Dies erfordert eine erhebliche Ausweitung der Ausbildungskapazitäten in Betrieben und Schulen. Private und öffentliche Arbeitgeber müssen dazu durch einen solidarischen Leistungsausgleich zwischen ausbildenden und nicht oder unterdurchschnittlich ausbildenden Betrieben und Verwaltungen veranlaßt werden.

Daneben müssen vollzeitschulische Formen fortentwickelt und vorsorglich bereitgehalten werden. Dies gilt in besonderer Weise für den Osten unseres Landes. Begleitet werden muß dieser quantitative Ausbau durch die Modernisierung bestehender und die Schaffung neuer Berufe. Einem Abbau der Qualität der Berufsbildung, etwa durch eine undifferenzierte Reduzierung des zeitlichen Umfangs des Berufsschulunterrichts, als Preis' für eine Vermehrung der Zahl der Ausbildungsplätze werden wir nicht zustimmen. Den Bedürfnissen der Betriebe und unterschiedlichen Branchen bei einer sinnvollen ' Gestaltung der Ausbildung kann und muß durch unterschiedliche Organisationsformen des Berufsschulunterrichts entsprochen werden.

Die Politik der Öffnung beim Hochschulzugang muß fortgeführt werden. In den östlichen Bundesländern wollen wir erreichen, daß der Anteil der Studierenden an einem Altersjahrgang sich dem der westlichen Bundesländer angleicht. Wir sehen in dem Ausbau leistungsfähiger Einrichtungen von Lehre und Forschung im Osten Deutschlands ein herausragendes Instrument zur Entwicklung der Infrastruktur und für den wirtschaftliche Aufbau im Osten unseres Landes. Noch stellt der Osten Deutschlands in der Industrieforschung nur etwa zwei Prozent des deutschen Potentials in Forschung und Entwicklung - bei einem Anteil von etwa 20 Prozent an der Bevölkerung Deutschlands.

Wir wollen den Hochschulzugang für Berufserfahrene ohne Abitur öffnen und zugleich darauf achten, daß das Abitur nicht, durch zusätzliche Hochschuleingangsprüfungen entwertet wird.

Wir Sozialdemokraten lehnen Studiengebühren ab; diese erschweren den Hochschulzugang für junge Menschen aus Familien mit geringem Einkommen und stellen neue soziale Barrieren vor die weiterführende Bildung. Wir wenden uns beim Hochschulzugang gegen neue Finanzbarrieren und die damit einhergehende Verstärkung der sozialen Auslese.

Zur verstärkten Sicherung der Qualität der Lehre und Forschung in den Hochschulen wollen wir die Studienreform weiter vorantreiben, den Ausbau der Anreizsysteme für hervorragende Leistungen in Lehre und Forschung sowie eine Effektivierung des Mitteleinsatzes durch die Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Hochschulen.

In allen Bereichen der Berufsausbildung, sehen wir Sozialdemokraten eine wichtige Aufgabe darin, die jungen Frauen bei ihrem Bemühen zu stützen, ihre

hohe schulische Qualifikation für eine angemessene und gleichberechtigte Berufsausbildung zu nutzen.

Wir Sozialdemokraten halten an unserem Konzept der Weiterbildung für eine menschliche Zukunft fest. Was für das Sachkapital selbstverständlich ist, die ständige Pflege, Instandhaltung und Erneuerung, muß erst recht für die Menschen gelten: Ihnen müssen - eng verbunden mit der beruflichen Erstausbildung - Angebote zur ständigen Weiterbildung gegeben werden. In Deutschland ist zwar die Weiterbildungsbeteiligung bei den höher und hoch Qualifizierten gestiegen. Weniger Qualifizierte und insbesondere auch nicht Erwerbstätige finden dagegen nur schwer Zugang zu Weiterbildung. Wir wollen daher eine Stärkung der öffentlich geförderten Weiterbildungsmaßnahmen auf die sonst vom System beruflicher Weiterbildung nahezu Ausgeschlossenen. Daneben werden wir aber auch das Angebot an Themen, die sich auf das soziale Zusammenleben und auf die Entfaltung der demokratischen Kultur beziehen, sichern.

Beschlüsse

3. Dezember 1997 Studienbedingungen verbessern, Hochschulen ausbauen und reformieren

Beschluß IA 29

1. Für die SPD sind Bildung, Wissenschaft und Forschung Schlüsselressourcen für die gesamte wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Ihre Bedeutung wird im Übergang zu einer nachindustriellen Gesellschaft noch weiter zunehmen. Moderne Gesellschaften werden daher Bildungs- und Qualifikationspotentiale entwickeln müssen, damit sie die Daueraufgabe, immer wieder Innovationen zu initiieren und umzusetzen, bewältigen können. Als Konsequenz hat die SPD deshalb eine deutliche Verstärkung der Bildungsanstrengungen zu einem Kernprojekt ihrer Innovationsstrategie gemacht.

Der Streik der Studierenden an Hochschulen in verschiedenen Ländern ist ein öffentliches Signal, damit endlich die Weichen für eine verträgliche Zukunft an den Hochschulen gestellt werden. Die Situation an den einzelnen Hochschulen und in den verschiedenen Studienfächern ist unterschiedlich.

Die Studierenden streiken, um ihren Protest gegen unhaltbare Zustände an den deutschen Hochschulen und der bundesdeutschen Sparpolitik im Bildungs- und Sozialbereich zum Ausdruck zu bringen. Den streikenden Studierenden nur Verständnis entgegenzubringen reicht allein nicht aus. Den Worten müssen alsbald Taten folgen.

2. Wir Sozialdemokraten wollen, daß der Bildungs- und Wissenschaftsstandort Deutschland nicht zum Brachland verkommt. Eine grundlegende Veränderung der Finanz- und der Bildungspolitik ist dringend erforderlich.

Ursache für die Unterfinanzierung des Bildungssystems sind die erodierenden Staatseinnahmen. Deswegen bedarf es einer wesentlichen Neuorientierung der Steuerpolitik. Ziel muß es sein, dem Staat zu ermöglichen, seinen wesentlichen Aufgaben in Zukunft wieder gerecht zu werden. Das Problem der ungerechten Steuererhebung muß angegangen werden. Es kann nicht sein, daß der Staat sich hauptsächlich 'aus der Lohn- und Einkommensteuer sowie indirekten Steuern (Mehrwertsteuer, Mineralöl- und Tabaksteuer), also von den kleinen und mittleren Einkommen, finanziert.

Die Finanzierung und die inhaltliche Ausgestaltung von Bildung, Wissenschaft und Forschung ist Aufgabe des Staates. Bildung darf nicht weiter kaputt gespart werden. Stellen- und Mittelkürzungen haben dazu geführt, daß Hochschulgebäude sich vielfach in schlechtem Zustand befinden, Lehrveranstaltungen überfüllt, die Lehrmittel veraltet sind und DozentInnenstellen fehlen. Soll die Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit der deutschen Hochschulen gewahrt oder wiedergewonnen werden, muß auch ein universales Studiengangsspektrum erhalten werden, anstatt einseitig wirtschaftsorientierte Schmalpurhochschulen zu schaffen.

Der Bildung kommt eine Schlüsselposition bei der Gestaltung der Gesellschaft zu. Sie hat ein Bewußtsein von zentralen Problemen der Gegenwart und Zukunft zu vermitteln. Die Erforschung der Ursachen globaler Probleme und die Erarbeitung von Lösungsstrategien stehen im Vordergrund. Das Bildungssystem muß von gleichberechtigter Teilhabe ausgehen und dabei keine Unterschiede nach der Herkunft oder Mittelausstattung der Lernenden machen. Bildung muß finanziell so ausgestattet sein, daß Chancengleichheit gewahrt bleibt.

3. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, mit den Ländern unverzüglich Verhandlungen über ein kurzfristiges Aktionsprogramm vordringlicher Maßnahmen und ein mittel und langfristiges Sanierungs- und Modernisierungsprogramm für die Hochschulen aufzunehmen. In diese Beratungen sind die Vorschläge der Studierendenverbände, der Hochschulorganisationen und der Hochschulen einzubeziehen. Die Probleme der Hochschulen rechtfertigen keinen weiteren Aufschub.

Die Koalitionsfraktionen haben bei der abschließenden Beratung des Bundeshaushalts 1998 ein solches Verhandlungsangebot der SPD ausgeschlagen.

Statt dessen haben sie einen Beschluß über ihre "einmalige Aktionshilfe für ein Hochschul-Bibliotheksprogramm der Länder" verabschiedet. Ein solches Trostpflaster für die Studierenden löst die Probleme der Hochschulen und der Studierenden nicht. Der Bund wird so seiner Verantwortung für die Finanzierung der Hochschulen nicht gerecht.

Der Bund hat in den letzten Jahren keine ausreichende finanzielle Ausstattung für die Hochschulen sichergestellt (Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau, Forschungsförderung). Die Länder sind nicht mehr in der Lage, angesichts der Situation der öffentlichen Haushalte die Kürzungen des Bundes zu kompensieren.

4. Die jahrelange Vernachlässigung der Hochschulen ist unverantwortlich:
- weil wir als rohstoffarmes Land auf Wissen und Qualifikation elementar angewiesen sind;

weil wir die Studierenden auf diese Weise zu den langen Studienzeiten nötigen, die die Bundesregierung dann beklagt;

weil wir ein Interesse daran haben, daß viele junge Menschen gute Qualifizierungen erhalten;

- weil wir den jungen Menschen eine gute Ausbildung schulden.

In den nächsten Jahren wird die Zahl der Studierenden weiter ansteigen. Eine Gesellschaft, die den Bildungswillen ihrer Jugend als Last oder gar als "Überlast" empfindet, darf sich über Protest nicht wundern.

Allen Überlegungen, die hohe Belastung unserer Hochschulen durch eine Erschwerung des Zugangs zum Studium zu reduzieren, erteilen wir eine klare Absage. Wenn wir eine zukunftsorientierte Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik verwirklichen wollen, haben wir nicht zu viele, sondern zu wenig Studierende. Die Begrenzung der Studentenzahlen durch Einführung von Studiengebühren lehnen wir daher ebenso ab wie eine Privatisierung der Hochschulen. Gleichzeitig treten wir für eine bedarfsgerechte Ausbildungsfinanzierung ein.

5. Die Universitäten und Fachhochschulen bedürfen der demokratischen Umgestaltung. Hochschulgremien müssen von einer kollegialen Entscheidungsfindung ausgehen und dürfen nicht durch autokratische Strukturen zerstört werden. Für die Sozialdemokraten steht fest, daß unter dieser Bedingung die Hochschulen mehr Autonomie und mehr Gestaltungsspielraum erhalten sollen. Die Hochschulen müssen die Autonomie nutzen um auch selbst dafür zu sorgen, daß die öffentlichen Mittel effizient eingesetzt werden und sie ihre Aufgaben besser wahrnehmen können.

Eine stärkere Orientierung auf die Anforderungen der Studierenden, ein stärkeres Gewicht auf eine verbesserte Lehre -, eine bessere Betreuung der Anfangssemester, eine effizientere Selbststeuerung der Hochschulen und eine Qualitätssicherung der Forschung müssen Schritt für Schritt in Angriff genommen werden. Die Betreuung gerade der Anfangssemester muß verbessert werden, damit sie ihre akademischen Freiheiten im Interesse eines zielgerichteten, zügigen Studiums selbstverantwortlich wahrnehmen können. Mit einer größeren Haushaltsautonomie auf der Grundlage klarer Zielvereinbarungen, der kontinuierlichen Evaluation von Forschung und Lehre und einem effizienteren Hochschulmanagement wollen wir diese Ziele erreichen. Notwendig ist auch eine den Aufgaben adäquate Organisationsreform der Hochschulen.

Der Anteil der Frauen am wissenschaftlichen Personal ist zu niedrig. Von 100 ProfessorInnen sind im bundesweiten Durchschnitt nur 8,5% Frauen. Daher

fordern wir, deren Anteil sukzessive deutlich zu erhöhen. In Forschung und Lehre sollen freiwerdende Stellen verstärkt mit Frauen besetzt werden.

6. In der Kritik der Studierenden steht auch der Entwurf für ein neues Hochschulrahmengesetz (HRG). Die Länder haben im Bundesrat eine Reihe von notwendigen Ergänzungen und Korrekturen am Entwurf der Bundesregierung vorgelegt. Vor allem haben die Länder beantragt, die Studiengebührenfreiheit im Hochschulrahmengesetz festzuschreiben.

Im neuen HRG betrifft eine zentrale Veränderung die Einführung einer neuen Studienstruktur (Bachelor/Master). Für die SPD ist dies nur akzeptabel unter folgenden Voraussetzungen:

Es handelt sich um die Erprobung neuer Studienstrukturen, soweit hierfür einzelne Fächer tatsächlich geeignet sind. Bevor die herkömmlichen Abschlüsse (Diplom, Staatsexamen, Magister) hierdurch abgelöst werden, müssen die erprobten neuen Studiengänge eingehend evaluiert werden, auch hinsichtlich der Verwertbarkeit der neuen Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt unter Einschluß des öffentlichen Dienstes.

Ziel ist die europäische Harmonisierung von Hochschulabschlüssen, nicht die willkürliche Zweiteilung des Studiums mit dem Ziel, die große Masse der Studierenden in Kurzausbildungsgängen möglichst rasch durch die Hochschulen zu bringen und ihnen eine wissenschaftliche Ausbildung vorzuenthalten.

- Zwischen Bachelor - und anschließendem Master - Studiengang muß Durchlässigkeit gewährleistet werden, d.h. alle Absolventen eines Bachelorstudienganges müssen das Recht haben, anschließend den Masterstudiengang zu absolvieren.

- Dies erfordert zwingend, daß der Anspruch auf individuelle Ausbildungsförderung den Masterstudiengang mit einschließt.

Der vorliegende HRG-Entwurf wird in einer öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Bildung und Forschung des Deutschen Bundestages am 8. Dezember 1997 zusammen mit den Studierendenverbänden und den Organisationen im Hochschulbereich erörtert.

Die SPD erwartet, daß die Ergebnisse der Anhörung in die abschließenden parlamentarischen Beratungen einfließen. Wir wollen substantielle Verbesserungen durchsetzen. Hiervon machen wir unser endgültiges Votum zur HRG-Novelle abhängig. Hierzu gehören:

keine Einführung von Studiengebühren eine verfaßte Studentenschaft in allen Ländern Reform der Studieninhalte und Strukturen ohne neue Zugangsbarrieren

Öffnung für qualifizierte Berufstätige eine bessere Frauenförderung eine tarifvertragliche Öffnungsklausel für Zeitverträge.

7. Die HRG-Novelle mit den von uns geforderten Änderungen ist ein Baustein für eine notwendige Reform der Hochschulen. Diese Reform muß einschließen:

- ein neues Ausbildungsförderungssystem, in dem alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammengefaßt werden, und das nach Bedarf aufgesteckt wird, damit auch Kindern weniger wohlhabender Eltern ein Studium ermöglicht wird, eine deutliche Aufstockung der Hochschulbauförderung, um für die steigenden Studentenzahlen die notwendigen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen,

- eine deutliche Aufstockung der Mittel für Forschung und die Verbesserung des Wissenschaftstransfers

- eine Reform der Personalstruktur und die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses an den Hochschulen.

Die SPD fordert ein neues BAföG für Studierende jetzt!

Beschluß I 285

Die SPD tritt für eine gerechtere Ausbildungs- und Studienfinanzierung ein. Dies hat sie im Beschluß von Parteirat und Parteivorstand am 11./12. Dezember 1995 festgehalten.

Seither hat sich das Studenten-BAföG dramatisch weiter verschlechtert -, die Gefördertenquote ist auf 15 % der Studierenden gesunken (während sie 1971 bei Einführung des BAföG durch die sozialliberale Bundesregierung noch 45 % betrug und noch 1990 bei 30 % lag).

Die SPD drängt deshalb auf eine Beschleunigung der Beratungen zwischen Ländern und Bund über ein neues BAföG für Studierende.

Die SPD fordert ein neues BAföG - jetzt!

Eine Fortschreibung des alten BAföG hilft rächt mehr weiter; deshalb setzen wir Sozialdemokraten uns für eine grundlegende Neuordnung der Ausbildungsförderung in einem neuen Ausbildungsförderungsgesetz für Studierende ein, das auch den ausbildungsbezogenen Familienleistungsausgleich mit einbezieht:

Das neue Ausbildungsförderungsgesetz für Studierende muß folgende Eckpunkte berücksichtigen:

1. Wir fordern einen elternunabhängigen Grundbetrag (Ausbildungsgeld) für alle Studierenden während des regulären Studiums

Dazu sollen die bisherigen Leistungen des Familienleistungsausgleichs Kindergeld/Kinderfreibeträge und Ausbildungsfreibeträge zu einer einheitlichen

Grundförderung und damit zu einem einheitlichen System des Familienleistungsausgleichs für die Ausbildung zusammengefaßt werden.

Dadurch wird das System des familienbezogenen Familienleistungsausgleichs vereinheitlicht und vereinfacht- die besondere Begünstigung von Beziehern hoher Einkommen wird abgebaut, und die Bezieher mittlerer und geringer Einkommen bei der Finanzierung der Ausbildung ihrer Kinder spürbar entlastet werden.

Die Studierenden können damit sicher über einen bestimmten Betrag zur Abdeckung des Grundbedarfs ihrer Lebenshaltungskosten verfügen. Dies stärkt ihre Eigenständigkeit und die Planbarkeit des Lebensabschnittes Studium. Zuverdienst bzw. eigenes zusätzliches Einkommen muß innerhalb bestimmter Grenzen möglich sein.

2. Der Bezug der elternunabhängigen Grundförderung (Ausbildungsgeld) soll - ebenso wie die elternabhängige Ausbildungsförderung von Leistungsnachweisen während des Studiums abhängig gemacht werden.

Dadurch wird sichergestellt, daß die finanzielle Förderung für die Ausbildung, die allen zugute kommt, auch tatsächlich zweckgerecht verwendet wird. Nur wer tatsächlich studiert, soll auch von den staatlichen Leistungen profitieren.

3. Darauf aufbauen soll eine elternabhängige Zusatzförderung (Ausbildungshilfe) analog des derzeitigen BAföG während des Studiums

Auch in Zukunft sollen diejenigen Studierenden eine besondere staatliche Förderung erhalten, deren Familien die Kosten ihrer Ausbildung über den Grundbedarf hinaus nicht selbst tragen können.

Die Schuldenlast für die geförderten Studierenden wird in erträglichen Grenzen gehalten, da die Ausbildungshilfe in der Regelförderungszeit auch weiterhin als Zuschuß und unverzinstes Darlehen gewährt werden soll.

4. Wir wollen die Ausbildungsförderung wieder so gestalten, daß ein Auslandsstudium und soziales Engagement, z. B. in der Hochschulselbstverwaltung angemessen berücksichtigt werden

Soziales Engagement und Mobilität dürfen nicht bestraft werden oder den wohlhabenderen Studierenden vorbehalten bleiben!

Die Möglichkeiten der Förderung des Auslandsstudiums wollen wir stärken. Künftig darf es keine Rolle mehr spielen, ob ein Studierender in Köln oder in London studiert.

5. Die Ausbildungsförderung muß regelmäßig bedarfsgerecht fortgeschrieben werden

6. Wir Sozialdemokraten werden angemessene Haushaltsmittel für die Ausbildungsförderung bereitstellen

Unser Ziel ist es, die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung in den nächsten 5 Jahren deutlich zu stärken. Dazu gehört auch die Zukunftsaufgabe Ausbildungsförderung. Wir werden eine angemessene Finanzierung der neuen Ausbildungsförderung sichern. Die Ausbildungsförderung darf nicht länger zur Sparkasse des Bundeshaushalts werden. Studienreform mit dem Ziel eines schnelleren Studiums ist nur mit einer hinreichenden Studienförderung möglich.

Dies ist nicht nur eine soziale Aufgabe und Ausgabe, sondern in erster Linie eine Investition in die Zukunft, die sich langfristig auszahlen wird. Denn Ausbildungsförderung trägt zur Erhaltung zweier wesentlicher Standortfaktoren bei:

Die gute Ausbildung, das Wissen und Know how der jungen Menschen und den sozialen Frieden durch Schaffung von Chancengleichheit.

7. Wir Sozialdemokraten wollen die Reform der Ausbildungsförderung noch in dieser Legislaturperiode verwirklichen

Die Lebenssituation muß jetzt verbessert werden. Sie dürfen nicht zu Opfern des Reformunwillens und der Reformunfähigkeit werden. Nur wenn wir bei der Ausbildung der jungen Menschen unseren Teil des Generationenvertrags erfüllen, werden später auch sie bereit und in der Lage sein, ihren Teil beizutragen.

Die SPD wird in ihr Regierungsprogramm 1998 eine verbindliche Aussage für das zukünftige BaföG aufnehmen.

Diese Reform erfordert den politischen Handlungs- und Gestaltungswillen aller Beteiligten. Wir Sozialdemokraten sind dazu bereit!

SPD Wahlprogramm 1998 Starke Wirtschaft – Neue Arbeit

Bildung, Forschung und Wissenschaft stärken

Deutschland muß eine Ideenfabrik werden.

Innovation, Bildung und neue Technologien - das ist die sozialdemokratische Antwort auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts.

Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Zukunftsinvestitionen in Bildung, Forschung und Wissenschaft innerhalb der nächsten fünf Jahre verdoppeln.

Die Umsetzung der Forschungsergebnisse in neue, marktfähige Produkte muß beschleunigt werden.

Wir wollen eine umfassende Bildungsreform zusammen mit allen Beteiligten verwirklichen. Ziele dieser Reform sind mehr Leistung und mehr Chancengleichheit, die Gleichwertigkeit aller Bildungsgänge und das Prinzip Förderung statt Auslese. Wir wollen weniger Bürokratie, dafür mehr Effizienz und mehr Wettbewerb. Weniger Regulierung, dafür mehr Flexibilität, mehr Durchlässigkeit und mehr Praxisbezug.

Wir wollen die berufliche Weiterbildung als vierte Säule des Bildungssystems verankern. Die Notwendigkeit des lebenslangen Lernens macht eine enge Verzahnung zwischen Berufsleben und Weiterbildung erforderlich.

[7]

Jugend braucht Zukunft Bildung für alle - Chancengleichheit in der Bildung Hochschulen modernisieren Bildung begleitet das Leben

Chancengleichheit in der Bildung

Bildung ist die Grundlage für die Entwicklung der Persönlichkeit und für ein selbstbestimmtes Leben.

Unsere Leitidee heißt: Bildung für alle. Dazu gehört die volle Chancengleichheit beim Zugang zu höherer Bildung.

Der Zugang zum Studium darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig sein. Wir werden für eine BAFÖG-Reform mit einer bedarfsgerechten Ausbildungsförderung sorgen.

Eine Verkürzung der Studienzeiten kann nur gelingen, wenn die Studierenden ausreichende materielle Studienbedingungen vorfinden. Die SPD-geführte Bundesregierung wird die Talfahrt bei der Ausbildungsförderung stoppen. Zur finanziellen Förderung des Studiums wollen wir alle ausbildungsbezogenen staatlichen Leistungen zusammenfassen und so einsetzen, daß eine elternunabhängige Grundförderung für alle Studierenden während des regulären Studiums gezahlt werden kann, die je nach Bedarf durch eine Zusatzförderung ergänzt wird. Studiengebühren lehnen wir ab.

Hochschulen modernisieren

Wir wollen eine Hochschulreform, gemeinsam mit allen Beteiligten. Die Hochschulen sollen wieder Stätten des wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurses werden.

Die deutschen Hochschulen brauchen mehr Autonomie und mehr Leistungswettbewerb untereinander. Notwendig ist auch eine Straffung und bessere Organisation der Studiengänge. Forschung und Lehre müssen international ausgerichtet sein. Die Qualität der Lehre muß verbessert werden. Der Wissenstransfer muß optimiert werden.

Wir wollen auch mehr demokratische Mitbestimmungsrechte an den Hochschulen.

Wir wollen dem wissenschaftlichen Nachwuchs eine Chance geben und den Frauenanteil in Lehre und Forschung erhöhen.

Wir wollen qualifizierten Berufstätigen in allen Ländern den Zugang zur Hochschule eröffnen und die Förderung der Aufstiegsfortbildung verbessern.

Bildung begleitet das Leben

Ständige Weiterbildung ist notwendig. Der Grundstein dafür muß schon in der Erstausbildung gelegt werden. Weiterbildung hat auch den Wert, Qualifikation vorausschauend anpassen zu können. Die Weiterbildung muß angesichts schneller Wissensvermehrung und schnellen Wandels der Qualifikationsanforderungen ausgebaut werden. Es muß ein bundeseinheitlicher Rahmen geschaffen werden, der die Vielfalt der Träger und die Qualität der Angebote sichert.

Wir werden die politische Jugend- und Erwachsenenbildung stärken. Nicht zuletzt zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Gewalt brauchen wir größere Anstrengungen im Bereich der Jugendhilfe und der Jugendverbände.

Wörter: 7253

Teil 2 Statistik

Wortlisten zu den politischen Zielen (zielbezogenes Kategorienschema)

Zielbezogene Kategorien						
Politische Ziele						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Chancengleichheit	1	0	0	5	0	12
Bildung als Bürgerrecht	0	0	0	0	0	0
Kritikfähigkeit	0	0	0	0	0	0
Reflexionsfähigkeit	0	0	0	0	0	0
Bildungsbereitschaft	0	0	0	0	0	1
Mobilitätsbereitschaft	0	0	0	0	0	0
Soziale Sicherheit	0	0	0	0	1	0

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Politische Ziele (Zielbezogene Kategorien)						
<u>Chancengleichheit</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Chancengleichheit	1	0	0	5	1	12
Chancengerechtigkeit	0	3	0	1	0	0
Gleichberechtigung	0	0	0	0	0	0
gleichberechtigt	1	1	0	0	1	1
gleichberechtigte	5	0	0	0	2	1
gleichberechtigten	2	0	0	0	0	0
gleichberechtigter	2	0	0	0	0	1
Gleichheitsanspruch	0	0	0	0	0	0
Gleichstellung	0	0	0	0	6	0
Geschlechtsneutralität	1	0	0	0	0	0
geschlechtsunabhängig	0	0	0	0	0	0
geschlechtsneutral	0	0	0	0	0	0
elternunabhängigen	4	0	0	0	2	2
elternunabhängiger	0	0	0	0	1	0
elternunabhängiges	0	0	0	0	1	0
Summe	16	4	0	6	14	17

<u>Bildung als Bürgerrecht</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Bildung als Bürgerrecht	0	0	0	0	0	0
Recht auf Bildung	1	0	0	0	0	0
Bürgerrecht auf Bildung	0	0	0	1	0	0
Bildungsrecht	0	0	0	0	0	0
Bildung ist Bürgerrecht	0	0	0	1	0	0
Bildung ist BürgerInnenrecht	1	0	0	0	0	0
Bildungschancen	2	0	0	0	0	3
Bildungsbeteiligung	0	0	0	0	0	3
Bildungsmöglichkeiten	0	1	0	0	0	1
Summe	4	1	0	2	0	7

<u>Kritikfähigkeit</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Kritikfähigkeit	0	0	0	0	0	0
Urteilsfähigkeit	0	1	0	0	0	0
Summe	0	1	0	0	0	0

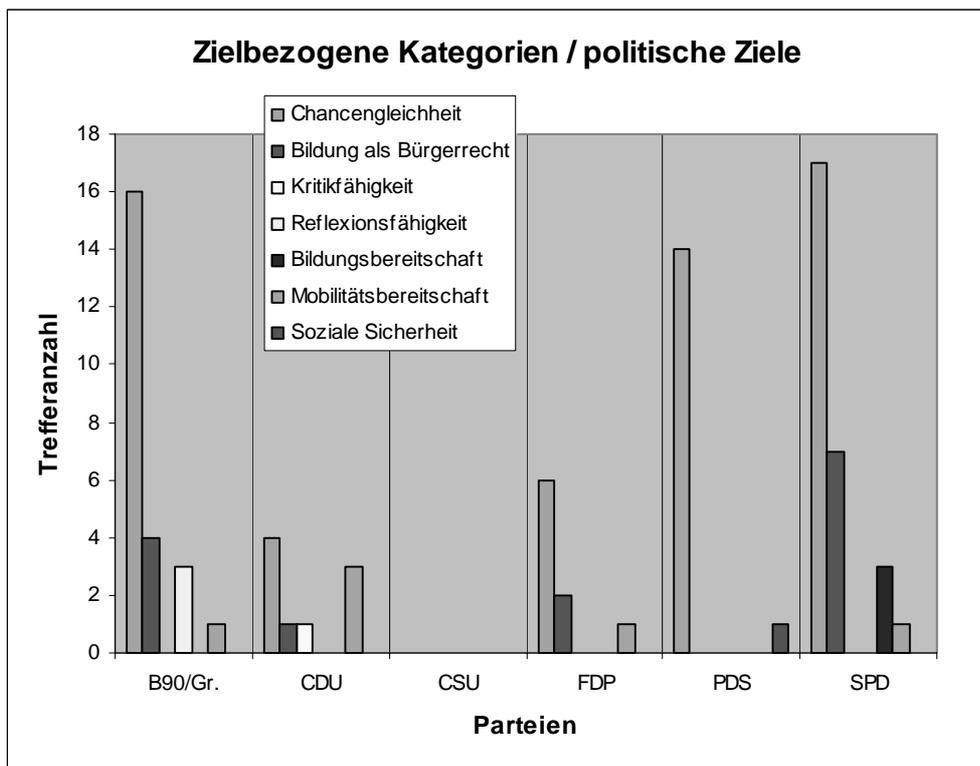
<u>Reflexionsfähigkeit</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Reflexionsfähigkeit	0	0	0	0	0	0
Reflexion	2	0	0	0	0	0
reflektieren	1	0	0	0	0	0
Summe	3	0	0	0	0	0

<u>Bildungsbereitschaft</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Bildungsbereitschaft	0	0	0	0	0	1
Bildungswilligkeit	0	0	0	0	0	0
Bildungswillen	0	0	0	0	0	2
Summe	0	0	0	0	0	3

<u>Mobilitätsbereitschaft</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Mobilitätsbereitschaft	0	0	0	0	0	0
Mobilität	1	3	0	1	0	1
Summe	1	3	0	1	0	1

<u>Soziale Sicherheit</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Soziale Sicherheit	0	0	0	0	1	0
gesicherter sozialer Status	0	0	0	0	0	0
gesicherter gesellschaftlicher Status	0	0	0	0	0	0
gesicherte gesellschaftliche Position	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	1	0

Zielbezogene Kategorien								
<i>Politische Ziele</i>								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
Chancengleichheit	16	4	0	6	14	17	57	67%
Bildung als Bürgerrecht	4	1	0	2	0	7	14	16%
Kritikfähigkeit	0	1	0	0	0	0	1	1%
Reflexionsfähigkeit	3	0	0	0	0	0	3	4%
Bildungsbereitschaft	0	0	0	0	0	3	3	4%
Mobilitätsbereitschaft	1	3	0	1	0	1	6	7%
Soziale Sicherheit	0	0	0	0	1	0	1	1%
Summe	24	9	0	9	15	28	85	



Wortlisten zu den ökonomischen Zielen (zielbezogenes Kategorienschema)

Zielbezogene Kategorien						
Ökonomische Ziele						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Wettbewerbsfähigkeit	0	1	1	4	0	0
Innovationsfähigkeit	0	0	0	0	0	0
Leistungsfähigkeit	0	4	0	2	0	0
Differenzierung	0	4	0	0	0	0
Qualifizierung	3	1	0	1	2	1
Schlüsselqualifikationen	0	0	0	0	0	0
Praxisbezug	3	0	0	1	2	1

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Ökonomische Ziele (Zielbezogene Kategorien)						
Wettbewerbsfähigkeit						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Wettbewerbsfähigkeit	0	1	1	4	0	0
Wettbewerbsfähig	0	0	0	0	0	0
Wettbewerbsorientiert	0	0	0	0	0	0
Wettbewerbsorientierten	0	0	0	1	0	0
Wettbewerbsorientierter	0	0	0	1	0	0
Wettbewerbsorientiertes	0	0	0	1	0	0
Wettbewerbsgedanke	0	0	0	1	0	0
Wettbewerb	0	9	1	15	0	2
Wettbewerber	0	0	0	1	0	0
wettbewerbslich	0	0	0	1	0	0
Konkurrenzfähigkeit	0	0	0	0	0	2
konkurrenzfähig	0	0	0	0	0	0
der Konkurrenz gewachsen	0	0	0	0	0	0
Wirtschaftlichkeit	0	0	0	0	0	0
Summe	0	10	2	25	0	4

Innovationsfähigkeit						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Innovationsfähigkeit	0	0	0	0	0	0
innovativ	0	0	0	1	0	0
innovative	1	0	0	0	0	1
innovativen	1	0	0	0	0	0
Innovation	6	1	1	2	0	4
Innovationen	2	0	0	0	0	1
Innovationsstrategie	0	0	0	0	0	1
Innovationsförderung	1	0	0	1	0	0
Innovationstransferstellen	1	0	0	0	0	0
Summe	12	1	1	4	0	7

<u>Leistungsfähigkeit</u>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Leistungsfähigkeit	0	4	0	2	0	0
leistungsfähig	0	0	1	0	0	0
leistungsfähige	0	0	0	1	0	0
leistungsfähigen	0	0	0	0	0	1
leistungsfähiger	0	0	0	0	0	1
leistungsfähigeren	0	0	0	0	0	1
leistungsbereitschaft	0	0	0	1	0	0
leistungsbereite	0	1	0	0	0	0
Leistung	0	4	2	2	0	3
Leistungen	2	3	0	4	0	2
leistungsabhängiger	0	0	0	2	0	0
leistungsbezogen	0	0	0	1	0	0
leistungsbezogene	1	0	0	1	0	0
Leistungseliten	0	0	0	1	0	0
Leistungsentfaltung	0	0	0	1	0	0
leistungsgerechte	0	1	0	0	0	0
Leistungskontrolle	0	0	0	0	1	0
Leistungskraft	0	1	0	0	0	0
Leistungskriterien	0	1	0	0	0	0
Leistungsmöglichkeiten	0	1	0	0	0	0
Leistungsnachweisen	0	0	0	0	1	1
Leistungsorientiert	0	1	0	0	0	0
Leistungsorientierte	0	0	1	0	0	0
Leistungsprinzip	0	2	1	0	0	0
Leistungsquote	0	0	0	1	0	0
Leistungsschwache	0	1	0	0	0	0
Leistungsstarke	0	2	0	0	0	0
Leistungsstärkere	0	1	0	0	0	0
Leistungswettbewerb	0	0	0	1	0	1
Leistungszuschläge	2	0	0	0	0	0
Erfolg	0	0	1	1	0	2
Produktivität	0	0	0	0	0	0
produktiv	1	0	0	0	0	0
Summe	6	23	6	19	2	12

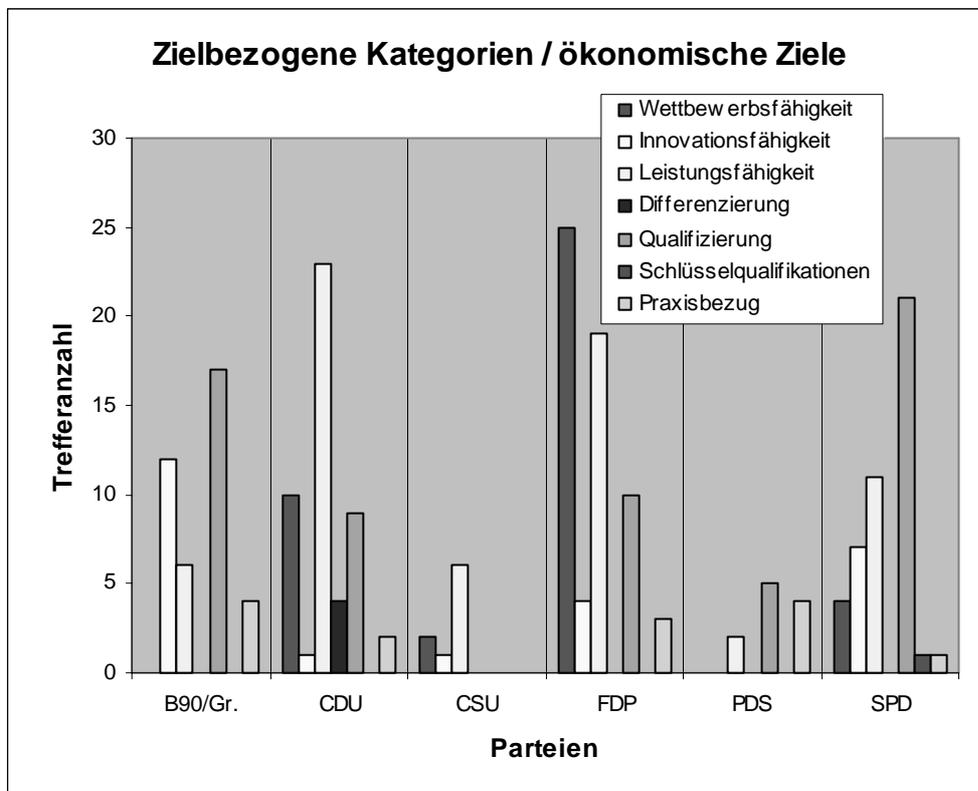
<u>Differenzierung</u>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Differenzierung	0	4	0	0	0	0
Abstufung	0	0	0	0	0	0
Summe	0	4	0	0	0	0

<u>Qualifizierung</u>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Qualifizierung	4	1	0	1	2	1
Qualifizierungen	0	0	0	0	0	1
qualifizieren	1	0	0	0	0	0
Qualifikation	5	1	0	3	0	10
Qualifikationen	4	3	0	0	0	0
Qualifikationsanforderungen	0	0	0	0	0	1
Qualifikationsmerkmale	1	0	0	0	0	0
Qualifikationsniveau	1	0	0	0	0	0
Qualifikationspotentiale	0	0	0	0	0	1
qualifizierendes	0	0	0	0	1	0
qualifizierte	0	3	0	3	2	3
qualifizierten	0	1	0	1	0	2
qualifizierter	0	0	0	2	0	2
qualifiziertes	1	0	0	0	0	0
Summe	17	9	0	10	5	21

<u>Schlüsselqualifikationen</u>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Schlüsselqualifikationen	0	0	0	0	0	0
Schlüsselressourcen	0	0	0	0	0	1
Summe	0	0	0	0	0	1

<u>Praxisbezug</u>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Praxisbezug	3	0	0	1	2	1
Praxisnähe	1	0	0	0	0	0
Praxisnah	0	0	0	0	0	0
Nähe zur Praxis	0	0	0	0	0	0
praxisbezogen	0	0	0	0	0	0
Praxisorientierung	0	0	0	0	0	0
praxisorientiert	0	0	0	0	1	0
praxisorientierte	0	0	0	1	0	0
an der Praxis orientiert	0	0	0	0	0	0
praktisch orientierte	0	0	0	0	1	0
Praxisqualifikation	0	1	0	0	0	0
Praxissemester	0	1	0	0	0	0
Praxissemestern	0	0	0	1	0	0
Summe	4	2	0	3	4	1

Zielbezogene Kategorien								
Ökonomische Ziele								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
Wettbewerbsfähigkeit	0	10	2	25	0	4	41	19%
Innovationsfähigkeit	12	1	1	4	0	7	25	12%
Leistungsfähigkeit	6	23	6	19	2	11	67	31%
Differenzierung	0	4	0	0	0	0	4	2%
Qualifizierung	17	9	0	10	5	21	62	29%
Schlüsselqualifikationen	0	0	0	0	0	1	1	0%
Praxisbezug	4	2	0	3	4	1	14	7%
Summe	39	49	9	61	11	45	214	



Wortlisten zu den pädagogischen Zielen (zielbezogenes Kategorienschema)

Zielbezogene Kategorien						
<i>Pädagogische Ziele</i>						
	B90/Grüne	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Bildung	12	11	6	18	4	67
Mündigkeit	0	0	0	0	0	0
Persönlichkeitsentwicklung	0	0	0	0	0	0
Identität	0	0	0	0	0	0
Individualität	0	0	0	0	0	0
Selbstbestimmung	2	0	0	1	0	0
Emanzipation	0	0	0	0	1	0
Erziehung	0	5	6	1	0	3
Authentizität	0	0	0	0	0	0

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Pädagogische Ziele (Zielbezogene Kategorien)						
<u>Bildung</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Bildung	17	11	6	16	6	67
Bildungs-	7	3	1	0	4	4
Bildungsbegriff	0	0	0	0	1	0
Bildungsauftrag	0	1	0	0	0	0
Bildungsabschlüssen	0	1	1	0	0	0
Bildungsangebot	0	1	2	1	0	1
Bildungsangebote	1	0	0	1	0	2
Bildungsangeboten	0	0	0	0	0	1
Bildungsansprüche	1	0	0	0	0	0
Bildungsanstrengungen	0	0	0	0	0	1
Bildungsausgaben	0	0	0	1	0	3
Bildungsbereich	0	2	0	1	0	0
Bildungsbereiche	2	0	0	0	0	0
Bildungsbudget	0	0	0	0	0	1
Bildungsfinanzierung	1	0	0	0	0	0
Bildungsgutscheine	0	0	0	3	0	0
Bildungseinrichtungen	1	3	1	6	0	8
Bildungsgutscheinen	0	0	0	1	0	0
Bildungssoftware	0	0	0	0	0	1
Bildungsgänge	0	1	0	0	0	1
Bildungskonzeption	0	0	0	0	1	0
Bildungsinhalte	0	0	1	0	0	0
Bildungsinstitutionen	0	0	0	0	0	5
Bildungsinitiative	0	0	0	1	0	0
Bildungsniveau	0	0	0	0	0	1
Bildungsoffensive	0	0	0	2	0	0
Bildungsphasen	1	0	0	0	0	0
Bildungspolitik	3	2	2	2	3	7
bildungspolititischen	0	0	0	0	0	1
Bildungsprozessen	1	0	0	0	0	0
Bildungsreform	0	1	0	0	1	3
Bildungsreformbewegung	0	0	0	0	0	1
Bildungsreformer	0	1	0	0	0	0
Bildungsstrukturreform	0	0	0	1	0	0
Bildungssystem	1	4	0	1	0	10
Bildungsteilnehmer	0	0	0	1	0	0
Bildungsträger	0	0	1	2	0	0
Bildungsübergänge	0	0	0	0	0	1
Bildungsweg	0	0	0	1	0	0
Bildungswege	0	0	0	0	0	1
Bildungswegen	0	0	0	0	0	1
Bildungswesen	1	1	1	3	0	5
Bildungswesens	1	1	0	1	1	3
Bildungsziel	0	0	0	1	0	0
Bildungsziele	0	0	1	1	0	1
Summe	38	33	17	47	17	130

<u>Mündigkeit</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Mündigkeit	0	0	0	0	0	0
mündig	0	0	0	0	0	1
mündiger	0	0	0	0	0	1
Summe	0	0	0	0	0	2

<u>Persönlichkeitsentwicklung</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Persönlichkeitsentwicklung	0	0	0	0	0	0
Persönlichkeitsbildung	0	3	0	0	0	0
Summe	0	3	0	0	0	0

<u>Identität</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Identität	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0

<u>Individualität</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Individualität	0	0	0	0	1	0
individuell	0	0	0	0	1	0
individuelle	2	0	1	1	1	2
individuellem	0	0	0	0	1	0
individuellen	1	0	1	1	0	1
individueller	0	0	0	1	1	0
individuellere	1	0	0	0	0	0
individuelleres	1	0	0	0	0	3
Summe	5	0	2	3	5	6

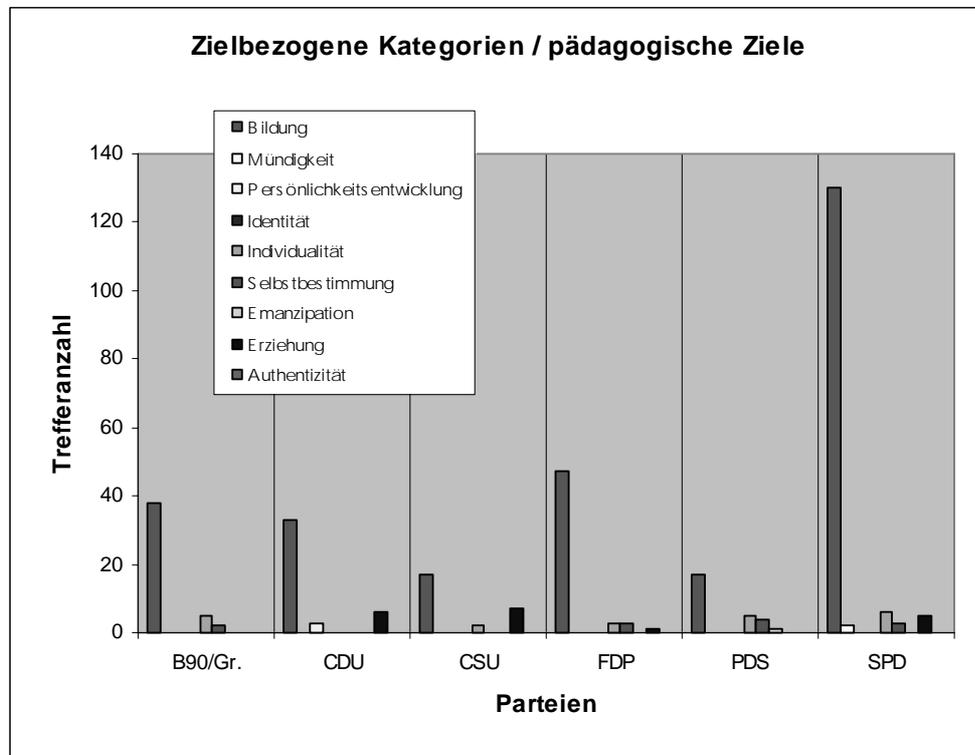
<u>Selbstbestimmung</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Selbstbestimmung	2	0	0	1	0	0
selbstbestimmt	0	0	0	0	0	1
selbstbestimmte	0	0	0	0	0	1
selbstbestimmten	0	0	0	1	2	0
selbstbestimmtes	0	0	0	1	2	1
Summe	2	0	0	3	4	3

<u>Emanzipation</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Emanzipation	0	0	0	0	1	0
Summe	0	0	0	0	1	0

<u>Erziehung</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Erziehung	0	5	6	1	0	3
erziehen	0	0	0	0	0	2
erzieherischer	0	1	0	0	0	0
Erziehungsauftrag	0	0	1	0	0	0
Summe	0	6	7	1	0	5

<u>Authentizität</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Authentizität	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0

Zielbezogene Kategorien								
Pädagogische Ziele								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
Bildung	38	33	17	47	17	130	282	83%
Mündigkeit	0	0	0	0	0	2	2	1%
Persönlichkeitsentwicklung	0	3	0	0	0	0	3	1%
Identität	0	0	0	0	0	0	0	0%
Individualität	5	0	2	3	5	6	21	6%
Selbstbestimmung	2	0	0	3	4	3	12	4%
Emanzipation	0	0	0	0	1	0	1	0%
Erziehung	0	6	7	1	0	5	19	6%
Authentizität	0	0	0	0	0	0	0	0%
Summe	45	42	26	53	27	146	339	



Wortlisten zur politischen Zieldimension (organisationsbezogenes Kategorienschema)

Organisationsbezogene Kategorien						
<i>Politische Zieldimension</i>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Gesamthochschule	0	0	0	0	0	0
öffentliche Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
Gleichwertigkeit	0	2	1	1	0	3
Kombination FH/UNI	0	0	0	0	0	0
FH-/Uni-Diplome	0	0	0	0	0	0

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Politische Zieldimension (Organisationsbezogene Kategorien)						
<u>Art der akademischen Ausbildungsstätte</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Gesamthochschule	0	0	0	0	0	0
Gesamthochschulidee	0	0	0	0	3	0
Summe	0	0	0	0	3	0

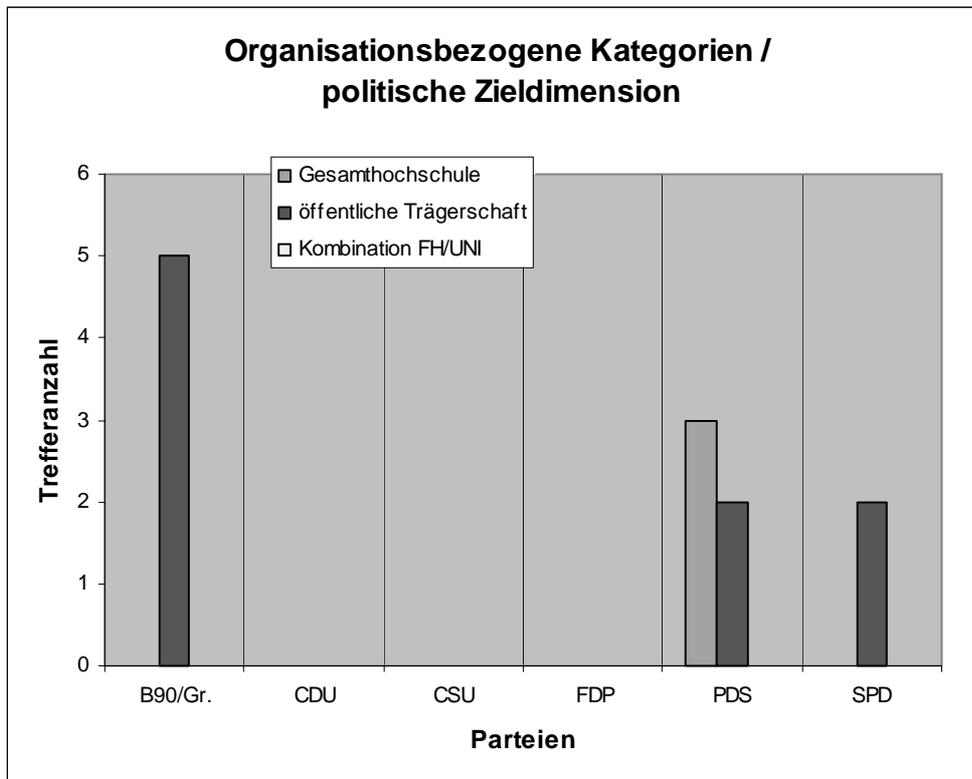
<u>Trägerschaft / Finanzierung</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
öffentliche Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
staatliche Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
öffentliche Finanzierung	0	0	0	0	0	0
staatliche Finanzierung	0	0	0	0	0	0
staatlichen Finanzierung	1	0	0	0	0	0
staatliche Grundfinanzierung	0	0	0	0	1	0
staatliche Studienfinanzierung	0	0	0	0	0	0
staatliche Aufgabe	1	0	0	0	0	0
Aufgabe des Staates	0	0	0	0	0	1
Staat hat die Verantwortung	1	0	0	0	0	0
Aufgabe von Bund und Ländern	0	0	0	0	1	0
elternunabhängige Studienfinanzierung	0	0	0	0	0	0
elternunabhängigen Studienfinanzierung	2	0	0	0	0	0
elternunabhängigen Grundbetrag	0	0	0	0	0	1
Summe	5	0	0	0	2	2

<u>Zugangsregelungen</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Gleichwertigkeit	0	2	1	1	0	3
Gleichstellung	2	0	0	0	0	0
qualifizierte F	0	1	0	0	0	0
HSzugang für Berufserfahrene	0	0	0	0	0	1
HSzugang für Berufstätige	1	0	0	0	0	0
HSzugang beruflich qualifizierter	0	0	0	1	0	0
beruflich Qualifizierte	0	0	0	1	1	0
Anrechnung berufspraktischer Erfahr.	1	0	0	0	0	0
freier Zugang	0	0	0	0	3	0
freien HSzugang	3	0	0	0	0	0
HSzugang ausbauen	1	0	0	0	0	0
Summe	7	3	1	3	4	4

<u>Studiendauer</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Kombination FH/UNI	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0

<u>Studienabschlüsse</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
FH-/Uni-Diplome	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0

Organisationsbezogene Kategorien								
Politische Zieldimension								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
Gesamthochschule	0	0	0	0	3	0	3	9%
öffentliche Trägerschaft	5	0	0	0	2	2	9	26%
Gleichwertigkeit	7	3	1	2	4	4	21	62%
Kombination FH/UNI	0	0	0	0	0	0	0	0%
FH-/Uni-Diplome	0	0	0	0	0	0	0	0%
Summe	12	3	1	2	9	6	33	



Wortlisten zur ökonomischen Zieldimension (organisationsbezogenes Kategorienschema)

Organisationsbezogene Kategorien						
Ökonomische Zieldimension						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Fachhochschule / Privathochschule	1	0	0	3	0	0
private Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
bedarfsabhängiger Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0
Kurzzeitstudium	0	0	0	0	0	0
B.A.	0	0	0	0	0	0

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Ökonomische Zieldimension (Organisationsbezogene Kategorien)						
FH / Privathochschule						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Fachhochschule	1	0	0	3	0	0
Fachhochschulen	0	0	0	15	6	1
Fachhochschulstudiengängen	0	0	0	1	0	0
Fachhochschulstudienplatz	0	0	0	1	0	0
Fachhochschulstudienplätze	0	0	0	1	0	0
Fachhochschulstudium	0	0	0	1	0	0
Berufsakademien	0	3	0	1	0	0
private Hochschulen	0	0	0	0	0	0
Privathochschulen	0	0	0	1	0	0
Summe	1	3	0	24	6	1

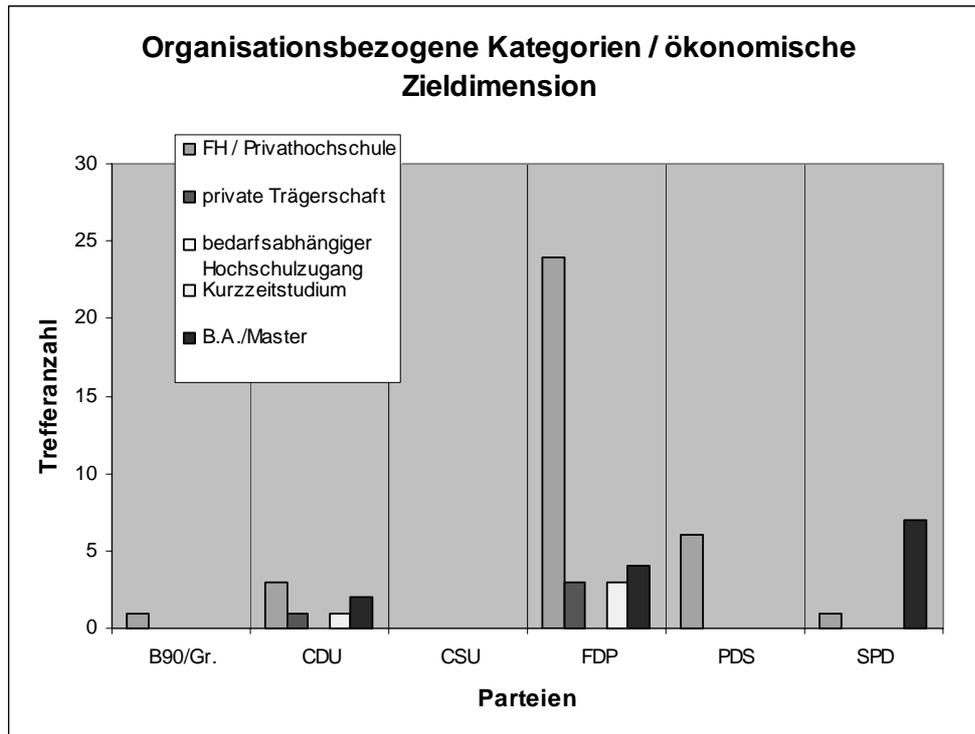
private Trägerschaft						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
private Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
private Finanzierung	0	0	0	0	0	0
privat finanzierte	0	0	0	0	0	0
Sponsoring	0	1	0	2	0	0
privatwirtschaftliches Sponsoring	0	0	0	1	0	0
Summe	0	1	0	3	0	0

bedarfsabhängiger Hochschulzugang						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
bedarfsabhängiger Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0
bedarfsdeckender Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0
bedarfsgerechter Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0
bedarfsorientierter Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0
Summe	0	0	0	0	0	0

Kurzeitstudium						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Kurzeitstudium	0	0	0	0	0	0
Regelstudienzeiten	0	1	0	2	0	0
Studienverkürzungen	0	0	0	1	0	0
Summe	0	1	0	3	0	0

B.A.						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
B.A.	0	0	0	0	0	0
Bachelor	0	1	0	2	0	2
Bachelorstudienganges	0	0	0	0	0	1
Master	0	1	0	2	0	2
Masterstudiengang	0	0	0	0	0	2
Summe	0	2	0	4	0	7

Organisationsbezogene Kategorien ökonomische Zieldimension								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
FH / Privathochschule	1	3	0	24	6	1	35	63%
private Trägerschaft	0	1	0	3	0	0	4	7%
bedarfsabhängiger Hochschulzugang	0	0	0	0	0	0	0	0%
Kurzzeitstudium	0	1	0	3	0	0	4	7%
B.A./Master	0	2	0	4	0	7	13	23%
Summe	1	7	0	34	6	8	56	



Wortlisten zur pädagogischen Zieldimension (organisationsbezogenes Kategorienschema)

Organisationsbezogene Kategorien						
Pädagogische Zieldimension						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Universität	1	0	0	3	0	0
öffentliche/ private Trägerschaft	0	0	0	0	0	0
allgemeine Hochschulreife	0	0	0	0	0	0
Tolerierung von Studienzeiten	1	0	0	0	0	0
Universitätsdiplome	0	0	0	0	0	0

Belegung innerhalb der Wortlisten						
Pädagogische Zieldimension (Organisationsbezogene Kategorien)						
Art der akademischen Ausbildungsstätte						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Universität	1	0	0	3	0	0
Universitäten	0	1	0	4	4	1
Universitätsabsolventen	0	0	0	1	0	0
Universitätsstudium	0	0	0	1	0	0
Summe	1	1	0	9	4	1

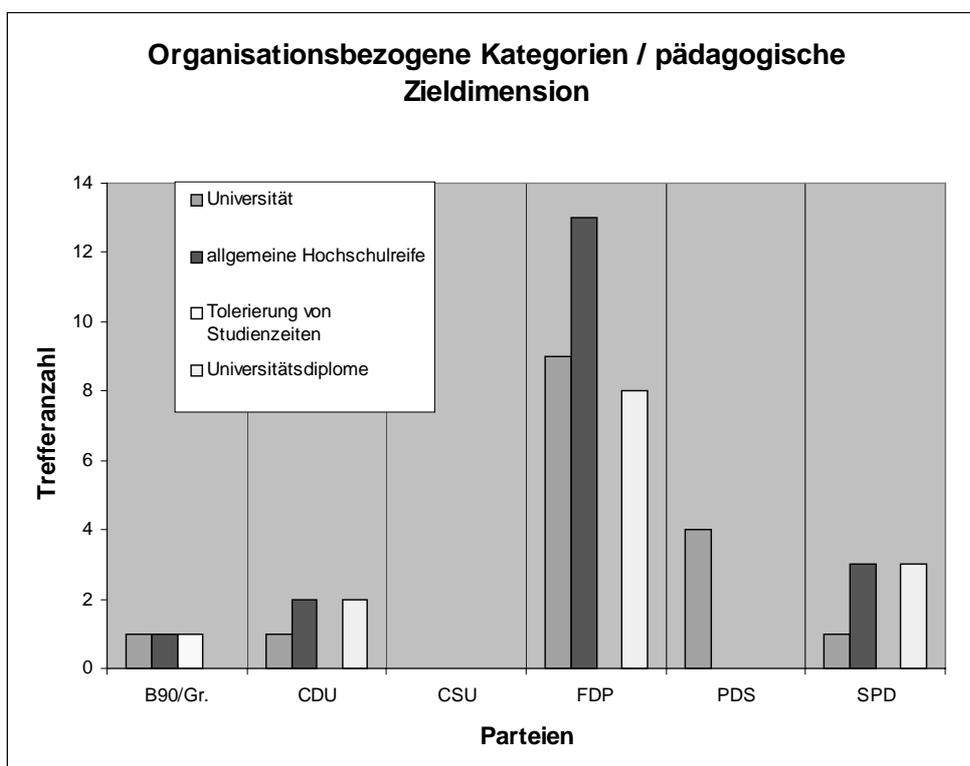
Trägerschaft						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
öffentliche/ private Trägerschaft	0	0	0	0	0	0

Zugangsregelungen						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
allgemeine Hochschulreife	0	0	0	0	0	0
Abitur	1	2	0	1	0	3
Abiturzeugnisses	0	0	0	1	0	0
Abiturnoten	0	0	0	1	0	0
Abiturienten	0	0	0	9	0	0
Abituranteilen	0	0	0	1	0	0
Summe	1	2	0	13	0	3

<u>Studiendauer</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Tolerierung von Studienzeiten	0	0	0	0	0	0
Verlängerung von Studienzeiten	1	0	0	0	0	0
individuelle Studienzeiten	0	0	0	0	0	0
verlängerte Studiendauer	0	0	0	0	0	0
individuelle Studiendauer	0	0	0	0	0	0
Summe	1	0	0	0	0	0

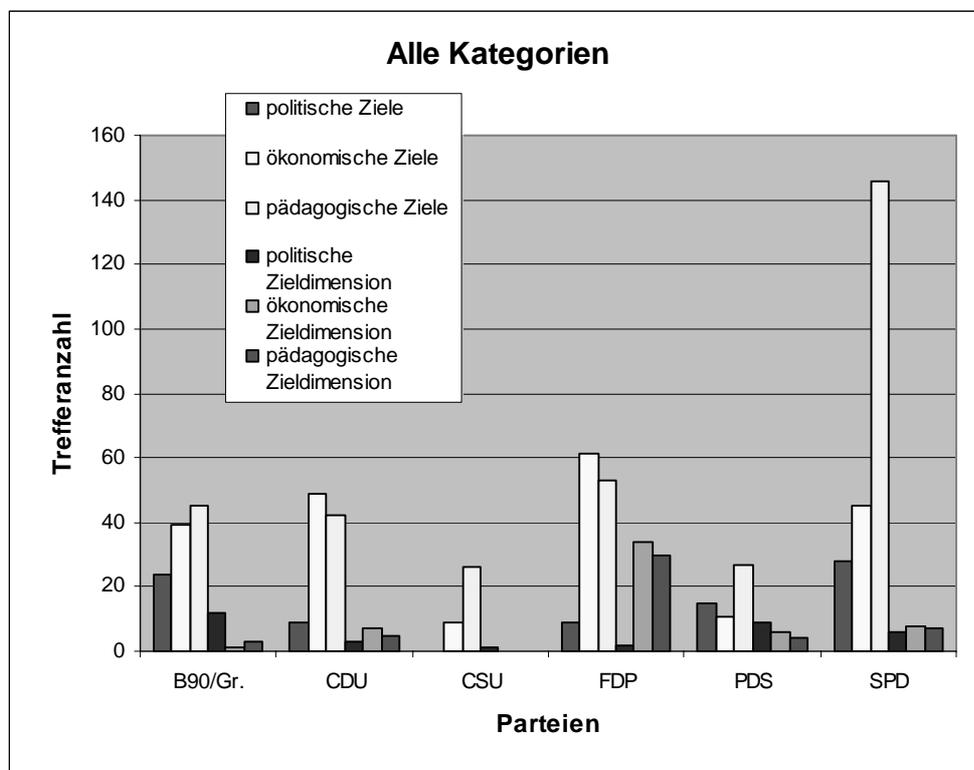
<u>Studienabschlüsse</u>						
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD
Universitätsdiplome	0	0	0	0	0	0
Hochschuldiploms	0	0	0	1	0	0
Diplom	0	1	0	3	0	1
Diplomarbeiten	0	0	0	1	0	0
Magister	0	1	0	1	0	1
Magisterstudiengängen	0	0	0	1	0	0
Staatsexamen	0	0	0	0	0	1
Staatsexamens	0	0	0	1	0	0
Summe	0	2	0	8	0	3

Organisationsbezogene Kategorien								
Pädagogische Zieldimension								
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD		
							Summe	%
Universität	1	1	0	9	4	1	16	33%
öffentliche/ private Trägerschaft	0	0	0	0	0	0	0	0%
allgemeine Hochschulreife	1	2	0	13	0	3	19	39%
Tolerierung von Studienzeiten	1	0	0	0	0	0	1	2%
Universitätsdiplome	0	2	0	8	0	3	13	27%
Summe	3	5	0	30	4	7	49	



Belegung im ziel- und organisationsbezogenen Kategorienschema

Alle Kategorien							
	B90/Gr.	CDU	CSU	FDP	PDS	SPD	Summe
zielbezogene Kategorien							
politische Ziele	24	9	0	9	15	28	85
ökonomische Ziele	39	49	9	61	11	45	214
pädagogische Ziele	45	42	26	53	27	146	339
organisationsbezogene Kategorien							
politische Zieldimension	12	3	1	2	9	6	33
ökonomische Zieldimension	1	7	0	34	6	8	56
pädagogische Zieldimension	3	5	0	30	4	7	49



Chiquadrat-Test

Zielbezogene Kategorien

Ziele	Bündnis 90 / Die Grünen		
	n	ew	chi
politische	27,1	15,7	8.28
ökonomische	44	43,29	.01
pädagogische	50,8	62,92	2.33

Ziele	CDU/CSU		
	n	ew	chi
politische	17,5	33,82	7.88
ökonomische	112,9	93,29	4.12
pädagogische	132,3	135,59	.08

Ziele	F.D.P.		
	n	ew	chi
politische	14,3	25,53	4.94
ökonomische	98,5	70,42	11.2
pädagogische	85,5	102,35	2.77

Ziele	PDS		
	n	ew	chi
politische	30	13,65	19.58
ökonomische	22	37,64	6.5
pädagogische	54	54,71	.01

Ziele	SPD		
	n	ew	chi
politische	28	28,2	0
ökonomische	45	77,77	13.81
pädagogische	146	113,03	9.62

Organisationsbezogene Kategorien (Bedingungen zur Zielerreichung)

Ziel- dimensionen	Bündnis 90 / Die Grünen		
	n	ew	chi
politische	13,5	4,1	21.45
ökonomische	1,3	7,6	5.23
pädagogische	3,4	6,5	1.46

Ziel- dimensionen	CDU/CSU		
	n	ew	chi
politische	7,8	7	.09
ökonomische	13,6	13	.03
pädagogische	9,7	11,08	.17

Ziel- dimensionen	F.D.P.		
	n	ew	chi
politische	3,2	24	18.08
ökonomische	54,9	44,5	2.42
pädagogische	48,4	37,9	2.89

Ziel- dimensionen	PDS		
	n	ew	chi
politische	18	8,6	10.34
ökonomische	12	15,9	.95
pädagogische	8	13,5	2.26

Ziel- dimensionen	SPD		
	n	ew	chi
politische	6	4,7	.33
ökonomische	8	8,8	.07
pädagogische	7	7,5	.03